

FACHTAGUNG 24. MÄRZ 2003

Soziale Frühwarnsysteme in NRW – Wertvolle Beispiele aus der Praxis

DOKUMENTATION



Ministerium für **Gesundheit,
Soziales, Frauen und Familie**
des Landes Nordrhein-Westfalen

NRW.



Inhalt

Vorwort

<i>Birgit Fischer, Ministerin für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie des Landes Nordrhein-Westfalen</i>	1
---	---

Einführung

»Risiken frühzeitig erkennen – interdisziplinär handeln«	2
---	---

Birgit Fischer, Ministerin für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie des Landes Nordrhein-Westfalen

Das Modellprojekt Soziales Frühwarnsystem in NRW – Eine Skizze	5
---	---

Sabine Wagenblass, Institut für soziale Arbeit e. V., Münster

AG1: Frühe Kindheit – Hilfen für Familien

Kinderarmut – Überwindung und Vermeidung von Armutswirkungen bei Kindern und Jugendlichen	8
--	---

Annette Berg, Jugendamt der Stadt Monheim am Rhein

Hammer Elternschule vor Ort – Sozialraumbezogene Familienbildung und Begleitung junger Familien in benachteiligten Lebenslagen	14
---	----

Matthias Bartscher, Stadt Hamm

Begleitung, Hilfestellung und Unterstützung von Eltern/-teilen mit Säuglingen	20
--	----

Werner Wörmann, Modellstandort Stadt Bielefeld

Lösungsorientierte Hilfen für Familien in problematischen Wohnverhältnissen	23
--	----

Gregor Arntz, Arnfried Barfuß, Stadt Emmerich

AG2: Stützung der Lebensphase Kindergarten/Grundschule

»Lott Jonn« – Kindergarten in Bewegung	27
---	----

Jutta Panke, Stadt Hilden

Früh übt sich – Früherkennung sozialer Problemlagen	30
--	----

Doris Hellweg, Stadt Herford

Frühzeitige Wahrnehmung kindlicher Verhaltensauffälligkeiten in Kindertageseinrichtungen	31
---	----

Karin Esch und Sybille Stöbe-Blossey, Institut Arbeit und Technik, Modellstandort Stadt Herne

Beobachtung und Begleitung biographischer Übergänge im kindlichen Leben	35
--	----

Martin Jonas, Modellstandort Dortmund

AG3: Risiken im Sozialraum erkennen

Entwicklung eines »aktivierenden« Modells zur Früherkennung von Kindesvernachlässigung	39
---	----

Silvia Ramsel und Jochen Sack, Modellstandort DKSB Landesverband NRW/Ortsverband Essen

Entwicklung von Indikatoren zur Früherkennung von Gefahrenpotenzialen für Kinder im Sozialraum	44
---	----

Pia Cimolino und Manfred Heiler, Modellstandort Kreis Siegen-Wittgenstein

Schluss

Podiumsdiskussion: Geschärfte Wahrnehmungen in planvolles Handeln umsetzen – Folgerungen für Praxis und Politik	50
--	----

Angelika Diller, Arbeiterwohlfahrt Bundesverband e. V.; Dr. Albert Harms, Ministerium für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie des Landes NRW; Richard Isselhorst, Städtetag NRW; Klaus Schäfer, Ministerium für Schule, Jugend und Kinder des Landes NRW

Soziale Frühwarnsysteme in NRW



Trotz vieler ausdifferenzierter Unterstützungsangebote für Kinder und Familien gelingt die Früherkennung riskanter Lebenslagen von Kindern und ihren

Familien häufig nur unzureichend. Das Ministerium für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie des Landes Nordrhein-Westfalen fördert daher seit September 2001 an sechs Standorten in NRW (Bielefeld, Dortmund, Emmerich, Herne, Kreis Siegen-Wittgenstein, Essen) das Modellprojekt »Soziales Frühwarnsystem«. Modellhaft werden an diesen Standorten Systeme der Früherkennung aufgebaut und entwickelt. Sie ermöglichen es, latente und akute Gefährdungspotenziale bei Kindern und ihren Familien zukünftig frühzeitig wahrzunehmen und rechtzeitig darauf zu reagieren.

Ein eng geknüpftes Netzwerk der örtlichen Stellen, die Kontakt mit Familien, Kindern und Jugendlichen haben, soll das rasche Erkennen von Krisensituationen ermöglichen.

Sowohl bei den örtlichen öffentlichen Trägern der Jugendhilfe als auch bei einer großen Anzahl der Träger der freien Jugendhilfe bestehen bereits Strukturen, die im Ansatz Bausteine eines vernetzten Hilfesystems sind. Dies wurde in der wissenschaftlichen Begleitung des Modellprojektes durch das Institut für soziale Arbeit – ISA e.V. – in Münster nachgewiesen.

Mit der Dokumentation der Tagung vom 24. März 2003 werden der Fachöffentlichkeit Zwischenergebnisse aus den verschiedenen Modellstandorten und Erfahrungen aus weiteren Praxisbeispielen vorgestellt.

In der Gesamtschau der dargestellten Projekte zeichnet sich bereits jetzt ab, dass die frühzeitige Wahrnehmung riskanter Entwicklungen bei Familien und ihren Kindern und eine darauf aufbauende Unterstützung neuer Formen der Zusammenarbeit auf kommunaler Ebene bedarf. Die unterschiedlichen Akteure und Institutionen (Kinderärzte, Kindertageseinrichtungen, Angebote der Familien- und Jugendhilfe, Schulen, usw.) müssen hierfür in verbindliche Formen der Kooperation zusammengeführt werden. Bisher hat jedes System meist eigene Kriterien für die Wahrnehmung und Beurteilung familiaer und kindlicher Lebensbedingungen entwickelt, die eine Verständigung und die Beurteilung, welche Reaktionsweisen zur Bearbeitung solcher Problemlagen angemessen sind, erschweren.

Ich bin zuversichtlich, dass Ende 2004 ein Konzept für ein »Soziales Frühwarnsystem« vorliegt, das wir flächendeckend allen Institutionen der Familien- und Jugendhilfe zur Verfügung stellen können.

Birgit Fischer
Ministerin für Gesundheit, Soziales,
Frauen und Familie

Risiken frühzeitig erkennen -
interdisziplinär handeln**Birgit Fischer**

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich begrüße Sie herzlich zu unserer heutigen Veranstaltung. Ich bedanke mich auch beim ISA, dem Institut für soziale Arbeit, für die Vorbereitung dieser Veranstaltung und für die Begleitung dieses Gesamtprojektes. Ich freue mich sehr über Ihr Interesse an dem Thema: »Soziales Frühwarnsystem«.

Dass es in unserer Gesellschaft ein wirkungsvolles Soziales Frühwarnsystem gibt, scheint mir von höchster Bedeutung zu sein, und zwar in einem doppelten Sinn: Zum einen, weil damit der Versuch unternommen wird, frühzeitige Hilfe zu gewährleisten und zum anderen, weil das Soziale Frühwarnsystem beispielhaft dafür steht, dass wir unsere sozialen Hilfen und Hilfestrukturen zunehmend verändern und den heutigen Bedingungen anpassen müssen. Wir stehen jetzt mit dem Sozialen Frühwarnsystem vor einer Weiterentwicklung, vor einem weiteren Schritt der Profilierung unserer Hilfesysteme.

Das Thema »Risiken frühzeitig erkennen - interdisziplinär handeln«, bringt das eigentliche Anliegen des Sozialen Frühwarnsystems auf den Punkt. Es geht um rechtzeitige Hilfen, die dann auch tatsächlich wirksam sind. Wir alle kennen die Reaktion, dass wir bei der Eskalation bestimmter Konflikte und bestimmter Situationen sagen: »Na ja, das habe ich doch bei dieser speziellen Familiensituation, in dieser Lage kommen sehen«. Genannt werden dann zum Beispiel Gewalttätigkeiten, die Unfähigkeit mit den eigenen Konflikten umzugehen, ein Schulversagen bei Kindern und Jugendlichen, die Tatsache, dass Kinder sich sehr stark isolieren und keine Kontakte zu anderen aufnehmen können. Erst bei einer Eskalation wird im Nachhinein sichtbar, dass sich diese Entwicklung schon lange vorher in vielen kleinen Schritten angedeutet hatte. Darum ist gerade eine frühzeitige Reaktion notwendig, bevor es nämlich zu dieser Zuspitzung kommt, um wirksam unterstützen und helfen zu können. Die Betonung liegt auf Unterstützung, auf der Hilfe zur Selbsthilfe, um mit den vielfältigen Konfliktsituationen, in denen Kinder, Jugendliche und Familien leben, auch tatsächlich umgehen zu können. Im Laufe der vergangenen Jahre und auch Jahrzehnte haben wir viele spezialisierte Hilfen aufgebaut. Das Problem ist aber bei allen Angeboten: Wie erreichen sie die Familien, die Kinder und Jugendlichen zu einem sehr frühzeitigen Zeitpunkt? Die Frage ist auch: Sind es immer die richtigen Stellen, die richtigen Hilfesysteme und Einrichtungen, an welche die Kinder, Jugendliche oder Familien geraten oder verwiesen werden? Brauchen sie noch ergänzende Hilfen? Reicht das aus, was diese spezialisierten Hilfen leisten können? Braucht man nicht vielmehr eine spezifische Kombination, ein bestimmtes Setting ganz unterschiedlicher Hilfen?

Wir erleben oft eine Situation im Kindergarten, in der Schule, in der Nachbarschaft, in der Arztpraxis, also in

denjenigen Einrichtungen, in denen Menschen arbeiten, die am ehesten Kontakt zu Kindern, Jugendlichen und Familien haben, dass sie sich selbst fragen: Was können wir denn eigentlich tun? Und wir bemerken in diesen Einrichtungen mitunter ein Gefühl der Überforderung. Alle sehen zunächst ihr eigenes Aufgabenspektrum, in dem sie tätig werden können, sehen jeweils ihre Möglichkeiten zu helfen, erleben dann aber zugleich, dass das, was man selbst beitragen und leisten kann, überhaupt nicht ausreicht, um die Komplexität von Konfliktslagen und Situationen anzusprechen, geschweige denn in den Griff zu bekommen. Wenn wir über Konfliktslagen reden, bei denen man sehr viel früher hätte eingreifen müssen oder eingreifen können, sind dies keine Einzelfälle, sondern das ist bei einem sehr großen Teil von Kindern, Jugendlichen und Familien mittlerweile leider die Regel geworden.

Die Lebenslagen der Familien haben sich erheblich verändert. Die Familien selbst stehen vor großen Anforderungen und Erwartungen und werden damit häufig überfordert. Der Druck auf die Familien wächst, Probleme des Alltags zu bewältigen, wozu sie aber aus eigener Kraft häufig nicht in der Lage sind. Heute stellen wir zunehmend einen Zustand fest, den man mit dem Begriff »soziale Schieflage« beschreiben kann. Arbeitslosigkeit, Armut, Scheidung, um nur drei eklatante Problembereiche zu beschreiben, bringen die Menschen häufig in Situationen, die sie aus eigener Kraft nicht bewältigen können. Wenn wir bedenken, dass heute ein Viertel der Kinder in Armut lebt, d. h. in einer Situation, in der das Einkommen geringer ist als die Hälfte des Durchschnittseinkommens, ist das eine ausgesprochen hohe Zahl. Denn mit dieser Armut von Kindern und Jugendlichen sind gleichzeitig mangelnde Teilhabemöglichkeiten und Entwicklungschancen in unserer Gesellschaft verbunden; dass die von allen gewünschte Chancengleichheit damit auf der Strecke zu bleiben droht, liegt auf der Hand.

Wir müssen feststellen, dass heute allein in Nordrhein-Westfalen 17.000 Kinder Opfer von Gewalt sind, dass 660.000 Menschen von der Sozialhilfe leben. Von den Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen wird Mobilität erwartet mit der Folge, dass sie nicht in einem bestimmten Stadtteil ihr ganzes Leben verbringen und dort aufwachsen, wo nachbarschaftliche Hilfestrukturen gewachsen sind und bei Konfliktsituationen helfend und unterstützend eingreifen könnten. Genau diese sozialen Strukturen fallen zunehmend weg. Der gesamte Druck lastet daher allein auf den Familien, die ihn aber oft nicht auffangen können.

Wenn wir über Hilfesysteme reden, darf es dabei nicht um das Eingreifen oder Reparieren gehen, sondern darum, Unterstützung und Stärkung derjenigen zu organisieren, die in einem Konflikt oder in schwierigen Situationen leben, also um die Hilfe zur Selbsthilfe und vor allem um den Erwerb von Kompetenzen im Umgang mit eigenen Konflikten.

Unsere Hilfesysteme sind allerdings immer noch vorrangig darauf ausgerichtet, erst nach dem Eintreten einer Krisensituation zu greifen und eben nicht vorbeugend dafür zu sorgen, dass die notwendige Kompetenz vermittelt wird, um mit eigenen Konflikten umzugehen. Hier bedarf es einer dringenden Umsteuerung. Um dies zu erreichen, brauchen wir neue Strukturen und Strategien, die präventiv wirken können.

Wir brauchen ein System der integrierten Hilfen und genau das wollen wir mit dem Sozialen Frühwarnsystem erreichen. Es geht dabei um weit mehr als um die Kooperationen zwischen den unterschiedlichen Berufsgruppen und unterschiedlichen Einrichtungen. Es geht um die interdisziplinäre Verzahnung der einzelnen Arbeitsansätze, die Vernetzung der Arbeits- und der Wirkungsweisen in den unterschiedlichen Einrichtungen und es geht vor allem auch um die Sensibilisierung für die spezifischen Sichtweisen und Handlungskompetenzen. Das heißt: Jeder sieht aus seinem Aufgabenfeld heraus die Problemlagen und seine eigenen Unterstützungsleistungen. Aber erst in der Gesamtschau wird man für die Gesamtproblematik sensibilisiert und erkennt die möglichen, auch erfolgreichen und wirksamen Hilfsmöglichkeiten.

Damit Hilfen auch tatsächlich ihr Ziel erreichen, darf man sie aber nicht dem Zufall überlassen. Es geht um das Wahrnehmen und um das Deuten gleichermaßen. Das heißt, dass wir in den einzelnen Einrichtungen und in den verschiedenen Berufsgruppen bessere Sensoren für Signale brauchen, wenn sich eine Konfliktsituation anbahnt. Dies wird nur durch weitere Schulungen erreicht werden können. Zugleich brauchen wir jedoch Strukturen, in denen jeder einzelne nicht auf sich alleine und seine Möglichkeiten zurückgeworfen wird, wenn es um die Lösung von Konflikten und Problemen geht, sondern wo Möglichkeiten eröffnet werden, auch Hilfe aus anderen Einrichtungen und anderen Berufsgruppen zu nutzen.

Wir müssen ferner fragen, ob die wahrgenommenen Signale auch beim richtigen Empfänger ankommen. Häufig werden Hilfeleistungen angeboten, für die andere Einrichtungen sehr viel geeigneter wären, um in dieser speziellen Situation weiterzuhelfen. Hätten wir ein enges Netzwerk, ein enges Kooperationsnetz, wäre es viel einfacher, die für diesen speziellen Fall notwendigen, oft auch unterschiedlichen Hilfeleistungen zusammenzuführen.

Schließlich ist es entscheidend, schneller und unmittelbarer zu handeln, sobald Signale für sich anbahnende Konflikte erkennbar werden. Wenn ich über solche Signale rede, dann müssen das nicht nur Verhaltensweisen oder gar Verhaltensstörungen sein, die bei Kindern, Jugendlichen oder Familien sichtbar werden. Bereits die Lebenslage von Familien deutet sehr stark darauf hin, ob sie in der Lage sein wird, ihren Lebensalltag zu meistern oder nicht. Darum ist es notwendig, nicht nur zu reagieren, sondern auch zu agieren; das heißt mitzugestalten und Einfluss zu nehmen auf die Lebenslage von Familien und auf das, was sich in Stadtteilen an Nachbarschaft, an bürgerschaftlichem Engagement, an Treffpunkten und Kommunikationsmöglichkeiten entwickelt. Gefragt ist ein zweigleisiges Vorgehen: Reaktion einerseits und zum anderen das vorbeugende Handeln zu einem frühen Zeitpunkt als Beitrag zu einer tatsächlichen Problembewältigung.

Ziel – auch der heutigen Veranstaltung ist es – die vorhandenen Ansätze eines sozialen Frühwarnsystems in den Kommunen vorzustellen, um lokale Kooperationen zu unterstützen. Ein solches Frühwarnsystem existiert ansatzweise bereits in vielen Städten. Einiges davon werden wir heute kennen lernen und sicherlich viele Anregungen mitnehmen können. Unsere Aufgabe und mein Anliegen ist es aber darüber hinaus, diese Ansätze systematisch weiter zu entwickeln. Wir wollen versuchen, einen neuen Ansatz der sozialen Arbeit auf den Weg zu bringen und damit auch einen Beitrag zur Weiterentwicklung der Familienpolitik zu leisten.

Meine Damen und Herren, lassen sie mich zum Abschluss noch darstellen, wie sich das Soziale Frühwarnsystem aus meiner Sicht in den Kontext der Familienpolitik einordnet. Wenn wir betrachten, welche Bedeutung Familienpolitik in Bund und Land und in den Kommunen hat, kann man zunächst feststellen, dass Familienpolitik lange Zeit primär ein bundespolitisches Thema gewesen ist, wobei immer die materielle Existenzsicherung von Familien im Vordergrund stand. Dies hat auch in den letzten Jahren eine große Rolle gespielt. Ich denke an den Familienleistungsausgleich, das Kindergeld, das Erziehungsgeld, an BAföG und das Wohngeld. Genau dieser finanzielle Rahmen, die Existenzsicherung von Familien, spielte eine sehr entscheidende Rolle in der Familienpolitik.

Es gibt aber auch eine Fortentwicklung in den vergangenen Jahren, die auf der Betonung und Hervorhebung der Kinderrechte beruht, darauf, dass Kinder als eigenständige Subjekte, als eigenständige Rechtspersonlichkeiten wahrgenommen worden. Besonders deutlich wird dies bei der Kindschaftsrechtsreform, beim Gebot der gewaltfreien Erziehung oder auch bei der Verankerung der Kinderrechte in der Landesverfassung. Dieses eigenständige Recht der Kinder hat zu einem Paradigmenwechsel geführt, der auch für die Familienpolitik von außerordentlich großer Bedeutung ist.

Das dritte Feld, das in der Familienpolitik in den vergangenen Jahren zunehmend an Bedeutung gewonnen hat, ist die Einflussnahme auf die Rahmenbedingungen. Ich denke dabei beispielsweise an familienfreundliche Arbeitszeiten, an den Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz, an Ganztagschulen, Elternzeit, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. All dies sind Themenfelder und -bereiche, die deutlich machen, dass die Veränderung der Rahmenbedingungen, unter denen Familien leben, zentrale Fragen in der Familienpolitik berühren. Dabei ist festzustellen, dass sich die Handlungsfelder der Familienpolitik von der Bundesebene immer stärker auf die Landes- und kommunale Ebene verlagern. Aus heutiger Sicht muss man konstatieren, dass das, was früher typisch der Bundespolitik zugeordnet wurde, heute gleichwertig neben der kommunalen und neben der Landespolitik steht. Betrachtet man das Soziale Frühwarnsystem im Kontext der Entwicklung der Familienpolitik, wird deutlich, dass es hier tatsächlich um einen Weiterentwicklungsschritt geht.

Kommunal- und Landespolitik werden als die Plattform für Veränderungen zu Gunsten von Familien immer wichtiger. Die soziale Lage von Familien ist nicht allein durch Finanztransfers zu lösen. Entscheidend ist der Sozialraum vor Ort: die Wohnsituation in den Stadtteilen, die Nachbarschaft und die Infrastruktur für Familien, d.h. für den Be-

darf der verschiedenen Generationen. Der Sozialraum gewinnt auch in unserer Arbeit an Bedeutung. Das soziale Frühwarnsystem als ein integriertes und interdisziplinäres Hilfeangebot trägt dieser Entwicklung Rechnung.

Es gibt weitere Entwicklungsschritte, die wir auf den Weg gebracht haben. Beispielsweise entwickeln wir z. Zt. gemeinsam mit Prof. Strohmeier eine kommunale Familienberichterstattung. Wir stellen fest, dass es notwendig ist, Daten in einzelnen Stadtteilen zu erheben, die sehr schnell Aufschluss über Lebenssituationen und Konfliktlagen in bestimmten Stadtteilen geben. Für uns ist es wichtig, diese Daten zu erheben und auszuwerten, um daraus Konsequenzen für eine präventive Arbeit zu ziehen. Wir erleben, dass sich manche Kommunen sehr schwer tun, weil sie ungefiltert mit ihren Problemlagen konfrontiert werden und einen Imageschaden befürchten. Ich bin jedoch davon überzeugt, dass es geradezu eine Voraussetzung für Problemlösungen ist, Fehler und Defizite aufzudecken. Das macht die eigentliche Stärke aus, denn daraus erwächst die Möglichkeit zu handeln. Ohne Handlungsgrundlagen sind Problemlösungen wenig wirksam und Zufallsprodukte.

Es gibt aber auch Kommunen, die sich an dieser Erhebung beteiligen und als »Modell« zur Verfügung stehen. Ihre Daten können ins Internet eingestellt werden und stehen so den Akteurinnen und Akteuren »vor Ort« als Grundlage für ihre Arbeit zur Verfügung. Diese kommunale Familienberichterstattung ist modellhaft und soll weiteren Kommunen für die Umsetzung Anregungen geben und zur Verfügung stehen.

Die verschiedenen Ansätze werden am 28. Mai im Rahmen unserer familienpolitischen Fachtagung vorgestellt, die ebenfalls hier im IAT zum Thema: »Örtliche und regionale Familienpolitik – von den Nachbarn lernen« stattfindet. Wenn wir über dieses strategische Management in den Kommunen reden, spielt nicht nur die Familienberichterstattung eine wichtige Rolle. Für uns ist ebenso wichtig zu sehen, mit welchen Strategien andere europäische Länder arbeiten, wie unsere Nachbarn mit einer ähnlichen Entwicklung umgehen, wie sie ihren Sozialraum gestalten und wie sie versuchen, Einfluss auf die Gestaltung des Sozialraums und damit auf die Rahmenbedingungen, auf die Lebensbedingungen von Familien zu nehmen. Wir haben europäische Nachbarn eingeladen, die jeweils darstellen werden, welche Strategien sie in ihrer sozialen Arbeit einsetzen. Ich hoffe, dass wir interessante Anregungen für die Weiterentwicklung unserer Arbeit erhalten.

Erlauben Sie mir zum Schluss den Hinweis auf das breite Netz von Familienverbänden und von Familienselbsthilfeorganisationen, das wir in Nordrhein-Westfalen haben. 178 Familienbildungsstätten und 600 soziale Beratungsdienste: Das ist eine phantastische Ausgangsbasis, um unsere Arbeit und Kooperationen so weiter zu entwickeln, dass wir ein sozialintegriertes und interdisziplinäres System der sozialen Hilfe darauf aufbauen. Ich hoffe, dass die heutige Veranstaltung und die geplanten Folgeveranstaltungen dazu wichtige Anregungen geben. Ich wünsche Ihnen spannende Diskussionen und der Veranstaltung einen erfolgreichen Verlauf mit guten Ergebnissen.

Herzlichen Dank

Das Modellprojekt Soziales Frühwarnsystem in NRW - Eine Skizze

Dr. Sabine Wagenblaus

1. Das Modellprojekt im Überblick

Auf Initiative des ehemaligen Ministeriums für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit des Landes Nordrhein Westfalen wurde im September 2001 das Modellprojekt Soziales Frühwarnsystem initiiert. Seit November 2002 liegt die Zuständigkeit beim Ministerium für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familien des Landes NRW. Das Projekt ist auf drei Jahre angelegt und in dieser Zeit soll an sechs Standorten in NRW (Bielefeld, Dortmund, Emmerich, Herne, Kreis Siegen-Wittgenstein, Deutscher Kinderschutzbund Landesverband NRW/ Ortsverband Essen) der Aufbau eines sozialen Frühwarnsystems modellhaft erprobt werden. Die wissenschaftliche Begleitung liegt beim Institut für soziale Arbeit e.V., Münster.

Ausgangspunkt des Projektes ist die eigentlich paradoxe Entwicklung, dass es in NRW einerseits ein immer ausdifferenzierteres System an Hilfen für Kinder und ihre Familien gibt, d.h. wir können in den letzten Jahren in vielen Handlungsfeldern eine Flexibilisierung und Professionalisierung beobachten, dennoch gelingt die Früherkennung von riskanten Entwicklungen bei Kindern und ihren Familien oftmals immer noch unzureichend und viele Familien erhalten oder nehmen erst dann Hilfe und Unterstützung in Anspruch, wenn die Probleme sich bereits verfestigt haben.

Im Bild einer Ampel gesprochen, viele Probleme werden erst dann bearbeitet, wenn die Ampel sich im Übergang von Gelb nach rot befindet. Ziel des Modellprojektes ist, bereits im Vorfeld der Hilfen zur Erziehung tätig zu werden und Probleme bereits in ihrem Entstehungsprozess, d.h. im Übergang von grün nach gelb zu erkennen und zu bearbeiten.



2. Was ist nun unter einem Frühwarnsystem zu verstehen?

Der Begriff »Frühwarnsysteme« kommt nicht aus dem Bereich des Sozialen, wir kennen ihn eher im Zusammenhang mit technischen Systemen. So warnt der Seismograph vor Erdbeben, der Luftdruckmesser vor gefährlichen Stürmen und der Rauchmelder weist auf die Gefahr

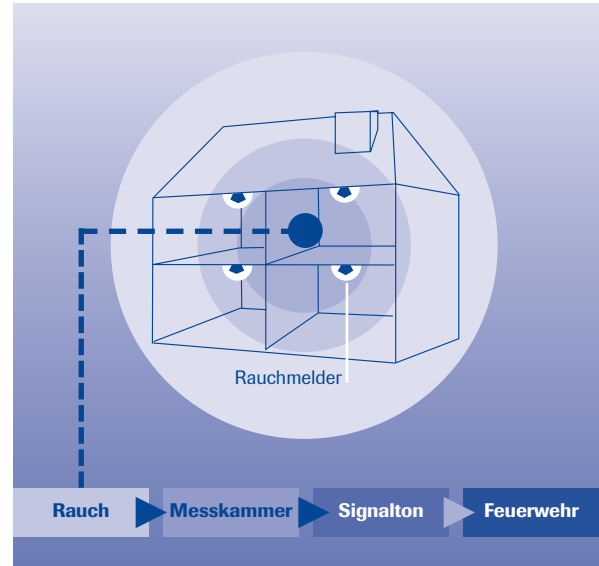


Abbildung 1: Die Reaktionskette - Vom Rauch zur Feuerwehr

eines Brandes hin. Am Beispiel des Brandschutzes (vgl. hierzu LFV Bayern e.V.) soll im Folgenden die grundlegende Funktionsweise eines Frühwarnsystems dargestellt werden, um es dann anschließend auf seine Übertragbarkeit auf das Soziale hin zu überprüfen.

Frühwarnsysteme sind als Reaktionsketten zu verstehen. Auf die Wahrnehmung einer Gefahr wird eine Warnung ausgesendet, auf die eine bestimmte Handlung erfolgt. Der Rauchmelder ist mit einer Messkammer ausgestattet, in der in bestimmten Intervallen eine Lichtquelle eingeschaltet wird. Kommt Rauch (Indikator) in die Messkammer, wird der Lichtstrahl gestreut. Ab einer gewissen Streuung des Lichtstrahls (Übertreten eines Schwellenwertes) wird eine Photozelle aktiviert, das sogenannte »Auge« des Rauchmelders (Wahrnehmung der Gefahr). Dadurch wird automatisch Alarm ausgelöst (Warnung). Der laut erschallende Signalton hilft den betroffenen Personen schnell und situationsgerecht zu reagieren; allem voran sich und seine Angehörigen rechtzeitig in Sicherheit zu bringen und die Feuerwehr anzurufen (Handlung). Sind die Rauchmelder an der richtigen Stelle und in ausreichendem Maße installiert, so können großer Schaden verhindert und Leben gerettet werden.

3. Frühwarnsysteme im Bereich des Sozialen

Auch wenn das Beispiel des Rauchmelders gezeigt hat, wie Frühwarnsysteme im Allgemeinen funktionieren können, ist eine einfache Übertragung auf soziale Lebensverhältnisse nicht möglich. Denn wenn wir das Soziale betrachten, können wir uns hier nicht mit einfachem Messen des Rauches in der Messkammer begnügen, sondern wir müssen das, was als Normalität angesehen wird, vor dem Hintergrund gesellschaftlicher Konventionen und Normen bestimmen.

In Anlehnung an das Beispiel des Rauchmelders lassen sich für ein soziales Frühwarnsystem folgende einzelne Systemelemente benennen.



Abbildung 3: Elemente eines sozialen Frühwarnsystems

1. Zunächst braucht es einen klaren **Gegenstandsbe- reich** bzw. einen Bezugspunkt, denn das Soziale oder riskante Entwicklungen sind weite Begriffe, die sich auf Unterschiedliches beziehen können. So können sowohl sozialräumlichen Entwicklungen als auch zielgruppenbezogene oder einzelfallbezogene Entwicklungen in den Blick genommen werden. In der Realität sind diese Dimensionen nicht immer klar zu trennen, denn sozialräumliche Veränderungen können auch individuelle Entwicklungen beeinflussen. Dennoch gilt es diese Ebenen zunächst analytisch zu trennen.

2. Darüber hinaus braucht es **Indikatoren**, auf deren Grundlage Aussagen zu riskanten Entwicklungen bezogen auf den Gegenstandsbereich getroffen werden können. Indikatoren sind messbare oder beobachtbare Sachverhalte, die im Hinblick auf den ausgewählten Gegenstandsbereich Aussagekraft haben.
 3. Dann müssen (auf dem Hintergrund gesellschaftlicher Konventionen) **Schwellenwerte** benannt werden, die den Übergang des Normalzustandes in eine Krise/Abweichung anzeigen (Gefahrenanzeige). Wie viel Konflikt vermag ein Sozialraum oder eine soziale Gruppe auszuhalten, bevor dies für die Beteiligten zu destruktiven und nicht mehr zu bewältigenden Beeinträchtigungen und Krisen führt? Wann führt eine unzureichende Förderung und Fürsorge eines Kindes zu nachhaltigen Entwicklungsstörungen? Wann sind die eigenen Ressourcen des Sozialraums, der Gruppe oder der Kinder überfordert, ab wann brauchen sie Hilfe und Unterstützung.
 4. Um die Reaktionskette zu vervollständigen, braucht es daneben **geregelte Verfahren**, welche Reaktion auf die Wahrnehmung einer Krise/Abweichung folgen soll? (Warnung durch ...an...)
 5. Und letztendlich sind solche Vorhaben immer von der Kooperationsfähigkeit und -willigkeit verschiedener Akteure abhängig. Es braucht also der **Vernetzung** und Absprachen darüber, wer handelt wann und wie wird dies an die beteiligten Akteure rückgemeldet.
- Erst wenn *alle* - und das ist wichtig - diese Kriterien zutreffen und die einzelnen Elemente (Wahrnehmen - Deuten - Warnen - Handeln) zu einem System zusammengeführt sind, kann im Selbstverständnis des Modellprojektes von einem sozialen Frühwarnsystem gesprochen werden.

4. Von der Idee zum Modellprojekt

Vor dem Hintergrund dieser allgemeinen Überlegungen wird der Aufbau eines sozialen Frühwarnsystems modellhaft an sechs Standorten erprobt.

Nach 1,5 Jahren Projektlaufzeit haben die Modellstandorte sehr unterschiedliche Problemstellungen aufgegriffen und haben dabei sehr unterschiedliche soziale Frühwarnsysteme aufgebaut. Natürlich können wir Ihnen jetzt noch keine abschließenden Erkenntnisse anbieten, wir können Ihnen aber über unsere Erfahrungen in den letzten 18 Monaten, erste Umsetzungsideen, Gelingendes und Schwieriges berichten. Mit dieser Fachtagung möchten wir Ihnen einen Einblick in die aktuelle Entwicklung der Modellprojekte geben, darüber hinaus haben wir aber auch eine Bestandsaufnahme in den Kommunen NRW gemacht, um eventuell bestehende Ideen und Ansätze anderer Kommunen nicht zu vernachlässigen.

Modellstandorte	Projektthemen
Stadt Bielefeld	Begleitung von Eltern mit Säuglingen
Stadt Emmerich	Hilfen für Familien in problematischen Wohnverhältnissen
Kreis Siegen Wittgenstein	Entwicklung eines Indikatorenmodells zur Früherkennung von Gefahrenpotenzialen im Sozialraum
Stadt Dortmund	Beobachtung biografischer Übergänge im kindlichen Leben
Stadt Herne	Verhaltensauffälligkeiten in Kindertageseinrichtungen
Deutscher Kinderschutzbund (NRW)	Entwicklung eines aktivierenden Modells zur Erkennung und Bearbeitung kindlicher Problemlagen

Abbildung 4: Modellstandorte und Projektthemen

5. Wertvolle Beispiele aus der Praxis – Eine Bestandsaufnahme in NRW

Hierfür wurde im Rahmen des Modellprojektes »Soziales Frühwarnsystem« im Sommer/Herbst 2002 vom Institut für soziale Arbeit e.V. eine Bestandsaufnahme in allen Jugendämtern in NRW durchgeführt. Hierfür wurden alle Jugendämter in NRW angeschrieben, mit der Bitte rückzumelden, ob es in ihrem Jugendamtsbezirk ein oder mehrere Projekte (sowohl von öffentlichen als auch freien Trägern) gibt, die im Kontext eines sozialen Frühwarnsystems stehen könnten. Auf dem beigefügten Rückmeldebogen konnten die Jugendämter dann ankreuzen, ob sie ein solches Projekt haben und ggf. eine kurze inhaltliche Beschreibung abgeben.

Von den insgesamt 173 Jugendämtern in NRW haben 140 Jugendämter eine Rückmeldung gegeben, das entspricht einer Rücklaufquote von 80%. Im Einzelnen verteilten sich die Antworten wie folgt.

Kein Projekt	94	67,2%
Projekt in Planung	6	4,3%
Beteiligt im Modellprojekt	6	4,3%
Ein oder mehrere Projekte	34	24,2%
Gesamt	140	100%

Tabelle 1: Rückmeldungen der Jugendämter insgesamt

Zwei Drittel der Jugendämter gaben an, keine Projekte im Sinne eines sozialen Frühwarnsystems in ihrem Jugendamtsbereich zu haben. Einige planen solche Projekte und ein Viertel der Jugendämter gab an, dass sie bereits ein oder mehrere Projekte (insgesamt 52 Projekte) entwickelt hätten, die sie in den Kontext eines sozialen Frühwarnsystems stellen würden.

Grundlage der Bestandsaufnahme bildeten ausschließlich die **Selbsteinschätzungen** der angefragten Jugendämter. Es wurde bei der vorliegenden Auflistung unsererseits keine inhaltliche Vorauswahl getroffen, insofern sind alle eingegangenen Projekte aufgenommen worden. Um zu entscheiden, ob diese Projekte tatsächlich in den Kontext eines sozialen Frühwarnsystems zu stellen sind, sind die bereits 5 genannten Prüfkriterien an die Projekte anzulegen. Bei einem Großteil der in die Bestandsaufnahme eingegangenen Projekte finden sich u. E. unter der Bezugnahme auf diese genannten Prüfkriterien zwar wertvolle Ansätze zum Aufbau eines sozialen Frühwarnsystems, in der Regel werden aber nur Teilaspekte der Anforderungen an ein komplexes System der Früherkennung abgedeckt, eine systematische Zusammenführung der einzelnen Teile zu einem Gesamtsystem fehlt bislang.

Wir können Ihnen auf dieser Fachtagung somit keine fertigen Modelle eines sozialen Frühwarnsystems vorstellen, wir hoffen aber, Ihnen den Grundgedanken eines sozialen Frühwarnsystems näher bringen und Ihnen Ansätze ihrer praktischen Umsetzung vorstellen zu können.

Kinderarmut - Überwindung und Vermeidung von Armutswirkungen bei Kindern und Jugendlichen¹

Annette Berg

1. Ausgangssituation der Stadt Monheim am Rhein zum Projekt Mo.Ki

1.1 DIE ZAHL DER VERHALTENS-AUFFÄLLIGEN KINDER STEIGT

Die Ausgangssituation zur Neuorientierung der Jugendhilfe der Stadt Monheim am Rhein stellte die wachsende Zahl der Hilfe bedürftigen Familien dar, die im Jugendamt der Stadt Monheim am Rhein vorstellig wurden. Immer mehr Fälle mit immer umfangreicheren Problemen, die häufig nicht mehr durch Beratung und Begleitung der Familie beeinflussbar waren, ließen die Zahl der Unterbringungen in Heimen und anderen kostenintensiven Formen der stationären Unterbringung sprunghaft steigen.

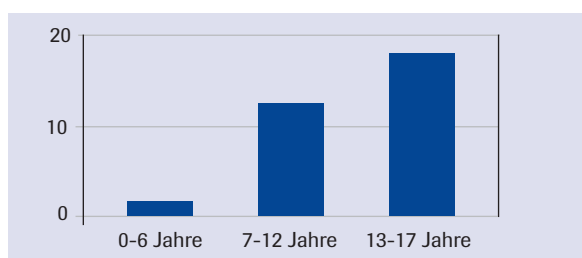
Im Jahr 2001 stieg die Zahl der Kinder und Jugendlichen in Heimerziehung innerhalb eines halben Jahres von anfangs 22 Fällen (Januar 2001) auf 42 Fälle (Juli 2001) um beinahe 100% an.

Die Komplexität der Problematik erforderte die Herausnahme des Kindes oder des Jugendlichen aus der Familie, um seelische und soziale Notlagen zu lindern oder Gefährdungen auszuschließen. Bedingt durch die Auffälligkeiten der Kinder war häufig die Zuweisung in Pflegefamilien nicht möglich, so dass weitreichendere Hilfsformen

in Anspruch genommen werden mussten, um adäquate Förderung leisten zu können.

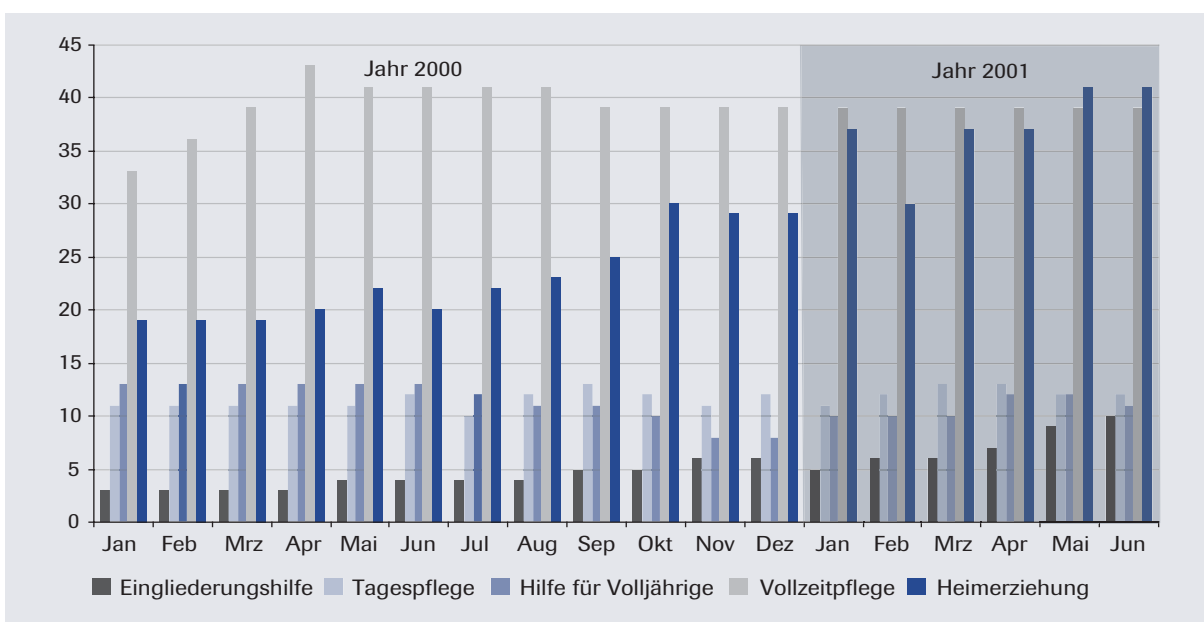
1.2. ALTERSSTRUKTUR BEI HEIMUNTERBRINGUNGEN

Die Darstellung zur Altersstruktur von Heimunterbringungen des Jugendamtes der Stadt Monheim am Rhein im **Monat April 2001** macht erkennbar, dass Unterbringungen vielfach im Jugendalter erfolgen mussten, während Kinder im Alter unter 6 Jahren kaum in dieser Hilfeform vorkamen.



Altersstruktur der Heimunterbringungen, Quelle: Jugendamt Monheim, 2001

¹ MoKi Monheim für Kinder - Projekt zur Prävention von Armutfolgen bei Kindern. Ein Modellprojekt des Landschaftsverbandes Rheinland in Trägerschaft der Arbeiterwohlfahrt Niederrhein in Kooperation mit der Stadt Monheim am Rhein. Wissenschaftliche Begleitung: Vanessa Schlevogt, Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik Frankfurt am Main; Projektleitung: Inge Nowak, Stadt Monheim am Rhein, Annette Berg, Jugendamt der Stadt Monheim am Rhein



Heimunterbringung im Vergleich 2000/2001, Quelle: Jugendamt Monheim, 2001

Erfahrungen der Jugendhilfe zeigen, dass gerade schwierige Kinder und Jugendliche, in deren Fall eine Unterbringung notwendig wurde, bereits früh in unterschiedlichen Entwicklungsebenen Auffälligkeiten zeigten. Es kam jedoch erst wesentlich später zum Kontakt mit dem Jugendamt. Häufig wurden Auffälligkeiten mit Eintritt in die Schule erst offensichtlich, waren dann jedoch durch reine Beratung und ambulante Begleitung in vielen Fällen nicht mehr beeinflussbar.

Eine genauere Betrachtung der Unterbringungsfälle des Jugendamtes verdeutlichte, dass verstärkt Familien mit geringem Einkommen Probleme mit der Erziehung ihrer Kinder aufwiesen.

80% der Familien im HzE-Bezug der Stadt Monheim am Rhein waren aufgrund geringer Einkommensverhältnisse von ihrer Beitragspflicht befreit.

2. AWO Studie »Gute Kindheit – Schlechte Kindheit« Armut und Zukunftschancen von Kindern« des ISS Frankfurt und gemeinsame Planung des Projektes

Im Jahre 2001 veröffentlichte der AWO Bundesverband die Studie »Gute Kindheit-Schlechte Kindheit« Armut und Zukunftschancen von Kindern«, die im Detail belegt, dass Armut die Entwicklungschancen von Kindern erheblich beeinträchtigt. Nach Erkenntnissen der Studie führt diese Lebenssituation bei jedem dritten in Armut lebenden Kind zu multipler Deprivation².

Die Studie stellt die Notwendigkeit der frühzeitigen Unterstützung von Armutsfamilien heraus, da von Armut betroffene Familien auf Grund ihrer materiellen Situation eine adäquate Förderung ihrer Kinder vielfach nicht mehr oder nur vermindert sicherstellen können.

Die parallele Entwicklung der Stadt Monheim am Rhein und der AWO führten zur Entwicklung des Kooperationsprojektes Mo.Ki – Monheim für Kinder. Ausgangspunkt bildete die Definition des Risikofaktors Armut für die Entwicklung von Kindern sowie die Zielsetzung der Prävention von Armutwirkungen ab der Geburt. Richtungsweisend waren dabei folgende Thesen:

- Armut unterstützt die Wahrscheinlichkeit einer vielfältigen Benachteiligung mit weitreichenden Folgen für Kinder und Jugendliche.
- Frühzeitige Intervention in Familien mit hohem Risikofaktor verbessert die Lebenssituation der Kinder und ihrer Familien und begünstigt eine positive Entwicklung.

² Multiple Deprivation: Das Kind entbehrt in mehreren Entwicklungsbereichen (materielle Grundversorgung, gesundheitliche, kulturelle, soziale, psychische und physische Lage) die notwendigen Ressourcen, die eine positive Entwicklung wahrscheinlich machen. In zentralen Lebens- und Entwicklungsbereichen des Kindes liegen hierdurch bedingt Beeinträchtigungen vor.

2.1. PROJEKTENTWICKLUNG

In Anbetracht der unten dargestellten Sozialdaten der Stadt Monheim am Rhein, der spezifischen Situation bestimmter Wohnviertel und der Zahl der Kinder und Jugendlichen im Sozialhilfebezug, war davon auszugehen, dass eine unbekannte Zahl an Kindern in Familien aufwachsen, die von entsprechenden Benachteiligungen betroffen und möglicherweise durch Vernachlässigung gefährdet waren. Nach Auffassung des Jugendamtes der

Alter in Jahren	Frauen		Männer		Gesamt
	Deutsche	Ausländer	Deutsche	Ausländer	
0-6	140	48	142	44	374
7-12	113	34	127	45	319
13-17	74	25	82	38	219
17-24	77	24	56	20	177
25-39	268	70	106	56	500
40-54	147	40	66	27	280
55-64	95	26	47	28	196
über 64	84	15	20	14	133
gesamt	998	282	646	272	2.198

Sozialhilfebezüge der Stadt Monheim am Rhein März 2001, Quelle: Kreis Mettmann, März 2001

Stadt Monheim am Rhein bestand für Familien mit geringen Einkommensverhältnissen ein Bedarf an frühzeitiger Beratung und Unterstützung in Fragen der Erziehung und Partnerschaft, der mit den bisherigen, in der Regel sehr hochschwelligigen Angebotsformen, nicht mehr ausreichend abgedeckt werden konnte.

3. Strategisches Management

Die Stadt Monheim am Rhein führte im Jahr 2002 unter Begleitung der KGST consult im Bereich Jugend und Familie das Strategische Management ein.

Im Rahmen der Zielplanung wurde in Anbetracht des Anstieges der Unterbringungszahlen die verstärkte Ausrichtung der Jugendhilfe im Bereich der Prävention festgelegt. Besonderes Augenmerk legt der Bereich seither auf die

Kinderarmut – Armutswirkungen bei Kindern und Jugendlichen

Kinder im Vorschulalter, verbunden mit der Zielsetzung, frühzeitige Beratung und Unterstützung von Familien zu gewährleisten als auch Gefährdungen frühzeitig zu erkennen.

Unterstützung erhielt das Jugendamt durch den Verwaltungsvorstand der Stadt Monheim am Rhein, insbesondere durch den Bürgermeister, der eine offensive Herangehensweise an das Thema Kinderarmut in Monheim am Rhein aktiv unterstützt.

4. Das Berliner Viertel in Monheim am Rhein

Besondere Berücksichtigung fand das Berliner Viertel der Stadt Monheim am Rhein, da in diesem Quartier, einem Stadtteil mit besonderem Erneuerungsbedarf, der Anteil an Familien und Kindern im Sozialhilfebezug und somit die Gefährdung für Kinder durch Armut besonders erhöht ist: Insgesamt leben in der Stadt Monheim am Rhein 44.000 Einwohner; 15.000 davon im Berliner Viertel.

60% der Bezieher von HzL leben in diesem Quartier; jedes 4. Kind in diesem Sozialraum ist auf die öffentliche Förderung durch HzL angewiesen.

Weiterhin wurde im Rahmen der Schuleingangsuntersuchung im Berliner Viertel festgestellt, dass 82% der untersuchten Kinder Auffälligkeiten im Bereich der physischen oder psychischen Gesundheit zeigten.

Diese besorgniserregende Quote stellte ein weiteres Indiz zur Sicherstellung einer positiven Entwicklung der im Quartier Berliner Viertel lebenden Kinder dar.

Bisherige Aktivitäten der Jugendhilfe im Rahmen des Stadtteilerneuerungsprogramms sollten intensiviert, vernetzt und eine dem Stadtteil entsprechende Struktur erhalten.

- AWO-Kindertagesstätte Grünauer Straße
- AWO-Kindertagesstätte Robert-Koch-Straße
- AWO-Kindertagesstätte Prenzlauer Straße
- Städtische Kindertagesstätte, Oranienburger Straße
- Evangelische Kindertagesstätte, Grunewaldstraße
- Katholische Kindertagesstätte, Friedenauer Straße

- Sozialpädagogischer Dienst im Jugendamt Monheim
- Schulpsychologischer Dienst und Erziehungsberatungsstelle
- Jugendberatung

- AWO – Suchtberatung
- AWO – Erziehungsbeistandschaft
- AWO – Allgemeiner Sozialer Dienst
- Diakonisches Werk – Allgemeiner Sozialdienst in Monheim-Süd und Schuldnerberatung
- SFKM – Allgemeiner Sozialdienst und Jugendgerichtshilfe
- Caritasverband Kreis Mettmann
- Kinderschutzbund Monheim
- Sozialpädagogische Familienhilfe
- Die Beratungsstelle e.V.
- Bleibe, ehemals Housing



Mo.Ki
Monheim für Kinder

- Schulsozialarbeit an der Anton-Schwarz Hauptschule
- Hermann Gmeiner Grundschule (Leiter und Lehrerkonferenz)
- Wilhelm Busch Grundschule
- Astrid-Lindgren-Grundschule

- Kreis Mettmann Gesundheitsamt
- Begleitender Dienst für Familien mit Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen mit Behinderung oder Entwicklungsauffälligkeiten

- Freizeitstätte Krischer Straße
- Haus der Jugend

- Stadtteilbüro im Berliner Viertel
- Ökobau/Stadtteilcafé
- Kultur/Eventmanagement
- Ausländerbeirat
- LEG (Landesentwicklungsgesellschaft NRW)

Akteure im Berliner Viertel

5. Situation von Familien im Stadtteil

Im Oktober 2002 startete das Kooperationsprojekt Mo.Ki. Im Rahmen der wissenschaftlichen Begleitung wurde eine detaillierte Problemanalyse auf der Basis von Experteninterviews erstellt³.

Deutlich wurde, dass Mo.Ki nicht beim Punkt Null startet, sondern dass viel Wissen vorhanden ist und an zahlreiche Aktivitäten in Monheim angeknüpft werden kann. Im Folgenden wird auf die Situation von Kindern sowie auf die Problemlage der Eltern eingegangen. Dabei sollte jedoch berücksichtigt werden, dass viele der Befragten aufgrund ihrer Tätigkeit vor allem mit Familien zu tun haben, die sich aufgrund von schwierigen Lebensumständen an sie wenden. Im Vordergrund der Analyse standen die Probleme und weniger die gelungenen Momente des täglichen Zusammenlebens im Stadtteil, die selbstverständlich auch existieren. An diese positiven Erfahrungen gilt es bei der künftigen Arbeit anzuknüpfen, denn Mo.Ki möchte die Ressourcen von Kindern, Familien und Fachkräften in Monheim am Rhein stärken.

5.1. KINDER IM BERLINER VIERTEL

Neben der materiellen Grundversorgung war es notwendig, die gesundheitliche, kulturelle, soziale sowie psychische und physische Lage von Kindern genauer zu analysieren, da arme Kinder in all diesen Bereichen benachteiligt sind.

- Die Fachkräfte berichteten über eine Zunahme von **Verhaltensauffälligkeiten** (Aggressionen; Hemmungen; Schwierigkeiten, sich zu beschäftigen; Konzentrationsschwierigkeiten; motorische Auffälligkeiten bis hin zur Straffälligkeit).
- **Sprachauffälligkeiten** nehmen zu, auch bei deutschen Kindern. Die allgemeine Sprachkompetenz nimmt ab. Im Rahmen einer im Jahr 2000 vom Gesundheitsamt durchgeführten Untersuchung in Kindergärten und Grundschulen im Berliner Viertel wurden bei insgesamt 140 untersuchten Kindern 117 mit Sprachauffälligkeiten diagnostiziert.
- Mangelnde Esskultur und **gesunde Ernährung** stellen ein Problem dar. Auch auf der Kick Off-Veranstaltung wurde thematisiert, dass viele Kinder kein Mittagessen bekommen. Essensgelder gehen in den Kitas oftmals schleppend ein oder gar nicht ein.
- Zudem wird die unregelmäßige **Gesundheitsvorsorge**, Fragen der Hygiene sowie die mangelnde Bewegung bei manchen Kindern beklagt. Bei der Untersuchung des Gesundheitsamtes 2000 wurde mangelnde Zahngesundheit bei den Kindern festgestellt, ebenso werden bei Kindern des Berliner Viertels weniger Früherkennungsuntersuchungen (Untersuchungen) durchgeführt.

- Emotionale und/oder körperliche **Verwahrlosung** wird mehrfach als Problem geschildert. In der Kick Off-Veranstaltung wurde die teilweise schlechte Versorgung von Säuglingen thematisiert.
- Manche Kinder haben **keine kontinuierliche Bezugsperson** oder sind isoliert. In manchen Fällen kommt es zu Heimunterbringungen.
- Bei einigen Kindern findet nur ein unregelmäßiger Kita- oder Schulbesuch statt.
- Häufig wird über Schulprobleme berichtet. Es fehlt eine kontinuierliche Betreuung in der Schule.
- Betreute Freizeitangebote für Kinder fehlen. Die Spielplatzsituation wurde verbessert, ist aber nicht zufriedenstellend.

5.2. ELTERN IM BERLINER VIERTEL

Ein »kindgerechter« Armutsbegriff muss sich an der speziellen Lebenssituation der untersuchten Altersgruppe orientieren. Gleichzeitig muss die Gesamtsituation des Haushaltes berücksichtigt werden⁴. Die Schwierigkeiten der Kinder stehen häufig im direkten Zusammenhang mit der familiären Situation. Armutsprävention von Kindern muss daher auch die Probleme der Eltern in den Blick nehmen, um erfolgreich zu sein.

- Viele Eltern im Berliner Viertel fühlen sich stigmatisiert. Sie wollen akzeptiert und nicht als »Arme« ausgegrenzt werden.
- Als zentrale Probleme werden von den Befragten hohe Arbeitslosigkeit, beengte Wohnverhältnisse oder anstehender Wohnungsverlust genannt. Geschildert werden Probleme in der Partnerschaft, Trennungen, häusliche Gewalt, Alkohol- und andere Suchtprobleme sowie psychische Erkrankungen.
- Barrieren stellen Sprachprobleme oder kulturelle Verständigungsschwierigkeiten dar.
- In fast allen Gesprächen wurden die Probleme der alltäglichen Lebensführung geschildert: Zum einen geht es in vielen Familien um Fragen der **Haushaltsführungskompetenz** (Umgang mit Finanzen, gesunde Ernährung etc.). Zum anderen spielen **Erziehungsprobleme** eine sehr große Rolle:
 - Die Eltern haben häufig kein Rüstzeug, um mit Krisen umgehen zu können. Viele Fachkräfte schildern die fehlende Konfliktfähigkeit der Familien.
 - Zentral erscheint die Unsicherheit bei der familiären Kommunikation und Alltagsgestaltung. Es fehlen verlässliche Strukturen innerhalb des Familiensystems.
 - Ein Problem stellen die fehlenden Kenntnisse über die Bedürfnisse von Säuglingen und Kindern dar, es gibt zum Beispiel kein Wissen über die verschiedenen Entwicklungsschritte.
 - Unsicherheit herrscht bei Fragen wie der Umgang mit Medien, Ausgangszeiten, Taschengeld etc.

³ Die Kapitel 5 und 7 dieses Artikels wurden entnommen aus: Vanessa Schlevogt, Mo.Ki. – Problemanalyse und mögliche Handlungsfelder. 1. Sachstandsbericht der wissenschaftlichen Begleitung, ISS-Aktuell 2/2003.

⁴ vgl. Hock, Beate/Holz, Gerda/Simmedinger, Renate/Wüstendörfer, Werner: Gute Kindheit – Schlechte Kindheit? Armut und Zukunftschancen von Kindern und Jugendlichen in Deutschland. Abschlussbericht zur Studie im Auftrag des Bundesverbandes der Arbeiterwohlfahrt, ISS-Pontifex 4/2000, S. IX ff.

Kinderarmut - Armutswirkungen bei Kindern und Jugendlichen

- Das Thema Grenzen setzen spielt auch in der Pubertätsphase eine große Rolle.
- Insbesondere alleinerziehende Eltern fühlen sich häufig überfordert von der Kindererziehung.
- Viele Eltern haben Schwierigkeiten, ihre Kinder in der Schule zu unterstützen und haben kein Geld für Nachhilfe.
- Berichtet wurde über **Informationsdefizite** in Bezug auf existierende Angebote. Die Hilfeleistungen sind in der Stadt verstreut.
- Nicht alle Angebote sind in ausreichendem Maße vorhanden. Viele Einrichtungen klagen über lange Wartelisten. In sehr vielen Interviews wurde gewünscht, dass mehr Therapeuten für Kinder *und* Eltern im Berliner Viertel arbeiten würden.
- Es fehlen **niedrigschwellige Angebote**, da viele Eltern Angst vor dem Jugend- oder Sozialamt haben. Viele gehen lieber in Begleitung, um Hilfeleistungen in Anspruch zu nehmen.
- Ein großes Problem stellt die **nicht ausreichende Kinderbetreuung** dar. Alle Kindertagesstätten berichten über lange Wartelisten. Es gibt ein großes Interesse nach Familiengruppenplätzen für jüngere Kinder. Es fehlen kostengünstige Angebote sowie Unterbringungsmöglichkeiten.
- Mehrfach wurde auf die **fehlenden Freizeitangebote vor Ort** hingewiesen. Auch preiswerte Ferienmöglichkeiten wurden in den Interviews gefordert.
- Neben Personalfragen spielen auch die nicht ausreichenden **Räumlichkeiten** für Angebote eine Rolle in vielen Gesprächen.

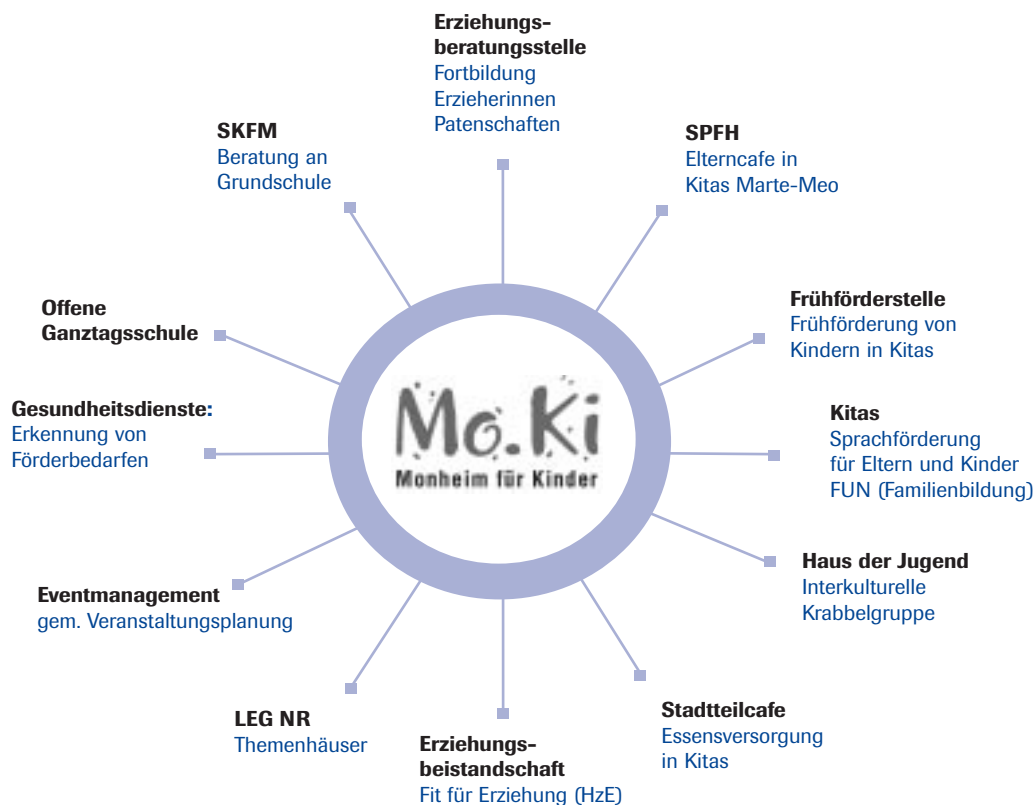
6. Das Projekt Mo.Ki. - Monheim für Kinder

Zielsetzung des Projektes:

- Frühzeitige Vermeidung negativer Auswirkungen von Armut auf die Entwicklungschancen von Kindern
- Weiterentwicklung der Arbeit der Kindertagesstätten als Knotenpunkt des kommunalen Hilfesystems zur Prävention von Armutsfolgen bei Kindern im Rahmen des integrierten Handlungskonzeptes Berliner Viertel
- Entwicklung einer kommunalen präventiven und sozialräumlich wirksamen Jugendhilfestrategie
- Aufbau eines präventiven Jugendhilfenetzwerkes
- Entwicklung einer übertragbaren Jugendhilfestruktur

7. Handlungsfelder

Auftrag des Modellprojektes Mo.Ki ist es, Maßnahmen zu entwickeln, um die Folgen familiärer Armut in Monheim zu verhindern oder aufzufangen (z. B. die Heimunterbringungen zu reduzieren). Angestrebt wird aus diesem Grund, möglichst früh mit einem breitangelegten und präventiven Angebot anzusetzen und damit die Grundlagen für die gleichberechtigte soziale Teilhabe aller Kinder am gesellschaftlichen Leben zu gewährleisten. Die Vernetzung und der Ausbau bereits existierender Angebote muss zum Aufbau von nachhaltigen Strukturen führen, in denen frühzeitig interveniert werden kann, bevor Probleme größere Ausmaße annehmen. Ziel von Mo.Ki ist der Aufbau einer Präventionskette von der Geburt bis zur Berufsaus-

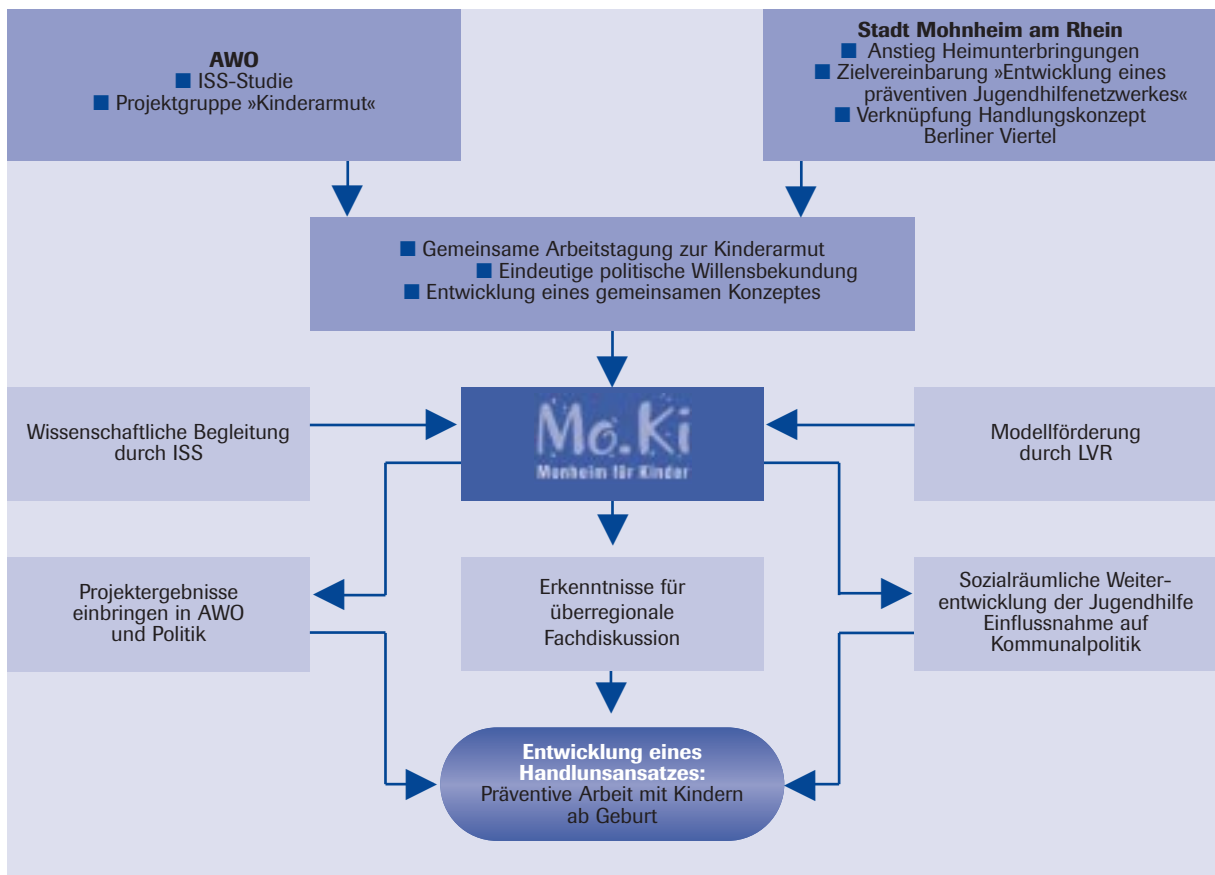


Projekthalte

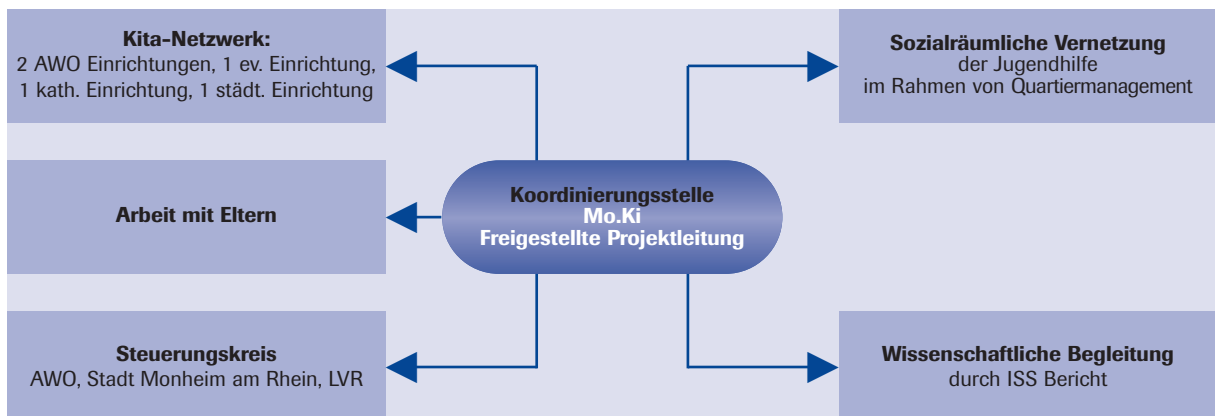
bildung, die dem Alltag der Familien im Berliner Viertel gerecht wird, sie über die verschiedenen institutionellen Übergänge hinweg begleitet und die Bildungs- und Entwicklungschancen vergrößert.

Die Analyse der geschilderten Problemfelder im Berliner Viertel verweist auf drei Handlungsfelder, nämlich zum einen den **Ausbau präventiver Angebote** für Kinder im Sinne einer bedarfsgerechten und qualitativ guten institu-

tionellen Tagesbetreuung und zum anderen **Maßnahmen der Elternberatung und -bildung zur Ressourcenstärkung von Familien**. Ein dritter Aufgabenschwerpunkt von Mo.Ki stellt **die Koordination und Vernetzung von bereits existierenden Angeboten im Stadtteil** dar sowie die Anregung und Unterstützung neuer Initiativen für das Berliner Viertel.



Projektstruktur



Projektaufbau

Hammer Elternschule vor Ort – Sozialraumbezogene Familienbildung und Begleitung junger Familien in benachteiligten Lebenslagen

Matthias Bartscher

Die »Hammer Elternschule« ist eines der sozialen Leitprojekte der Stadt Hamm für die erste Hälfte dieses Jahrzehnts. Eltern sollen stärker bei ihrer Aufgabe unterstützt werden, Kinder und Jugendliche in dieser Gesellschaft zu eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Mitgliedern zu erziehen. Neu an der »Hammer Elternschule« ist eine trägerübergreifende Vorgehensweise und die Entwicklung eines pragmatischen, die wesentlichsten wissenschaftlichen Erkenntnisse zusammenfassenden Konsenses über die wichtigsten Inhalte von Erziehung. Darüber hinaus sollen stadtteilorientierte und aufsuchende Ansätze intensiviert werden, um Zielgruppen zu erreichen, für die diese Angebote wichtig sind, die aber von der Elternbildung bisher nicht erreicht werden. Hinter der Elternschule steht die Idee, alle Eltern in den verschiedenen Familienphasen zu erreichen, die dies wünschen und benötigen.

Auf dem Hintergrund sozialplanerischer Erkenntnisse¹ sollen strategische Entwicklungen eingeleitet werden, um die soziale Arbeit und den Bildungsbereich um notwendige präventive Ansätze zu ergänzen. Es zielt darauf ab, den fachlichen Standard des sozialen Netzes in Hamm durch einen wichtigen neuen Baustein zu verbessern und gleichzeitig einem weiteren Anstieg der Kosten im sozialen Bereich vorzubeugen.

Ausgangslage

Seit Jahren ist an verschiedenen Entwicklungen festzustellen, dass die Erziehung von Kindern und Jugendlichen für viele Eltern immer schwieriger wird und den erfolgreichen Start junger Menschen in ein eigenverantwortliches Leben behindert. Eine der wesentlichen Ursachen hierfür sind fehlende soziale Erfahrungen, wie sie früher im Zusammenleben mit Geschwistern, in Großfamilien, durch verwandtschaftliche Kontakte oder Kinder in der Nachbarschaft erworben wurden. Gleichzeitig gibt es bei sehr vielen Eltern eine erhebliche Verunsicherung darüber, wie Kinder in der heutigen Zeit richtig zu erziehen sind. Neben die traditionellen Erziehungskonzepte sind vielfältige populärpsychologische Ideen und Medieneinflüsse getreten und ein stark veränderter gesellschaftlicher Stellenwert von Kindheit beeinflusst das Erziehungsverhalten. Alle wollen das Beste für ihre Kinder, doch sind die Wirkungen wohlgemeinten, scheinbar kinderfreundlichen Verhaltens Erwachsener zu einem nicht unerheblichen Teil kontraproduktiv. Die negativen Konsequenzen sind in einer Vielzahl von Störungen in der Entwicklung von Kindern und Jugendlichen und in eskalierenden Familienkonflikten zu erkennen.

Gesetzliche Grundlagen

Nach dem Grundgesetz ist die Erziehung von Kindern und Jugendlichen zunächst Sache der Eltern. In Artikel 6 wird ausgeführt: »(1) Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutze der staatlichen Ordnung. (2) Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht. Über ihre Betätigung wacht die staatliche Gemeinschaft.« Das Kinder- und Jugendhilfegesetz greift diesen Grundsatz auf und ergänzt ihn: Die Jugendhilfe soll »Eltern und andere Erziehungsberechtigte bei der Erziehung beraten und unterstützen« (KJHG § 1 Abs. 3 Satz 4).

»Angebote der Familienbildung« sind Aufgabe des Jugendamtes (§16 KJHG). Dieser Auftrag zur Unterstützung der Eltern wurde mit der Änderung des BGB 2001 bekräftigt (§ 1631): »Kinder haben ein Recht auf gewaltfreie Erziehung. Körperliche Bestrafungen, seelische Verletzungen und andere entwürdigende Maßnahmen sind unzulässig.« Die gleichzeitige Ergänzung des KJHG (§ 16) gibt dem Jugendhilfeträger den Auftrag, den Familien im Rahmen von Familienbildung »Wege auf(zu)zeigen, wie Konfliktsituationen in der Familie gewaltfrei gelöst werden können«.

Mit diesen gesetzlichen Grundlagen ist ein Rahmen skizziert, in dem sich die »Hammer Elternschule« bewegen wird. Es geht nicht darum, Eltern die Erziehung aus der Hand zu nehmen oder in eine wie auch immer geartete inhaltliche Richtung vorzubestimmen, sondern

- Eltern zur Bewältigung ihrer Erziehungsaufgabe Unterstützung anzubieten;
- die Wahrnehmung der Elternverantwortung anzuregen und herauszufordern, wenn sie nicht genügend wahrgenommen wird;
- Eltern in einer pluralen Gesellschaft in die Lage zu versetzen, auf der Basis ihrer Werte und Normen der Erziehung ihrer Kinder eine eigenständige und bewusste Ausrichtung zu geben.

Die Elternschule bewegt sich dabei im Vorfeld der schulischen Erziehung und der Jugendhilfe und ist insofern ein präventiver Ansatz, als dass gelingende familiäre Erziehung spätere sozialpädagogische Ergänzungs- und Korrekturmaßnahmen vermeiden kann.

System- und trägerübergreifender Ansatz

Um den skizzierten Bedarf an Elternbildung leisten zu können, ist ein übergreifender Ansatz notwendig, in dem Jugendhilfe, Schule und die freien Träger kooperieren. Die anstehenden Aufgaben kann kein Bereich allein lösen, vielmehr sind sie in der Zusammenarbeit aufeinander an-

gewiesen. In der Bildung einer entsprechenden Projektgruppe (die Mitglieder und beteiligten Institutionen sind in der Anlage aufgelistet) kommt dieser Gedanke schon zum Ausdruck und soll in Zukunft konsequent umgesetzt werden.

Zielsetzung

Die Elternschule ordnet sich in die gesellschaftliche Aufgabe ein, Kinder und Jugendliche als eigenständige Persönlichkeiten in ihrer Entwicklung zu respektieren und sie gleichzeitig zu einem eigenständigen Leben und zu sozialer und politischer Teilnahme in unserer Gesellschaft zu befähigen. Strategisches Ziel der »Hammer Elternschule« ist es, alle Eltern durch geeignete Bildungs- und Hilfeeinrichtungen bei der Aufgabe zu unterstützen und zu befähigen, Kinder im Sinne des Hammer Erziehungskonsenses (s.u.) zu erziehen. Daraus ergeben sich folgende operationale Ziele:

1. **Präventive Ausrichtung:** Die Elternschule will Eltern in die Lage versetzen, ihre Kinder angemessen in ihrer Entwicklung zu begleiten und damit der Eskalation von Konflikten und Problemen und dem daraus resultierenden öffentlichen Hilfebedarf vorzubeugen.
2. **Aufsuchende Elemente:** Bei einigen Zielgruppen, die aufgrund benachteiligter Lebensumstände besonders zu berücksichtigen sind, wird eine aufsuchende Arbeit notwendig sein (vgl. hier die Planungen des Gesundheitsamtes zur Familienhebamme und des Diakonischen Werkes zur begleitenden aufsuchenden Elternhilfe)
3. **Stadtteilorientierung:** Die Elternschule sollte grundsätzlich stadtteilorientiert organisiert werden bzw. stadtteilorientierte Elemente enthalten.
4. **Förderung des gesellschaftlichen Klimas für Erziehung:** Die Elternschule soll ein positives Grundverständnis im Sinne des Erziehungskonsenses im kommunalen gesellschaftlichen Raum fördern und damit die Motivation bei Eltern für die Beteiligung an der Elternschule stärken.
5. **Ressourcenorientierung:** Die Elternschule soll Selbsthilfekräfte und vorhandene Potentiale herausfordern und stärken und Räume und Orte gegenseitiger Unterstützung durch Eltern(gruppen) fördern. Für diese Aufgabe sollen Ressourcen in Jugendhilfe, Schule und allen gesellschaftlichen Gruppen erschlossen werden (Synergien, Entlastungseffekt, Sponsoring).
6. **Planerisches Vorgehen:** Durch eine kontinuierliche Evaluation der Arbeit sollen hinsichtlich der Qualität der Arbeit, einer flächendeckenden Strategie und der Quantität des Angebotes Lücken und Defizite erkannt und geschlossen bzw. verbessert werden.

Zielgruppen

Grundsätzlich sollen alle Eltern in Hamm erreicht werden. Dies ist zunächst eine quantitative Herausforderung, da die bisherigen Aufwendungen für Elternbildung diesem An-

spruch bei weitem nicht gerecht werden. Darüber hinaus gilt: da die bisherigen Elternbildungsformen aufgrund ihrer systematischen Effekte (Kommstruktur, Bildungsniveau-Voraussetzung, mangelnde sozialräumliche Nähe) Teilgruppen der Eltern nicht oder unzureichend erreichen, sind folgende Zielgruppen besonders anzusprechen:

- Migranten
- Alleinerziehende
- Menschen in besonders benachteiligten Lebenslagen (vgl. Armutsbericht)

Ansatzpunkte für die Einführung der Elternschule

Die »Elternschule« ist aus bestehenden Ansätzen der Elternbildung in Hamm entwickelt worden. Das betrifft insbesondere die Angebote in VHS und der Familienbildungsstätte, die Elternarbeit in Schule und Tageseinrichtungen, die Ansätze im Jugendamt und bei den freien Trägern der Erziehungshilfe und die Arbeit in Beratungsstellen. Nicht zuletzt wird dem bestehenden Projekt »Starke Eltern – Starke Kinder« des Deutschen Kinderschutzbundes, das in Hamm durch die Ortsgruppe des Verbandes in Kooperation mit dem Jugendamt realisiert wird, eine zentrale Rolle zukommen. Die gezielte Förderung benachteiligter Familien soll ausgehend von der Arbeit der Familienhebamme im Rahmen der Stadtteilprojekte bzw. im Rahmen sozialraumorientierter Vernetzung entwickelt werden. Ein erster wichtiger Schritt in diese Richtung ist das Projekt »Aufsuchende Elternhilfe« des Diakonischen Werkes.

Das Selbstverständnis der »Hammer Elternschule«

Die »Hammer Elternschule« versteht sich als ein Netzwerk unterschiedlicher Einrichtungen und Träger, die sich inhaltlich dem »Hammer Erziehungskonsens« verpflichtet fühlen und die jeweils einen eigenständigen Beitrag zur Förderung der Erziehungskompetenz in Familien leisten. Die koordinierende Funktion der Elternschule soll dabei sicherstellen, dass in Hamm ein flächen- und zielgruppendeckendes Netz von Lernangeboten über Erziehung entwickelt und aufrecht erhalten wird. Unter »Hammer Elternschule« werden dabei alle Orte, Gelegenheiten und Kontexte verstanden, in denen speziell ausgebildete Fachkräfte und Referenten Hilfen und Lernangebote machen. Dabei bewegt sich die Elternschule zwischen den Formen der traditionellen Elternbildung und ergänzenden Elementen in den spezifischen Arbeitsformen der Kinderbetreuung in Tageseinrichtungen, des Unterrichts in Schulen, der Erzieherischen Hilfen, der Erziehungsberatung und speziellen therapeutischen Ansätzen.

Ergebnisse der Bestandserhebung

Für die Bestandserhebung wurde von der Projektgruppe ein Fragebogen entwickelt und an alle Kindertageseinrichtungen, Schulen, freien Träger der Jugendhilfe, Wohlfahrtsverbände, Kirchengemeinden und Kliniken versandt.

Durch Rückmeldungen und die Auswertung stellte sich heraus, dass sich Einrichtungen zum Teil mit ihren Aktivitäten nicht als Anbieter von Elternbildung verstanden, da sie (was nicht beabsichtigt war) Elternbildung ausschließlich auf traditionelle Elternbildungsseminare reduziert verstanden hatten. Sie beteiligten sich deshalb entweder an der Befragung nicht oder gaben real vorhandene Angebote nicht als Elternbildung an.

Von 250 versandten Fragebögen wurden 116 Fragebögen beantwortet zurückgeschickt. Auf der Basis eines Rücklaufes von ca. 46% können noch keine absoluten Feststellungen getroffen werden, doch ergeben sich Indizien und Hinweise, die die Planungsgrundlage für weitere Aktivitäten ergänzen können. Es ist vorgesehen, den Auswertungsbericht allen Institutionen zuzusenden mit der Möglichkeit, ergänzende Angaben zu machen, so dass die Zahl der aktuellen Anbieter von Elternbildung sich voraussichtlich noch einmal erhöhen wird.

Nach der bisherigen Auswertung gibt es also zur Zeit

- insgesamt 64 Anbieter von Elternbildung, davon
- arbeiten 42 Anbieter stadtteilorientiert;
- arbeiten 28 Anbieter stadtweit;
- arbeiten 9 Anbieter stadtteilorientiert und stadtweit.

Bei der Darstellung des Rücklaufs und der Anteile von Anbietern an der Gesamtzahl der jeweiligen Einrichtungen in Diagramm 1 ist zu berücksichtigen, dass sich die absoluten Zahlen sehr stark unterscheiden. Die Gesamtschulen erreichen zwar eine Quote von 100%, es handelt sich jedoch nur um zwei Schulen. Auf der anderen Seite sind 28% der Kindertageseinrichtungen in absoluten Zahlen 27 Kindertageseinrichtungen von 96.

Insbesondere lässt sich aus der Befragung schließen, dass sich im Bereich der Kindertageseinrichtungen und Schulen (insgesamt 162 Einrichtungen) noch ein hohes Potenzial für Elternbildung verbirgt. Knapp die Hälfte der Einrichtungen haben geantwortet (80), und knapp 25% machen bisher Angebote (39). Grundsätzlich könnten alle diese Einrichtungen Elternbildungsangebote durchführen. Sie zu gewinnen und zu motivieren wird eine zentrale Aufgabe des Projektes »Hammer Elternschule« sein.

Eine weitere wichtige Frage war die Prognose der Anbieter von Elternbildung, wie viele Teilnehmer sie nach ihren Erfahrungen in 2002 erreichen würden. Bei ca. 2000 Kindern und Jugendlichen pro Jahrgang (ca. 37.000 Kinder und Jugendliche in Hamm) muss man mit ca. 40.000 Elternteilen rechnen. Diagramm 2 differenziert die Antworten nach den Altersgruppen der Kinder und Jugendlichen. Bei ca. 6.200 erreichten Eltern in 2002 liegt die Erreichung der Zielgruppe insgesamt bei ca. 15%, wobei das bezogen auf die einzelnen Altersgruppen sehr unterschiedlich ist.

Für die Planung und Evaluation wird es wichtig sein, zu definieren, wie viele Eltern in den jeweiligen Familienphasen erreicht werden sollen. Sicher ist nicht die jährliche Teilnahme an entsprechenden Veranstaltungen der Elternschule notwendig, zumal dieses Ziel – jährlich 40.000 Eltern zu erreichen – auch unrealistisch wäre. Hier gilt es, Zielgrößen zu entwickeln, die sich zum einen auf die Familienphase (Schwangerschaft und Geburt, die ersten drei Lebensjahre, Kindergartenzeit, Grundschulzeit und Jugendalter) beziehen und zum anderen auf bestimmte Schwerpunktthemen (z.B. Umgang mit pubertierenden Kindern im Jugendalter).

Die hohen Zahlen der gesamtstädtischen Anbieter im Bereich Schwangerschaft bis 3 Jahre werden zum weitaus

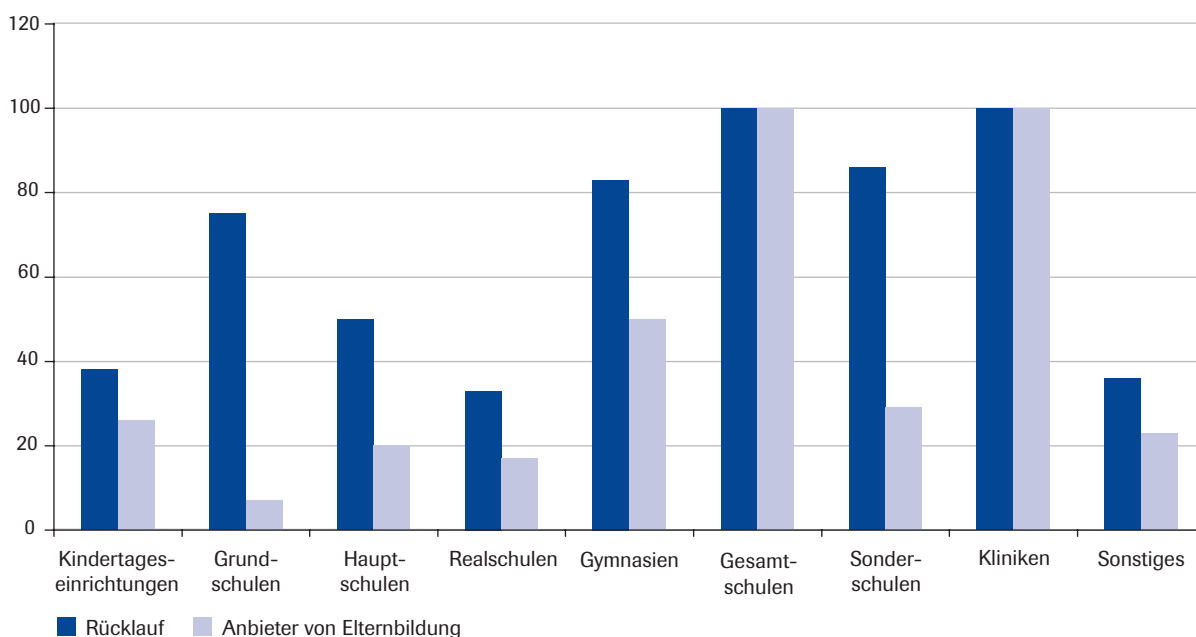


Diagramm 1: Rücklauf aus der Befragung und Anteil der Anbieter von Elternbildung (in Prozent)

größten Teil von den Kliniken erbracht und beziehen sich überwiegend auf die gesundheitlichen Aspekte. Doch bieten die Elternschulen der Kliniken mit Geburtsabteilungen auch schon erzieherische Themen an.

Die große Zahl der erreichten Teilnehmer im Kindergartenalter werden von den vielen Kindertageseinrichtungen und der Diakonie (ca. 150) erbracht. Darüber hinaus gibt es in

den anderen Altersgruppen jeweils viele «kleine» Anbieter. Die Befragung wird zur Zeit weiter ausgewertet. Ein ausführlicher Auswertungsbericht wird allen Einrichtungen zugesandt und dem KJHA und Sozial- und Gesundheitsausschuss zur Kenntnis gegeben. Hiermit ist der Einstieg in eine Evaluation der Elternbildung gegeben, die weiter ausgebaut werden soll.

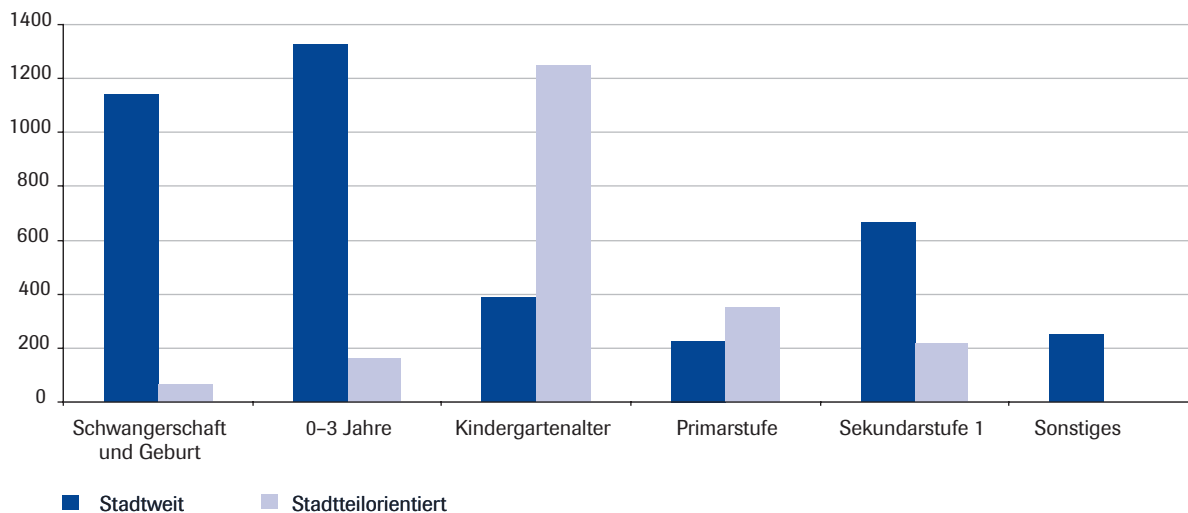


Diagramm 2: „Wieviele Eltern werden Sie voraussichtlich in 2002 erreichen?“ (in absoluten Zahlen)

Die geplante Organisationsstruktur der Elternschule

Der Sachstand der Organisationsstruktur der Elternschule wird im Schaubild 1 dargestellt. Mit dieser Organisationsstruktur wird ein Rahmen geschaffen, in dem die Arbeit inhaltlich und organisatorisch Schritt für Schritt weiterentwickelt werden kann. Mit dem Schaubild wird verdeutlicht, dass

- die »Hammer Elternschule« ein mehrstufiges System bildet, mit dem das Ziel, auch benachteiligte Gruppen zu erreichen, über aufsuchende und stadtteilorientierte Arbeitsformen bis hin zu gesamtstädtisch orientierten Elternbildungsformen verfolgt wird. »Sozialraumorientierung« und »Lebensweltbezug« wird hier systematisch umgesetzt.
- Dargestellt werden vorhandene Ansätze wie die Familienhebamme, aber diese Darstellung ist nicht abschließend. Vielmehr wird es eine zukünftige Aufgabe sein, durch die Evaluation der Maßnahmen Lücken im Angebotsnetz aufzudecken und durch die Erweiterung vorhandener oder Schaffung neuer Angebote zu schließen. Eine wichtige Funktion wird die mediale Vermittlung von Erziehungsinhalten und -techniken sein. Folgende Punkte sind zur Zeit schon in Vorbereitung:
 - Der Aufbau einer Internetseite
 - Die Erarbeitung eines Elternführers
 Noch zu leisten ist im folgenden Jahr:
 - Die Finanzierung und Organisation des Versands der Elternbriefe zusammen mit den Hammer Elternbroschüren

- Die Kooperation mit den Hammer Medien und die Entwicklung entsprechender Angebote

Die »Projektgruppe Elternschule« wird im Laufe des nächsten Jahres in einen Beirat »Elternschule« umgewandelt, der die konzeptionelle und inhaltliche Weiterentwicklung der »Hammer Elternschule« betreibt und verantwortet. Seine Aufgabe wird sein, die inhaltliche Abstimmung zu leisten, Kooperationsformen im Stadtteil und mit gesamtstädtisch orientierten Anbietern aufzubauen und zu pflegen und so nach und nach ein inhaltliches und räumliches Netz aufzubauen.

Die Funktion der »Geschäftsstelle Elternschule« wird bis auf weiteres räumlich im Kinderbüro angesiedelt. Bestimmte Funktionen werden Projektgruppenmitglieder mit gewissen Stundenanteilen übernehmen (Finanzierung der Elternbildung, Organisation der Fort- und Weiterbildung usw.).

Nicht zuletzt wird es einen Abstimmungsprozess des gesamten Projektes mit Hammer Elterngruppen und Elternverbänden geben. Hier ist daran gedacht, einen Elternbeirat zu gründen.

Ein wichtiger Schritt wird im Frühjahr die Information aller potentiellen Träger von Elternschulen in Stadtteilversammlungen sein. Hierzu werden alle Schulen, Tageseinrichtungen, Verbände und Institutionen im jeweiligen Stadtteil eingeladen. Sie dienen gleichzeitig als Werbung, sich an der Elternschule zu beteiligen. Unter der Erfüllung von Mindestvoraussetzungen (mindestens eine stadtteilöffentliche Veranstaltung pro Halbjahr, Verbreitung der Publikationen, Beteiligung am Fortbildungsprogramm) erhalten die Einrichtungen den Titel »Hammer Elternschule« und können dies in den Elternschulprogrammen und mit einem vorproduzierten Schild im Eingangsbereich dokumentieren.

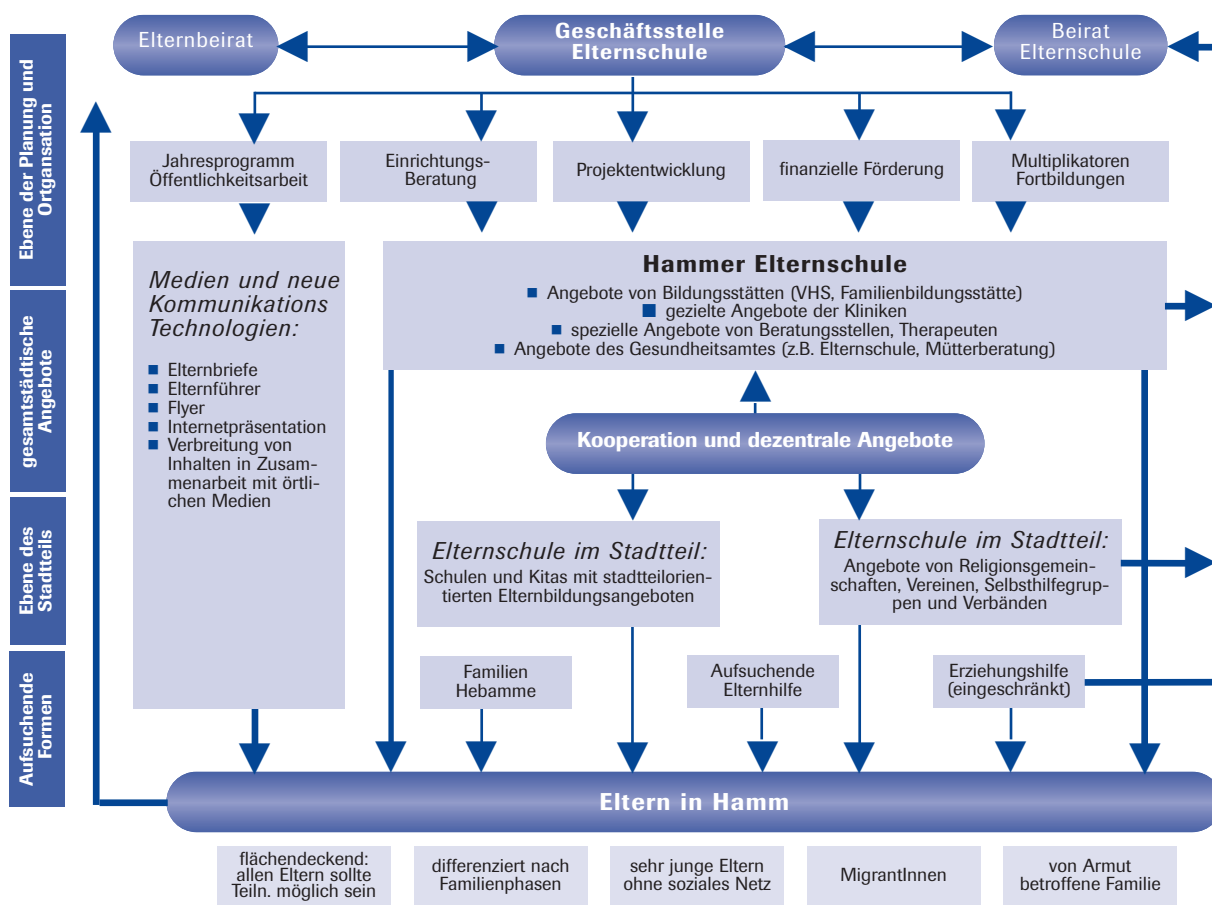


Schaubild 1: Die Organisationsstruktur der »Hammer Elternschule«

Derzeit in Entwicklung befindliche Projekte und Bausteine

Um zu verdeutlichen, wie die Arbeit sich entwickelt hat und weiterentwickeln kann, werden im folgenden Beispiele für laufende Entwicklungsprojekte dargestellt. Dabei handelt es sich um Teilprojekte, die bereits angeboten werden oder kurz vor der Umsetzung stehen.

Beispiel 1: Starke Eltern - starke Kinder

Das bundesweit vom Deutschen Kinderschutzbund mit Unterstützung des Familienministeriums entwickelte Elternbildungsprojekt **»Starke Eltern – starke Kinder« Wege zu einer gewaltfreien Erziehung in der Familie** wird in der Stadt Hamm in Zusammenarbeit von Hammer Kinderschutzbund und Jugendamt mit vielen weiteren Trägern durchgeführt. Mit zur Zeit mehr als 40 speziell ausgebildeten Multiplikatoren werden Kurse für Eltern an jew. 10 bis 12 Abenden durchgeführt, die sich an dem Leitbild »anleitende Erziehung« orientieren. Die Auseinandersetzung mit den eigenen Wertvorstellungen und Erziehungszielen sind ebenso Inhalt wie das Setzen und Begründen von Grenzen und die Leitorientierungen Anerkennung, Ermutigung und Vertrauen. Weitere Themen sind u.a. die

psychischen Grundbedürfnisse des Kindes, Selbsterkenntnis und Ausdrucksfähigkeit, Gefühlsäußerungen und Macht etc.

Die Ressourcen der Eltern und Kinder und das Finden eigener Lösungswege aus Konflikt- und Belastungssituationen werden anhand konkreter Beispiele analysiert und reflektiert. Theorievermittlung und Selbsterfahrung werden fruchtbar kombiniert. Jede Veranstaltungsreihe wird zum Abschluss von den TeilnehmerInnen ausgewertet.

Die Stadt Hamm ist in diesem Projekt derzeit bundesweit führend in der Zahl der laufenden Kurse und der damit erreichten Eltern. Im November 2002 wurde mit der Ausbildung von Kursleitern mit Migrationshintergrund begonnen, so dass in den kommenden Monaten eine Ausweitung der Kursangebote auf Migranteltern erfolgen kann.

Beispiel 2: Familienhebamme und Kinderkrankenschwester

Das deutsche Gesundheitssystem bietet medizinische Vorsorgeuntersuchungen für Schwangere und Säuglinge, die helfen sollen, drohende Risiken für Mutter und Kind frühzeitig zu erkennen, ihre Entstehung möglichst zu verhindern oder ungünstigen Entwicklungen vorzubeugen.

Frauen aus sozial benachteiligten Bevölkerungskreisen sowie besonders junge Mädchen und Frauen nutzen diese medizinischen Leistungen, die auf einer freiwilligen Teilnahme beruhen, wenig oder gar nicht. Das Gesundheitsamt der Stadt Hamm setzt zukünftig auf die Arbeit einer so genannten Familienhebamme. Erfahrungen haben gezeigt, dass Schwangere schnell ein besonderes Vertrauensverhältnis zu einer Hebamme aufbauen. Ärzte, Beratungsstellen oder Familienangehörige sowie die Schwangere selbst sollen die Möglichkeit haben, die Familienhebamme bei Bedarf zu informieren. Die Hebamme sucht die Frauen in ihrer Wohnung auf und kann aus fachlichen Gründen von der Notwendigkeit einer regelmäßigen ärztlichen Betreuung in der Schwangerschaft überzeugen. In kompetenter Weise zeigt sie gesundheitliches Risikoverhalten in der Schwangerschaft auf und wirkt ihm entgegen. Sie ist in der Lage, Mutter und Säugling nach der Geburt qualifiziert zu begleiten und hilft so, Unerfahrenheit und Informationsdefizite auszugleichen. Der Einsatz der Familienhebamme ist nicht an den Wunsch einer Hausgeburt gebunden. Ist eine individuelle Betreuung auf längere Sicht notwendig, stellt sie den Kontakt zu Beratungsstellen, zur »Aufsuchenden Elternhilfe« oder zu einer ebenfalls im Gesundheitsamt angesiedelten Kinderkrankenschwester her.

Beispiel 3: Aufsuchende Elternhilfe – für Eltern und Mütter mit Kindern bis zum 3. Lebensjahr

Eine Versorgungslücke, die sich für viele Familien von der Geburt eines Kindes bis zum ersten Kontakt zu einer Kindertageseinrichtung ergibt, versucht das Diakonische Werk im Kirchenkreis Hamm e.V. durch das Projekt »Aufsuchende Elternhilfe« zu schließen. Speziell geschulte »Familienfrauen/Nichtfachfrauen« – das sind Frauen, die keinen sozialen/pädagogischen Beruf ausüben oder erlernt haben – besuchen junge Familien oder Alleinerziehende, die sich in ihrer Situation Unterstützung wünschen. Die ehrenamtlich arbeitenden Frauen sollen über Vertrauensbildung eine Basis schaffen, die Hemmschwellen und Nutzungsbarrieren abzubauen helfen. Durch ihre Unterstützung, Beratung und Begleitung ergänzen die BesucherInnen andere Hilfeangebote, z.B. die sozialpädagogische Familienhilfe, die sie aber nicht ersetzen sollen. Haushaltsführung, Wäschepflege, Einteilung des Wirtschaftsgeldes, Ernährung (einschließlich Wochenkochplan und Einkaufslisten), praktische Hilfestellung beim Baden und Wickeln des Babys, Haut- und Körperpflege beim Kleinkind und sich selbst, Spiel- und Beschäftigungsanregungen oder ganz einfach Ermutigung, wenn etwas nicht sofort gelingt: Das sind die Aufgaben der »Aufsuchenden Elternhilfe«, die von dem kirchlichen Träger auch als aktive Nächstenliebe angesehen wird.

Aus den ersten Erfahrungen lässt sich heute berichten: 16 Frauen nahmen den Dienst der »Aufsuchenden Elternhilfe« in Anspruch. Die Kinder der Frauen waren zwei Monate bis 1 Jahr alt. Die Familienhebamme beraumte bis zum dritten Lebensmonat des Babys feste Termine an, danach erfolgten Terminabsprachen aufgrund der Eigeninitiative der zu betreuenden Frauen. Eine 14-jährige, eine 15-jährige, eine 16-jährige und sieben 17-jährige junge Mütter wurden regelmäßig zu Hause ehrenamtlich besucht. 13 Ehrenamtliche wurden an vier Abenden in der Ev. Fa-

milienbildungsstätte beraten und thematisch geschult. Wie war der Zugang? Geworben wurden die Ehrenamtlichen über Ausschreibungen in den Gemeindebriefen des Kirchenkreises Hamm, Verkündigungen im Gottesdienst, Werbematerial für Kindergärten, Apotheken und andere Institutionen. Die zu besuchenden jungen Frauen wurden zusätzlich geworben aus dem Treffpunkt »Frauen mit Gewalterfahrungen«, der Nachbetreuung des Frauenhauses, aus Krankenhäusern oder wurden von Fachärzten oder aus der Schwangerenberatung/Beratung anderer Institutionen vermittelt. Zum einmal monatlichen Frühstückstreff kamen durchschnittlich 8-9 betreute Frauen und ehrenamtliche Mitarbeiterinnen.

Zum Erfahrungsaustausch kamen ebenfalls ein Mal monatlich zwei bis fünf Ehrenamtliche.

Folgende Themen wurden gemeinsam besprochen und erarbeitet:

- Nähe & Distanz – Rollen klären
- Themenfindung durch die Gruppe
- Aktives Zuhören lernen – Kommunikationsstrukturen (Empathie)- Fragetechniken

Zur gemeinsamen Weihnachtsfeier kamen 16 Frauen mit ihren Kindern.

Die Niederschwelligkeit des Angebotes wurde erreicht und motivierte zu weiteren Kursbesuchen:

Nach ausführlicher Beratung gingen die Frauen in die Eltern-Kind-Gruppen der Ev. Familienbildungsstätte oder zu Kursen der VHS, z.B. Computerkursen.

Evaluation der Elternschule

Eine wichtige Aufgabe wird es sein, die Zielerreichung und die Qualität der Arbeit bei der weiteren Entwicklung laufend zu überprüfen. Folgende Kriterien werden bei der Entwicklung eines Evaluationssystems eine Rolle spielen:

1. **Sozialräumlicher Aspekt:** Wie dicht ist das Netz der Hammer Elternschulen in den jeweiligen Stadtteilen?
2. **Zielgruppenerreichung:** Inwieweit werden die besonderen Zielgruppen erreicht?
3. **Familienphasendifferenzierung:** Es soll Angebote für alle Familienphasen geben, auch wenn diese eventuell mit unterschiedlicher Intensität und Quantität realisiert werden.
4. **Teilnehmerzufriedenheit:** Die regelmäßige Befragung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer mit der Möglichkeit, Kritik zu üben und weitere Bedarfe zu benennen.
5. **Wirkungskontrolle:** Die Wirkung der Angebote soll möglichst auch längerfristig überprüft werden. Hier sollen in Zusammenarbeit mit Experten (evtl. in Kooperation mit einer Universität) Strategien entwickelt werden, um zumindest stichprobenartig zu evaluieren.

Gesellschaftlicher Nutzen der Elternschule

Folgende positive Effekte sind von dem Projekt zu erwarten, die ohne eine Durchführung nicht zu erreichen sind:

- **Für Jugendamt/kommunalen Haushalt:** Eine Verminderung von Kriseninterventionen in Familienpro-

Begleitung, Hilfestellung und Unterstützung von Eltern/-teilen mit Säuglingen

blemlagen und eine Vermeidung weiterer Kostensteigerungen für weitreichende Hilfen zur Erziehung.

- **Für Kindertageseinrichtungen und Schulen:** Eine Entlastung der alltäglichen Arbeit von Überforderungen durch zu viele auffällige Kinder mit erzieherischen Defiziten.
- **Für Heranwachsende und die Gesellschaft:** Eine größere Fähigkeit von Familien, Konflikte besser zu bewältigen und Kinder und Jugendliche beim Erwerb der Fähigkeiten zu begleiten, die zur gesellschaftlichen Teilhabe notwendig sind.

Planung/Arbeitsstand

Für die nächsten Monate sind folgende Arbeitsschritte der Projektgruppe/des Beirates geplant:

Frühjahr 2003

Vorarbeiten für die Einführungsphase:

- Textfassung der Konzeption
- Arbeitsplanung und Aufgabenteilung für die Geschäftsstelle
- Entwicklung des Logos
- Einführung der Internetseite
- Textfassungen Elternführer

- Vorbereitung von Sponsoring-Veranstaltung
- Entwicklung eines Evaluationskonzeptes

öffentliche Einführung der Hammer Elternschule

März bis August 2003

- Sozialraumbezogene Präsentation des Rahmenkonzeptes und Gewinnung von Kooperationspartnern für die Elternschule in allen Stadtteilen
- Beginn der Arbeit der Elternschule mit dem Jahresprogramm 2003? (Veröffentlichen des Elternführers?)
- Evaluation der Maßnahmen 2003
- modellhafte Erprobung neuer Formen und Erweiterung der Curricula

Zusammenfassung und Projektabschluss

Ende 2003

Endgültige Beschlussfassung über die Weiterführung durch den Rat

1 Vor allem der Armutsbericht zeigte die Notwendigkeit einer verstärkten Elternbildung als eines der wichtigsten sozialpolitischen Ziele auf. Mit der Sozialraumanalyse können sozialräumliche Erkenntnisse im Hinblick auf die Planung und Realisierung der Elternschule genutzt werden.

Begleitung, Hilfestellung und Unterstützung von Eltern/-teilen mit Säuglingen

Werner Wörmann

1. Vorbemerkung:

Im Vorfeld der Bielefelder Teilnahme an dem Projekt des Ministeriums wurde im Jugendamt eine Organisationsuntersuchung durchgeführt. Gegenstand war die Entwicklung der Kosten im Bereich der Jugendhilfe. Das Ergebnis machte deutlich, dass Bielefeld in diesem Bereich mit weiteren Ausgabensteigerungen rechnen muss.

Der größte Teil unserer Jugendhilfeausgaben wird für den Bereich der stationären Hilfen, ein deutlich kleinerer für den Bereich der ambulanten Hilfen und ein viel zu kleiner Bereich für präventive Hilfen in Familien ausgegeben. Angesichts der finanziellen Lage der Kommune wird es allerdings immer schwieriger, Geld für neue Präventivmaßnahmen zu bekommen, deren inhaltliche und monetäre Effekte noch nicht nachgewiesen bzw. messbar sind. Die Projektmittel des Landes gaben uns die Möglichkeit, etwas zu erproben, was wir sonst nicht hätten finanzieren können.

Inhaltlich wurde deutlich, dass wir meist sehr spät Informationen über problematische Familienverhältnisse bekommen und deshalb auch nicht früh genug mit Hilfs- und Unterstützungsangeboten reagieren können. Wir haben deshalb ein Projekt entwickelt, das im Vorfeld von Erziehungs-

hilfe angesiedelt ist. Dieses Projekt sollte jedoch nicht eins der üblichen breit angelegten Präventionsprojekte sein, sondern wurde als eine gezielte Form der Frühintervention konzipiert.

2. Projektentwicklung:

Bei der Projektentwicklung haben wir uns zunächst über mögliche Ansatzpunkte für ein solches Vorhaben Gedanken gemacht. Dabei wurden auch Bereiche mit einbezogen, die eher an den Rändern bzw. außerhalb der Jugendhilfe liegen, wie z.B. das Gesundheitswesen. Auch dort gibt es ja mindestens zwei »Frühwarnsysteme«, die auch für die Jugendhilfe sehr interessant sind: die Früherkennungs- und die Einschulungsuntersuchungen.

2.1. FRÜHERKENNUNGSUNTERSUCHUNGEN

Die Früherkennungsuntersuchungen werden vom Kinderarzt durchgeführt. Dabei sollen z.B. Entwicklungs- und Verhaltensstörungen wie kognitive Entwicklungsrückstände, Störungen der emotionalen, sozialen oder motorischen Ent-

wicklung durch den Kinderarzt erfasst werden.

Die Untersuchungstermine im ersten Lebensjahr (U1 bis U7) werden noch von über 90% der Bielefelder Eltern und Kinder wahrgenommen. Bei den Untersuchungen U7 (21. – 24. Lebensmonat), U 8 (43. – 48. Lebensmonat) und U9 (60. – 64. Monat) nimmt die Teilnahme aber immer weiter ab. An allen Untersuchungsangeboten nehmen daher in Bielefeld nur 68 % der Kinder bzw. Eltern teil.

Im Rahmen der U 8 wurden bei ca. 1,3 % der vorgestellten Kinder Störungen in den Bereichen Kognition, Emotion/Verhalten und Motorik festgestellt. Auffällig war auch, dass die unbefriedigende Teilnahme an den Früherkennungsuntersuchungen dazu führt, dass viele Kinder – insbesondere aus Familien mit Migrationshintergrund – nicht gegen Kinderlähmung und Wundstarrkrampf geimpft sind.

2.2. EINSCHULUNGSUNTERSUCHUNGEN

Die Schuleingangsuntersuchungen sind für alle angehenden Schulkinder verpflichtend. Daher werfen sie ein sehr präzises Bild auf die Probleme der untersuchten Kinder: Bei 13,4 % wurden Motorik-, bei 10,4 % Verhaltens- und bei 9,7 % Sprachstörungen diagnostiziert. Dabei sind – so zeigt es der Bielefelder Kinder- und Jugendgesundheitsbericht¹ – Jungen sowie Kinder mit Migrationshintergrund und aus sozial schwachen Familien hiervon besonders stark betroffen.

Vor diesem Hintergrund wurde das bestehende System der Jugendhilfen in Bielefeld noch einmal genauer beleuchtet². Sieht man sich die Frühförderung in Bielefeld an, so muss man erkennen, dass die Fallzahlen bezogen auf Hilfen nach § 35a in denjenigen Stadtteilen am höchsten sind, die über einen hohen Anteil an Bildungsbürgertum verfügen. Gleichzeitig werden gerade in diesen Stadtteilen deutlich niedrigere Auffälligkeiten im Rahmen der Schuleingangsuntersuchungen gefunden. In den Stadtteilen mit einem hohem Anteil an sozial schwachen Familien und Familien mit Migrationshintergrund liegen die Fallzahlen nach § 35a dagegen deutlich niedriger.

Das legt den Verdacht nahe, dass unsere Hilfsangebote nicht dort ankommen, wo sie am nötigsten gebraucht werden, sondern eher dort, wo sie durch ein besonderes Engagement der Eltern eingefordert werden.

Wie sich die deutlichen Diskrepanzen zwischen den quantitativen Ergebnissen der Einschulungsuntersuchung und den Früherkennungsuntersuchungen begründen, kann an dieser Stelle nicht exakt beantwortet werden. Ein Grund könnte sein, dass wirklich nur 68% der Kinder an allen Untersuchungen teilnehmen. Auch hier kann es sein, dass gerade die Familien, die die Hilfe am nötigsten hätten, eher seltener die Untersuchungstermine wahrnehmen.

2.3. MANNHEIMER RISIKOSTUDIE³

Bei unserer weiteren Recherche sind wir auf die Mannheimer Risikostudie gestoßen, eine prospektiven Längsschnittstudie, die die Auswirkungen frühkindlicher Risiken auf die Entwicklung der Kinder über einen Zeitraum von jetzt mehr als 13 Jahren untersucht. Die Ergebnisse dieser Studie haben die Wahl der Indikatoren für unsere Risikofamilien erheblich beeinflusst.

3. Projektbeschreibung:

3.1. AUSGANGSLAGE

Die unter 2. beschriebenen Untersuchungen zeigen uns deutlich, welche Familien besonders gefährdet sind. Dann, so unsere Überlegungen, müsste es doch möglich sein, ein Verfahren zu entwickeln, mit dem wir ihnen bereits im Vorfeld helfen können bzw. durch gezielte Hilfeangebote dafür Sorge tragen könnten, dass die Probleme erst gar nicht entstehen.

Ziel des Bielefelder Projektes ist es, gefährdete Familien so früh zu erkennen und zu unterstützen, dass die Spirale aus Problemlagen und daraus resultierender Überforderung, die wiederum zu neuen Problemen und irgendwann zu Resignation führt, gar nicht erst entsteht.

3.2. KOOPERATIONSPARTNER KLINIK

In Kooperation mit den Kliniken Gilead (Geburtsklinik, Kinderklinik und Sozialpädiatrisches Zentrum) wollen wir versuchen, diese Risikofamilien im Rahmen des Projektes bereits während des Aufenthaltes in der Klinik zu erkennen und ihnen dort ein gezieltes Beratungs- und Unterstützungsangebot zu machen.

Um bei den ÄrztInnen und Krankenschwestern eine Akzeptanz für unser Projekt zu erzielen, haben wir versucht, ein Verfahren zu entwickeln, das möglichst einfach gestaltet ist und nicht zu einer zusätzlichen Arbeitsbelastung des Personals führt. Als Informationsquellen für das Erkennen der Familien dienen

Mutterpass, Aufnahmegespräch, Wahrnehmung im Kreissaal und Beobachtungen auf der Station.

Als Diagnose-Instrument wurde ein Statistikbogen entwickelt⁴, der im oberen Teil Daten aus dem Mutterpass und aus dem Aufnahmegespräch erfasst (z.B. allein stehend, minderjährig, Mehrlingsgeburt, kaum Vorsorgeuntersuchungen, psychische oder soziale Belastungen, Sozialhilfe). Im unteren Teil werden Beobachtungen erfasst, die auf der

1 Kinder- & Jugendgesundheitsbericht (Stadt Bielefeld 2002)

2 Jugendhilfestrategien 2010. Ein Modellprojekt zu den Konsequenzen der demografischen Entwicklung auf die Kinder- und Jugendhilfe. Stand: Januar 2003 (Stadt Bielefeld/LWL-Landesjugendamt/ISA Münster/FH Dortmund)

3 z.B.: Laucht, M., Esser, G. & Schmidt, H. (2000). Längsschnittforschung zur Entwicklungsepidemiologie psychischer Störungen: Zielsetzung, Konzeption und zentrale Ergebnisse der Mannheimer Risikokinderstudie. Zeitschrift für Klinische Psychologie und Psychotherapie, 29, 246 – 262

Laucht, M., Schmidt, M. H. & Esser, G. (2002). Motorische, kognitive und sozial-emotionale Entwicklung von 11-jährigen mit frühkindlichen Risikobelastungen: späte Folgen. Zeitschrift für Kinder- und Jugendpsychiatrie und Psychotherapie, 30, 5 – 19.

4 Siehe Meldebogen der Station

Station gemacht werden (z.B. Isolation, Sucht- oder Partnerschaftsprobleme, gestörte Mutter-Kind Interaktion, erkennbare Probleme in der Alltagsbewältigung).

Diese Statistikbögen gehen an den Sozialdienst der Klinik, der versucht, im Rahmen eines persönlichen Beratungsgesprächs einen Eindruck darüber zu gewinnen, ob und wo ein Unterstützungsbedarf vorliegt. Die Frauen bzw. Familien werden ggfs. auf Unterstützungsangebote hingewiesen und auf Wunsch auch in solche vermittelt.

Einschub: Beabsichtigter Nebeneffekt dieses Verfahrens soll es sein, dass ÄrztInnen, Kranken- und Kinderschwestern in einer modernen Klinik nicht nur die medizinischen, sondern auch die sozialen Probleme im Auge haben. Hier soll eine neue Kultur des Hinschauens entstehen, die im Sinne eines ganzheitlichen Ansatzes auch den Blick für familiäre Probleme schärfen soll. Hierfür ist es wichtig, dass die Beobachtungen der ÄrztInnen und Krankenschwestern auch aufgegriffen werden, dass damit etwas passiert, dass eine Rückmeldung hierzu erfolgt.

Der Beratungsprozess durch den Sozialdienst und die Vermittlung in Unterstützungsangebote wird über einen Statistikbogen erfasst⁵, den der Sozialdienst in anonymisierter Form ausfüllt. Dabei geht es um Fragen, wie etwa:

- Was ergaben die Beratungsgespräche hinsichtlich der Notwendigkeit von Unterstützung für die betreffenden Familien?
- Wie liefen die Beratungen, konnte in Angebote vermittelt werden?
- Wurden Unterstützungsangebote angenommen oder abgelehnt?
- können einzelne Personengruppen identifiziert werden, die häufig Unterstützungsangebote ablehnen?

4. Niedrigschwellige Hilfen unterhalb von HzE

4.1. BESTEHENDE ANGEBOTE

Damit dieser Beratungsprozess durch den Sozialdienst im Krankenhaus erfolgreich sein kann, muss auf mögliche Hilfsangebote hingewiesen/verwiesen werden bzw. in diese vermittelt werden können. Hier gab es jedoch im Vorfeld von HzE wenig Angebote, die für unser Projekt geeignet erschienen (zumindest für Familien, die nicht aus der Mittelschicht kommen). Bestehende Angebote von Bildungsträgern (z.B. Stillgruppen, Seminare wie »Starke Eltern, starke Kinder« etc.) und selbstorganisierte Angebote (z.B. Krabbelgruppen) werden von sozial schwachen Familien und Familien mit Migrationshintergrund nur selten genutzt.

4.2. PATENSCHAFTSMODELL

Mit dem Kinderschutzbund, einem weiteren Kooperationspartner in unserem Modellprojekt, haben wir ein Patenschaftsmodell entwickelt, das ein wichtiger Baustein in den Hilfen unterhalb von HzE darstellt. Hier unterstützen ehrenamtliche HelferInnen jeweils eine Familie, geben all-

tagspraktische Unterstützung und beraten und entlasten junge Mütter und Familien.

Nach einem Presseartikel meldeten sich 14 Mütter, von denen 10 nach einer Schulung in die Familienbetreuung einsteigen. Die Frauen werden fachlich begleitet durch MitarbeiterInnen des Kinderschutzbundes (einmal pro Monat plus evtl. Zusatztermine bei besonderen Problemen).

Als erstes Resümee kann festgestellt werden, dass dieses Angebot von den Familien sehr gut angenommen wird und für erhebliche Entlastung sorgt. Die Familien, in denen die HelferInnen eingesetzt werden, erhalten Unterstützung in einem Umfang, der durch professionelle Hilfe nicht zu finanzieren wäre.

4.3. HEBAMMEN

Als weitere Unterstützungsmodule sind wir dabei, mit der Hebammenzentrale Bielefeld über eine bessere Zusammenarbeit und über ein Konzept von Familienhebammen nachzudenken.

Viele Familien, die im Rahmen unseres Projektes auffallen, benötigen mehr als den üblichen Hebammeneinsatz, der sich um Nabelpflege und nachgeburtliche Gymnastik dreht. Diese Familien benötigen eine Familienhebamme, die alltagspraktische Unterstützung gibt, die auch einen Zugang zu sehr einfachen Familien findet und bei Bedarf mehr als die üblichen zehn Termine leisten kann. Die Hebamme sollte wissen, was eine Kindeswohlgefährdung ist, welche Hilfsangebote es für solche Familien gibt und ab wann eine Zusammenarbeit mit dem Jugendamt notwendig ist. Erste Gespräche haben gezeigt, dass sich einige Hebammen solche Einsätze gut vorstellen können.

Wir sind im Augenblick dabei, hierzu eine Schulung anzubieten und ein Verfahren zu entwickeln, dass eine passgenaue Zuordnung von Hebamme und Familie möglich macht. Ein erwünschter Nebeneffekt ist hoffentlich eine bessere Zusammenarbeit zwischen Hebammen und Jugendamt.

4.4. KURSANGEBOTE FÜR MÜTTER

Als weiteres Modul wollen wir den Bereich der Kurse für Mütter und Familien weiter ausbauen. Die Angebote der Bildungsträger in Bielefeld sind heute sehr auf Familien der Mittelschicht zugeschnitten bzw. werden überwiegend von diesen Familien genutzt.

Als Neuerung haben wir zunächst einen Babykurs für Familien in schwierigen Lebenslagen angeboten, der direkt über die Geburts- bzw. Kinderklinik vermittelt wird.

Durch den Kinderschutzbund wird z.Zt. ein Babytreff aufgebaut, der sich gezielt an Mütter aus sozial schwachen Familien richtet. Eine Teilnahme ist hier ohne Anmeldung und ohne Kosten möglich. Das Angebot wird u.a. durch eine Kinderkrankenschwester betreut und bietet die Möglichkeit, Fragen zum Umgang mit dem Säugling zu stellen. Durch den Sozialdienst der Klinik wird auch auf dieses Angebot besonders hingewiesen.

⁵ siehe Meldebogen des Sozialdienstes

5. Vorteile des Frühwarnsystems

Die Vorteile des Frühwarnsystems für Bielefeld sind schon nach relativ kurzer Laufzeit des Projektes vielfältig:

- Systematisches Erkennen von Familien mit Unterstützungsbedarf.
- Die Schwelle für Beratungs- und Unterstützungsangebote für Familien ist niedriger geworden.
- Neue Formen der Unterstützung unterhalb der Hilfen zu Erziehung konnten aufgebaut werden.
- Die Zusammenarbeit zwischen Kinderklinik und Stadt Bielefeld konnte verbessert werden.

6. Ausblick

Blickt man auf die ersten Monate des Projektes zurück, stellt sich die Frage, welche Erfahrungen für die Jugendhilfe bzw. für die Entwicklung von Projekten und Maßnahmen der gezielten Frühintervention besonders wichtig sind. Zwei Punkte fallen dabei ins Auge:

6.1. ZUSTÄNDIGKEITSGEFÜHL ENTWICKELN

Für die Jugendhilfe ist es perspektivisch sehr wichtig, dass andere Professionelle – z.B. die an der Schnittstellen von Gesundheit und Jugendhilfe – (wieder) mehr Verantwortungsgefühl für die sozialen Beziehungen der Klienten entwickeln. Ein Kinderarzt des Kinderkrankenhauses hat es so formuliert: »Früher haben wir Ärzte und Krankenschwestern auch die soziale Situation der Frauen mehr im Blick gehabt. In den letzten Jahren hat das immer mehr

abgenommen. Viele junge Ärzte und Schwestern kennen das heute nicht mehr.«

So ein Zuständigkeitsgefühl wirkt da, wo es funktioniert wie ein Puffer vor der Jugendhilfe. Dieser Puffer, der bereits viel früher als es der Jugendhilfe möglich ist, Problemlagen von Familien erkennt und erste Versuche einer Hilfe bzw. Unterstützung für diese Risikofamilien unternimmt, kann vielfach eine weitere Verschlechterung der Situation verhindern. Das fortschreitende Wegbrechen solcher Puffer führt zu immer größeren Belastungen der Jugendhilfe, der nach und nach eine Allzuständigkeit zugeschoben wird.

6.2. FREIWILLIGKEIT DER UNTERSTÜTZUNG

Grundlage des von uns entwickelten Frühwarnsystems ist absolute Freiwilligkeit. Neben guten Beispielen für das Gelingen einer Ansprache und Vermittlung in Unterstützungsangebote wird deutlich, dass ein großer Teil der Mütter kein Interesse an Beratung und an Unterstützungsangeboten hat. Der Eindruck der KollegInnen aus dem Sozialdienst, dass in der letztgenannten Gruppe häufig gerade diejenigen Mütter und Familien sind, die eine Unterstützung besonders nötig hätten, ist für uns HelferInnen bitter. Hier sehen wir die problematische Situation der Familie, erkennen, dass es dort sehr schwierige Bedingungen für die Entwicklung der Kinder gibt, können aber trotzdem nichts unternehmen, weil eine gravierende Kindeswohlgefährdung (noch) nicht vorliegt.

Dies weist auf eine grundsätzliche Schwäche in unserem Hilfesystem hin. Hier gilt es für die Jugendhilfe neue Strukturen zu entwickeln, die es uns ermöglichen, auch solche Familien zu erreichen und zu unterstützen, die das bestehende Hilfesystem nicht nutzen.

Lösungsorientierte Hilfen für Familien in problematischen Wohnverhältnissen

Gregor Arntz, Arnfried Barfuß

Möglichst früh, möglichst umfassend, möglichst effektiv – und dann mit »normaler« Jugendhilfe weiter !
Wer sind wir ?

Wir sind ein Kleinstadtjugendamt nahe der holländischen Grenze. Die Stadt Emmerich liegt am Niederrhein, direkt an der niederländischen Grenze und hat etwas über 29.000 Einwohner.
Das gesamte Jugendamt hat inklusive Teilzeitkräften ins-

gesamt 20 Mitarbeiter/-innen, die sich redlich bemühen, die gesamte Palette der Leistungen des Kinder- und Jugendhilfegesetzes anzubieten und umzusetzen.
Das Jugendamt ist eingebettet in den Fachbereich Bürgerangelegenheiten, in dem die alten Ämter

- Sozialamt,
- Meldeamt,
- Standesamt,
- Ordnungsamt,
- Schulverwaltungs- und Sportamt sowie
- Jugendamt

Lösungsorientierte Hilfen für Familien in problematischen Wohnverhältnissen

organisatorisch zusammengefasst sind, jeweils mit eigenen Abteilungsleitern.

Sowohl die Fachbereichsleitung als auch die Leitung des Jugendamtes liegen in der Verantwortung von sozialpädagogischen Fachkräften mit Verwaltungs-Zusatzausbildung. Im Allgemeinen Sozialdienst (ASD) des Jugendamtes arbeiten derzeit 5 Sozialarbeiter/-innen.

Eine Unterteilung der Gesamtstadt nebst Ortsteilen in Bezirke wurde nicht vorgenommen, da die Kleinstadt Emmerich so übersichtlich ist, dass eine weitere Unterteilung unzweckmäßig wäre. Insgesamt ist Emmerich mit 29.000 Einwohnern in etwa so groß wie ein kleinerer ASD-Bezirk in einer Großstadt.

Wie viele Städte unserer Größenordnung haben wir keine sichtbaren sozialen Brennpunkte, wenngleich sich in verschiedenen Bereichen unserer Stadt soziale Problemlagen ab und zu verdichten.

Emmerichs starke Seiten sind

- eine gute wirtschaftliche Infrastruktur mit vielen Arbeitsplätzen für das Umland,
- eine wunderbare geographische Lage im Rheindelta,
- ein ausgezeichnetes kulturelles Angebot.

Im großen und ganzen sind wir eine Stadt, wie es sie in der Bundesrepublik zu Hunderten gibt. In Nordrhein-Westfalen haben viele dieser Städte zwischen 25.000 und 30.000 Einwohnern ein eigenes Jugendamt und im wesentlichen auch die gleichen Problemlagen zu meistern wie wir.

Was machen wir ?

Wir versuchen in Emmerich ein Frühwarnsystem zu installieren, mit dem wir frühzeitiger auf Familien mit Kindern aufmerksam werden, die in unzumutbaren Wohnverhältnissen leben. Diesen Familien versuchen wir möglichst schnell und umfassend Problemballast zu nehmen, über den Rahmen des Kinder- und Jugendhilfegesetzes und die Möglichkeiten des BSHG hinaus.

- Eltern und Kinder werden nach Möglichkeit nicht voneinander getrennt.
- Die Kinder werden nach Möglichkeit dabei nicht stationär in Kinderheimen und Pflegefamilien untergebracht.
- Alle Hilfen beziehen sich auf die gesamte Familie und werden dorthin gegeben, in der Startphase – wenn es sein muß – auch fast rund um die Uhr.
- Wir versuchen alle uns zugänglichen Ressourcen innerhalb und außerhalb der Stadtverwaltung zur Problemlösung zu nutzen und versuchen ständig, uns neue Ressourcen zu erschließen.

Wenn nach Beseitigung von Vermüllung und Verwahrlosung eine grundlegende Stabilisierung erreicht ist, wird mit »ganz normaler« Jugendhilfe weitergearbeitet.

Woher kommt die Idee ?

Unser Konzept basiert auf dem niederländischen Projekt »Hygienische Woonproblemen« in Haarlem. Die Stadt Haarlem liegt von hier aus gesehen hinter Amsterdam direkt neben dem Flughafen Schiphol; sollten Sie sie wider Erwarten nicht kennen: der berühmte Badeort Zandvoort gehört zu Haarlem!

Im Gemeentelijke Gezondheidsdienst kümmern sich Helma Nieland und Jan Hoek in einem Bereich, in dem etwa 150.000 Menschen leben, um diejenigen, die in verwahrlosten Wohnverhältnissen leben. Es handelt sich dabei meist um Menschen, die keine oder wenig soziale Kontakte mehr haben, vereinsamte ältere Menschen, Menschen mit psychiatrischen Problemen oder Drogenabhängige. Ab und zu sind auch Familien mit Kindern betroffen.

Meldungen erreichen die beiden Gesundheitsinspektoren entweder über professionelle Meldewege oder über vier Bürgerbüros, an die sich die ratsuchende Bürger in kommunalen Angelegenheiten wenden können.

Helma Nieland und Jan Hoek veranlassen notwendige Maßnahmen wie Räumung, Entmüllung, Entseuchung etc. und bemühen sich um fallangemessene, individuelle Hilfen. Interessant dabei ist, dass sich die holländischen Kollegen für den Gesamtfall zuständig fühlen, obwohl sie eigentlich nur aufgrund gesundheitlich-hygienischer Probleme tätig werden. Sie fühlen sich für den Fall solange zuständig, bis eine einigermaßen beständige Lösung gefunden wurde.

Die Haarlemer Praxis ist recht erfolgreich und hat Modellcharakter für die Niederlande.

Helma und Jan haben festgestellt, dass viele der Menschen, denen sie auf diese Weise helfen konnten, nie mehr oder erst nach langer Zeit wieder in »hygienischen Woonproblemen« gelandet sind.

Unsere Idee ist zu überprüfen, ob das »Haarlemer Modell« modifiziert auf die deutsche Jugendhilfe, das heißt, Familien mit Kindern, übertragbar ist.

Warum machen wir das ?

Familien mit Kindern in extrem problematischen Wohnverhältnissen kommen in der Jugendhilfe nicht allzu häufig vor, zumindest bei uns. Tritt jedoch der Fall starker Verwahrlosung auf, sind die Möglichkeiten der Jugendhilfe fast immer sehr begrenzt und häufig nur auf heftige Notfallreaktionen beschränkt. Vorhandene Problemlagen können von den betroffenen Familien mit standardmäßig gewährten Hilfen nicht dauerhaft beseitigt werden.

Die Rückschau auf mittlerweile mehr als 20 Jahre berufliche Praxis in Emmerich zeigt, dass wir tatsächlich nicht sehr oft vor diesen Problemlagen gestanden haben. Geschah es dennoch, war die vorgefundene Situation für die Kinder oft so bedrohlich, dass letztendlich nichts anderes übrig blieb, als sie notfallmäßig herauszuholen und den Entzug der elterlichen Sorge durch das Vormundschaftsgericht zu veranlassen. Häufig konnten diese Kinder dann nicht mehr in die Familien zurückgegeben werden, weil

sich die Verhältnisse nicht so grundlegend besserten, dass das Kindeswohl gewährleistet werden konnte. Die Praxis der Jugendhilfe zeigt leider ganz häufig, dass Kinder und Eltern, die in extrem kritischen Situationen voneinander getrennt worden sind, nicht mehr zusammenkommen. Während die Kinder alle möglichen Hilfen erfahren, hat die Jugendhilfe wenig Handlungsmöglichkeiten, den allein zurückbleibenden Eltern soweit zu helfen, dass die Kinder recht schnell in deren Haushalt zurückgegeben werden können. Die Folge sind:

- traumatisierte Kinder,
- mutlose Eltern und
- ein großer Einsatz von finanziellen Mitteln, für die der Steuerzahler gerade steht.

Als wir uns Ende 2001 damit beschäftigten, wie in Emmerich die Entwicklung sozialer Frühwarnsysteme angegangen werden sollte, stellten wir in der Fachbereichskonferenz fest, dass die Kollegen aus den Bereichen öffentliche Ordnung, Schulverwaltung und Sozialhilfe auch recht hilflos mit der Schulter zuckten, wenn es um den Problembereich »Familien mit Kindern in diesen besonderen Situationen« ging. Die genannten Bereiche wurden auch gelegentlich mit diesem Personenkreis konfrontiert und waren, genau wie die Jugendhilfe, nicht in der Lage, umfassend zu helfen. Wir haben deshalb den damals gerade neu gebildeten Fachbereich und die frisch installierte Fachbereichskonferenz dazu genutzt, Möglichkeiten der interdisziplinären Zusammenarbeit und der wechselseitigen Ressourcennutzung auszuloten.

Durch das Frühwarnsystem wollen wir erreichen, dass

- betroffenen Familien möglichst frühzeitig, möglichst umfassend und möglichst effektiv professionelle Hilfe zuteil wird,
- die Sicherheit der Kinder gewährleistet ist,
- Familien nicht auseinandergerissen werden müssen,
- eine positive Zukunftsprognose erarbeitet werden kann, und
- »normale« Jugendhilfe wieder leistbar wird.

Der sich daraus ergebende Hilfskatalog geht deutlich über die Bandbreite der Hilfen entsprechend den §§ 28 bis 35a KJHG hinaus.

Wie machen wir es ?

Weil eine Kleinstadt ein sensibler kommunikativer Apparat ist und wir uns nicht an der Gerüchteerzeugung über betroffene Familien beteiligen wollen, schieden gleich von Anfang an öffentliche Meldepunkte nach Haarlemer Vorbild aus. Wir setzen eher auf Frühwarner, die einen professionellen oder ehrenamtlichen Hintergrund haben. Da wären z.B.:

- Bezirksbeamte und Wachdienst der Schutzpolizei,
- Außendienstmitarbeiter des Ordnungsamtes,
- Außendienstmitarbeiter und Sachbearbeiter im Sozialamt,
- Schulleitungen und Lehrer,

- ErzieherInnen in Kindergärten etc.,
- Pfarrer der Kirchengemeinden,
- Einrichtungen der freien Wohlfahrtspflege wie Caritas, Diakonie usw.

Diese Liste wird im Laufe des Projektes beständig fortgeschrieben.

Die Frühwarner, die wir gewonnen haben, wenden sich im Bedarfsfall ans Ordnungsamt, ans Jugendamt, an das Sozialamt oder an den Fachbereichsleiter direkt.

Gingen wir in den Anfangszeiten unseres Projektes noch davon aus, dass die Fallsteuerung durch die Fachbereichskonferenz erfolgen könnte, haben wir uns unter anderem aus Datenschutzgründen entschlossen, mit der Federführung grundsätzlich die Jugendhilfe zu beauftragen. Die Fachbereichskonferenz beschäftigt sich zwar intensiv mit der Frage, welche Hilfen aus den einzelnen Ressorts im Bedarfsfall beigesteuert werden können, dies jedoch immer auf der Basis einer anonymisierten Fallschilderung. Das Jugendamt stellt die Kontakte her und bietet Hilfen an. Es ist möglich, dass die Erstkontaktaufnahme zusammen mit dem Frühwarner erfolgt, weil dieser einen beruflichen Bezug zu den betroffenen Familien mit den Kindern hat. Es ist aber auch möglich, dass der Jugendamtsmitarbeiter die betroffene Familie direkt mit demjenigen aufsucht, der für die konkrete Hilfe im Rahmen des Projektes zuständig ist. Momentan ist das in der Hauptsache die sozialpädagogische Fachfirma SoFa.

Bei den 5 Familien, die wir im Rahmen unseres Frühwarnprojektes aufgesucht haben, wurde die angebotene Hilfe bereits beim Erstkontakt akzeptiert.

Ein Beispiel – und zwar ein fiktives:

Die Heizung von Familie Z. ist defekt, sie bestellt einen Monteur. Dieser stellt bei seinem Besuch fest, dass die junge Familie mit vier kleinen Kindern in »unbeschreiblichen« Wohnverhältnissen lebt. Die ganze Wohnung, einschließlich der Kinderzimmer, ist voller Müll, die Abfallimerquellen über, überall liegen gefüllte Windelpakete herum. Der Geruch ist extrem und schon im Treppenhaus zu bemerken. Der Monteur ruft das Ordnungsamt an und macht auf die Situation aufmerksam.

Der angerufene Mitarbeiter des Ordnungsamtes, der das Frühwarnsystem in Emmerich auf einer Informationsveranstaltung kennen gelernt hat, informiert das Jugendamt als Projektträger über die Wohnsituation von Familie Z. Familie Z. ist bislang beim Jugendamt nicht bekannt. Mitarbeiter von Ordnungsamt und Jugendamt vereinbaren, Familie Z. gemeinsam zu besuchen. Sie treffen die Eheleute Z. und die Kinder in der beschriebenen Wohnsituation an und es gelingt ihnen, soviel Vertrauen zu wecken, dass Familie Z. sich auf eine Zusammenarbeit einlässt.

Im Rahmen des sozialen Frühwarnsystems soll die Wohnsituation von Familie Z. umgehend verbessert werden. Neben der Wohnsituation scheinen die Eltern aber auch mit der Versorgung ihrer Kinder stark beansprucht zu sein. Auch hier wird über eine mögliche Unterstützung nachgedacht.

Am nächsten Tag wird die Familie erneut aufgesucht, diesmal von der zuständigen Sozialarbeiterin des Jugendamtes und einer Mitarbeiterin der sozialpädagogischen

Fachfirma SoFa. Die Firma SoFa erhält im Rahmen des sozialen Frühwarnsystems den Auftrag, alle erforderlichen Hilfen – sowohl pädagogische als auch alltagspraktische – umgehend zu initiieren, beginnend mit der Entmüllung des Wohnraumes, über Renovierung und (Gebraucht-) Möbelbeschaffung bis hin zur Vorbereitung von Gesprächen mit Vermieter und Hausverwalter. Es gelingt rasch, die Familie in ihrer gewohnten Umgebung zu aktivieren, da sie bei allen anfallenden Arbeiten stets beteiligt werden kann. Ihre Situation verbessert sich rasch. Nach vier Monaten intensiver Begleitung durch das soziale Frühwarnsystem ist die Familie soweit stabilisiert, dass eine Familienhelferin (SPFH) die weitere Betreuung übernimmt. Dieses Fallbeispiel – wie auch die anderen von uns ins Projekt einbezogenen Familien – zeigt, dass der Maßnahmenkatalog des Kinder- und Jugendhilfegesetzes, des Bundessozialhilfegesetzes und anderer Bestimmungen nicht ausreicht, notwendige Hilfen zeitgerecht im erforderlichen Umfang einzusetzen.

Wir haben uns deshalb in Emmerich dazu entschlossen, die bereitgestellten Projektmittel direkt in praktische Arbeit zu stecken und für die Projektdurchführung kein zusätzliches Personal einzustellen. Die wissenschaftliche Begleitung des Projektes erfolgt durch das ISA. Wir setzen auf die bewährte Zusammenarbeit öffentlicher und freier Träger im Sozialbereich. So haben wir – wie im Fallbeispiel beschrieben – Mittel frei, um z.B. unkonventionell eine Entmüllungsaktion zu starten, personelle, pädagogische und pflegerische Hilfen in die Familien zu geben und nach der »ersten Hilfe«, die nötigenfalls im Anfang »rund um die Uhr« läuft, die Familien möglichst rasch in einen stabilen Zustand zu bringen.

Das Beseitigen der drängendsten Probleme nämlich macht erst Selbstheilungskräfte in den Familien frei und verbessert die Bedingungen so, dass ein Rückfall der Betroffenen in den alten sozialen Status wahrscheinlich vermieden werden kann.

Welche Erfolge haben wir ?

Wir haben zwei abgeschlossene Fälle unseres Projektes kostenmäßig untersucht. Abgeschlossen heißt in diesem Zusammenhang, dass nur noch die Jugendhilfe in Form von sozialpädagogischer Familienhilfe in den betroffenen Familien tätig ist.

Wir haben die Kosten, die uns im Rahmen des Projektes fallbezogen entstanden sind, den Kosten gegenübergestellt, die entstanden wären, wenn wir »konventionell« reagiert hätten, z.B. durch Herausnahme und Unterbringung der Kinder in Pflegefamilie oder Kinderheim.

Wir haben dabei festgestellt, dass die aufgewendeten Projektmittel nur 18 % bzw. 30 % dessen betragen, was bei konventioneller Hilfeleistung hätte aufgewendet werden müssen.

Das bedeutet eine enorme Ersparnis von Jugendhilfemitteln. Wir sind davon überzeugt, dass sich dieser Trend auch bei weiteren Fällen so bestätigen wird.

Viel wichtiger ist jedoch, dass Eltern und Kinder immer noch zusammen sind und unter nachweislich erheblich besseren Bedingungen mit einer annehmbaren Zukunftsprognose leben. Die Jugendhilfe wird diese Familien ver-

mutlich noch länger begleiten, wahrscheinlich auch die Sozialhilfe. Das Ordnungsamt wird in der nächsten Zeit mit diesen Familien wahrscheinlich nichts mehr zu tun haben.

Welche Misserfolge oder Erschwernisse haben wir ?

Richtige Misserfolge sind nicht zu verzeichnen. Es gibt jedoch einige Erschwernisse und Behinderungen, z.B.:

- Das Projekt stellt für die MitarbeiterInnen unseres Jugendamtes eine nicht zu unterschätzende zusätzliche Arbeitsbelastung dar.
- Die Anonymität der betreuten Familien zu gewährleisten ist in einer Kleinstadt besonders schwer.
- Die Entscheidung, die Kinder in der Familie zu belassen, birgt Risiken und zieht erhebliche Diskussionen nach sich, z.B. unter Berücksichtigung der schrecklichen Geschehnisse in Saarbrücken.

Was wollen wir in Zukunft tun ?

Nach Auslaufen des Projektes und der damit verbundenen Förderung im nächsten Jahr sollen städtische Mittel in den Haushalt eingestellt werden, mit deren Hilfe wir auf lokaler Ebene – wie beschrieben – weiterarbeiten können. Erste positive Gespräche mit der Kämmerei sind bereits gelaufen.

Eins möchten wir an dieser Stelle jedoch ganz deutlich machen:

Nicht jeder Fall eignet sich dazu, so aufgearbeitet zu werden, wie die z.Zt. im Rahmen des Projektes betreuten Familien. Es wird immer wieder Situationen geben, in denen wir Kinder aus Familien in problematischen Wohnverhältnissen herausnehmen und in Pflegefamilien oder Heimen unterbringen müssen.

Aber:

Solange es im Interesse der betroffenen Kinder und ihrer Familien vertretbar ist, wollen wir den Ansatz weiterverfolgen, durch möglichst frühzeitig einsetzende, umfassende Hilfen die Erziehungsbedingungen in den Familien positiv zu verändern – ohne Trennung von Eltern und Kindern.

Früh warnen lohnt sich nur dann, wenn auch schnell, umfassend und effektiv gehandelt werden kann.

»Lott Jonn« - Kindergarten in Bewegung

Jutta Panke

Im März 2000 nahm eine Arbeitsgruppe der Gesundheitskonferenz zum Thema »Kinder- und Jugendgesundheit – Übergewicht und Bewegungsmangel« ihre Arbeit im Kreis Mettmann auf. Um die Bedeutung von Bewegungserziehung und Psychomotorik zu verdeutlichen, soll diese zunächst skizziert werden:

Der Kindergarten als »Ort der Gesundheitsförderung«

In Tageseinrichtungen für Kinder findet ein nicht unwesentlicher Teil kindlicher Sozialisation statt. Erzieherinnen und Erzieher sind die Multiplikatoren, die die Kinder in dieser zentralen Alters- und Entwicklungsphase begleiten. Sehr deutlich wird in diesem Zusammenhang der Stellenwert von »Elternarbeit«.

So kommt der Kindertagesstätte als schichtübergreifendem, pädagogisch orientierten Zugangsweg eine zentrale familienergänzende Bedeutung auf dem Gebiet der Gesundheitsförderung zu. Mit Blick auf die pädagogischen Ziele in der Arbeit mit Kindern finden sich gute Anknüpfungspunkte und Voraussetzungen für den Einbau gesundheitserzieherischer Aspekte in den Kindergartenalltag. Die pädagogische Aufgabe, die Entwicklung des Kindes zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit zu fördern, lässt sich im Kindergartenalltag mit konkreten Elementen der Gesundheitsförderung verbinden, man denke z.B. an die Bereiche Hygiene und Ernährungsaufklärung.

Vor dem dargestellten Hintergrund ist der Lebensraum »Kindergarten/Kindertagesstätte« ein Setting mit großen Chancen der Gesundheitsförderung, vor allem wenn man bedenkt, dass der Versorgungsgrad in Hilden an Kindergartenplätzen inzwischen nahe 100 Prozent ist.

Die Frage der Möglichkeiten einer Intensivierung der Gesundheitsförderung im Kindergarten ist abhängig von einem Zusammenspiel verschiedener Aspekte und Komponenten. Wichtige Faktoren sind - neben den rechtlichen Grundlagen - die jeweiligen institutionellen und personellen Rahmenbedingungen, der soziale und kulturelle Hintergrund sowie die Aus- und Fortbildungssituation.

Entwicklungsförderung durch Bewegung

BEWEGUNG ALS ZUGANG ZUR WELT

Das Kind nimmt die Welt weniger mit dem »Kopf«, also mit seinen geistigen Fähigkeiten, über das Denken und Vorstellen, auf, sondern es nimmt sie vor allem über seine Sinne, seine Tätigkeit, mit seinem Körper wahr. Bewegung eröffnet dem Kind den Zugang zur Welt. Sie vermittelt zwi-

schen Kind und Welt, ist das Medium, durch das es sich die Welt erschließt, auf sie zugeht, sie erkundet und begreift. In Bewegung passt sich das Kind den Erfordernissen der Umwelt an, es greift jedoch auch in sie ein, gestaltet sie, macht sie sich passend.

Je jünger Kinder sind, umso mehr benötigen Sie Bewegung, um sich ihre materiale und soziale Umwelt anzueignen. Sie setzen sich durch Bewegung mit sich selbst und ihrer Umwelt auseinander, machen vielfältige Sinneserfahrungen, die ihnen Informationen über den eigenen Körper und ihre räumliche und dingliche Umwelt geben. Für eine gesunde Entwicklung des Kindes sind deshalb ausreichende Bewegungsmöglichkeiten notwendig. Viele Zivilisationskrankheiten von Kindern (aber auch von Erwachsenen) hängen eng mit Bewegungsmangel zusammen.

In keinem anderen Lebensalter spielt Bewegung eine so große Rolle wie in der Kindheit und zu keiner Zeit war Bewegung aufgrund der Veränderungen in der kindlichen Lebenswelt so wichtig wie heute. Dies gilt sowohl für den Lebensalltag von Kindern in der Familie als auch in ihrem Wohnumfeld und erst recht für Einrichtungen, deren Ziel die Erziehung und Förderung von Kindern ist. Mit der Einsicht in die Notwendigkeit, kindliche Spiel- und Bewegungsbedürfnisse zu erfüllen, ist allerdings weder die Garantie für die Realisierung einer scheinbar selbstverständlichen Forderung gegeben noch ist damit eine Aussage getroffen über die Art und Weise, wie ein solcher Anspruch verwirklicht werden sollte.

Der Kindergarten ist meist die erste öffentliche Erziehungsinstitution nach der Familie. Er trägt hier eine besondere Verantwortung, denn als familienergänzende Einrichtung kann er in hohem Maße auf die Lebensgewohnheiten der Kinder einwirken. Ebenso wie im Elternhaus werden hier grundlegende Einstellungen zum eigenen Körper geprägt und das Bewegungsverhalten der Kinder entscheidend beeinflusst. Wenn sich der Kindergarten als eine Institution versteht, die sich die ganzheitliche Förderung und Erziehung von Kindern zur Aufgabe macht, dann müssen Körper- und Bewegungserfahrungen zum integrierten Bestandteil des Kindergartenalltags werden. Bewegungs- und Sinneserfahrungen sollten Basis der frühkindlichen und vorschulischen Erziehung sein. Sie sollten den Rang eines »pädagogischen« Prinzips haben, das jederzeit im Alltagsleben des Kindergartens berücksichtigt wird. Der Körper, seine Funktionen und Bedürfnisse können nicht einfach ignoriert werden, denn bei ihrer Vernachlässigung würde der kindliche Entwicklungsprozess empfindlich gestört werden. Daher sind Bewegungserfahrungen auch nicht austauschbar mit Erfahrungen, die über andere wesentliche Bestandteile der Kindergartenarbeit wie z.B. Musizieren, Werken und bildnerisches Gestalten, gewonnen werden können.

Spielen und sich bewegen gehören zu den grundlegenden kindlichen Betätigungs- und Ausdrucksformen. Wie die

Sprache kann Bewegung als ein elementares Ausdrucksmittel verstanden werden und stellt die Grundlage der kindlichen Handlungsfähigkeit dar. Der Aufbau des »Selbst«, des Bildes, das ein Mensch von sich selbst hat, und das Vertrauen, das er zu sich selbst entwickelt, ist beim Kind im Wesentlichen von den Körpererfahrungen geprägt, die es in den ersten Lebensjahren macht.

BEDEUTUNG DER BEWEGUNG FÜR DIE KINDLICHE ENTWICKLUNG

Bewegung kann in Abhängigkeit vom Lebensalter und den jeweiligen situativen Bedingungen ganz unterschiedliche Erfahrungen vermitteln und damit auch unterschiedliche Bedeutungen für die Entwicklung haben:

■ Sich bewegen ist Selbsterfahrung

In und durch Bewegung gewinnt das Kind ein Bild über sich selbst. Es erhält Rückmeldungen über die eigenen Fähigkeiten, über seine Stärken und Schwächen. Es lernt seinen eigenen Körper kennen, setzt sich mit ihm und damit auch mit sich selbst auseinander. Es lernt seine Leistungsfähigkeit einzuschätzen, die eigenen Grenzen zu erkennen, sie zu akzeptieren bzw. sie zu erweitern.

In Bewegungssituationen erlebt das Kind, was andere von ihm erwarten und wie es von seiner Umwelt gesehen wird. Diese Kenntnisse und Informationen münden in Einstellungen und Überzeugungen zur eigenen Person.

■ Sich bewegen ist Gemeinschaftserfahrung und Sozialerfahrung

Durch Bewegung tritt das Kind zu anderen in Beziehung. Es werden Regeln für gemeinsames Spiel vereinbart, soziale Rollen übernommen. Das Kind setzt sich mit anderen über Spielidee und Spielregeln auseinander und verständigt sich mit ihnen. Grundlagen der Kommunikation werden erworben: nachgeben und sich durchsetzen, sich absprechen, sich einfühlen und Rücksicht nehmen. Bewegungshandlungen fordern auf zum sozialen Vergleich: Sich mit anderen messen, miteinander wettkämpfen, sich herausfordern. Hier werden die Grundlagen für den Umgang mit Erfolg und Misserfolg, mit Sieg und Niederlage gelegt.

■ Sich bewegen ist Sinneserfahrung

Bewegungserfahrungen sind immer auch verbunden mit Sinneserfahrungen. Das Kind nimmt über die Sinnessysteme Informationen über seine Umwelt, aber auch aus seinem Körper auf, selektiert und koordiniert sie, ordnet sie ein und verarbeitet sie. Sinnesreize werden aber auch individuell gedeutet und entsprechend den bisherigen Erfahrungen oder Erwartungen interpretiert. Sinnliches Wahrnehmen ist also kein passiver Prozess, sondern ein aktiver Vorgang, bei dem das Kind auch gestaltend auf seine Umwelt einwirken kann.

Im sinnlichen Wahrnehmen ist sowohl ein sich spüren als auch ein Erspüren der Mit- und Umwelt gegeben.

■ Sich bewegen ist Welterfahrung

Über Bewegung eignet sich das Kind seine räumliche und dingliche Umwelt an. Es setzt sich mit Objekten und Materialien auseinander und lernt deren Eigengesetzlichkeiten kennen. Es passt sich den Erfordernissen der materialen Umwelt an oder versucht, auf sie einzuwirken und sie sich passend zu machen. Dabei macht es Erfahrungen über räumliche und dingliche Gegebenheiten, kann sie zu Erkenntnissen verarbeiten und so die Welt für sich selbst rekonstruieren.

■ Sich bewegen ist Ausdruckserfahrung

In Bewegung drückt das Kind Gefühle, Stimmungen, Empfindungen aus. Dies geschieht meist unbewusst in seiner Körperhaltung, in Gestik und Mimik; bewusst kann es durch den Ausdruck von Gefühlen in Bewegung auch zu deren Verarbeitung beitragen.

Bewegung kann auch als Element der Darstellung genutzt werden: Die Körpersprache, Gestik und Mimik, aber auch stilisierte und parodierte Bewegungen dienen als Mittel der Darstellung und der Mitteilung. Alltägliche Bewegungs- und Ausdrucksmuster können bewusst gemacht und z.B. im darstellenden Spiel als Mittel der Kommunikation verwendet werden.

■ Sich bewegen ist Kreativitätserfahrung

Eigene Einfälle in Bewegung umsetzen, selber etwas schaffen, hervorbringen, verändern - dies führt zum Erleben von Kreativität. Die eigene Phantasie kann zur Lösung vorgefundener Probleme oder Bewegungsaufgaben eingesetzt werden; ebenso können mit dem eigenen Körper »Produkte« (z.B. ein Kunststück wie »auf den Händen stehen« erfinden) geschaffen werden, die für den, der sich bewegt, neu und einmalig sind.

■ Sich bewegen ist emotionales Erleben

Freude an der Bewegung, Lust am Toben, Rennen und Klettern, am Bewältigen einer schwierigen Aufgabe oder am Gelingen einer neuen Bewegungsform, am Zusammenspiel in einer Gruppe - in und durch Bewegung werden Gefühle hervorgerufen. Die intensive emotionale Beteiligung ist ein besonderes Merkmal von Bewegungshandlungen. Dabei können positive wie negative Emotionen geweckt werden, denn Bewegungssituationen können nicht nur Lust und Wohlbefinden, sondern auch Unlust, Angst und Unsicherheit erzeugen.

Die vorgenannten Erfahrungen können sicherlich noch um weitere ergänzt werden. In den jeweiligen Entwicklungsstufen und Lebensabschnitten des Menschen nehmen sie eine unterschiedliche Gewichtung ein. Im Kleinkindalter herrscht z.B. die explorativ-erkundende Bedeutung der Bewegung vor - Bewegung wird zur Selbst- und Welterfahrung genutzt. Im Jugendalter steht dagegen die soziale Dimension im Vordergrund.

Es handelt sich hier im Übrigen um unterschiedliche Sichtweisen ein und derselben Sache, die in der Realität oft zusammenfallen. Zum Teil ergänzen sich die Aspekte, können sich überlagern oder mit einer Bewegungshandlung sind mehrere Erfahrungsmöglichkeiten zugleich verbunden.

Eine elementare Bewegungserziehung berücksichtigt all diese Aspekte und gibt Gelegenheit zu möglichst vielfälti-

gen Erfahrungen. Sie nutzt die pädagogischen Chancen, die das Medium Bewegung bietet und versteht sich somit als »Erziehung durch Bewegung«. Hier steht weder die Verbesserung der motorischen Leistungsfähigkeit im Vordergrund noch ist die Hinführung zu bestimmten Sportarten oder der Erwerb spezifischer Fertigkeiten das Ziel. Vielmehr werden Bewegungshandlungen in ihrer Rückwirkung auf persönlichkeitsbildende Prozesse betrachtet. Die Kernfrage elementarer Bewegungserziehung lautet also nicht: »Wie kann ich die motorische Handlung, den Bewegungsablauf verbessern?«, sondern: »Wie wirkt die motorische Handlung auf das Kind zurück, auf sein Selbstbild, seine Motivation, seine Beziehung zu sich und der Umwelt?«.

PROJEKTENTWICKLUNG ZUR BEWEGUNGSFÖRDERUNG IN HILDENER KINDERTAGESEINRICHTUNGEN

Vor dem Hintergrund dieser Betrachtungsweise der Jugendhilfe und vor dem erschreckenden Hintergrund der Ergebnisse der koordinativen Leistungsfähigkeit von Hildener Schulkindern bei der Einschulungsuntersuchung durch das Gesundheitsamt wurde das Projekt »Kinder- und Jugendgesundheit – Übergewicht und Bewegungsmangel« durch die Gesundheitskonferenz initiiert.

Durch die Teilnahme von Herrn Bandosz, Leiter der Tageseinrichtung Mühle und später Koordinator des Pilotprojektes in Hilden, und Frau Panke als Jugendamtsleiterin in dieser Arbeitsgruppe konnte die Projektinstallation in Hildener Tageseinrichtungen erreicht werden. Dabei lautete das Ziel der Arbeitsgruppe:

Merkliche Senkung der Quote bewegungsauffälliger Kindergartenkinder bis 2006

Dazu wurden verschiedene Maßnahmen geplant. Zunächst wurden 5 Kindergärten aus Monheim und 4 Kindergärten aus Hilden, die sich freiwillig gemeldet hatten, ausgewählt. Dazu wurden 5 Kontrollkindergärten, 3 davon aus Hilden ausgesucht.

Aus Hilden nahmen teil:

- die städtischen Kindertageseinrichtungen Kunterbunt und Traumquelle an der Lortzingstr.,
- die Tageseinrichtung Mühle,
- die ev. Tageseinrichtung Sonnenschein im Kalstert.

Als Kontrollgruppe machten mit:

- die städtische Kindertageseinrichtung Rappelkiste an der Augustastr.,
- die städtische Kindertageseinrichtung Holterhöfchen sowie
- die Kindertageseinrichtung der Elterninitiative Im Park.

Teilnehmen konnten vorrangig die 5-Jährigen aus den Kindertageseinrichtungen, denn diese Kinder sollten den nächsten Schuleingangstest durch die verbesserte Förderung nachweislich bestehen.

Alle teilnehmenden Erzieherinnen wurden geschult mit einer einhergehenden kreisweiten Fachtagung in Hilden am 21.6.2001.

Die Ergebnisse aus den Testungen überzeugten auch skeptische Erzieherinnen, da die Ergebnisse eindeutige Verbesserungen spiegelten.

Die Gesundheitskonferenz beschloss im November 2001 den für 1 Jahr befristeten Einsatz eines hauptamtlichen Koordinators ab 1.2.2002 in Teilzeit bei der Sporthochschule Köln, nachdem das Projekt auch allen Jugendamtsleitungen des Kreises vorgestellt worden war. Dieser Koordinator soll das Projekt flächendeckend im Kreis vorantreiben, da die freiwilligen Koordinatoren dies nicht weiter zusätzlich neben ihrer Haupttätigkeit leisten können.

Weiterhin wird die Bezirksregierung einbezogen werden, zur Gesundheitsförderung auch in der Ausbildung der Erzieherinnen didaktisch und methodisch Curricula zu entwickeln.

Abschliessend ist zu resümieren, dass der Auftrag der Gesundheitskonferenz einschließlich der Arbeitsgruppe beendet ist. Das heißt jedoch nicht, dass das Ziel der optimalen Bewegungsförderung in Hilden bereits erreicht ist. Im Gegenteil: dieses Ziel gilt es in den nächsten Jahren kontinuierlich in allen Kindertageseinrichtungen umzusetzen. Dazu dienen die in der Anlage dargestellten Handlungsempfehlungen, nach denen eine Evaluation im Jahre 2006 geplant ist.

Zur Zeit werden alle interessierten Fach- und Ergänzungskräfte trägerübergreifend durch das Jugendamt Hilden in Kooperation mit dem Kreissportbund als ÜbungsleiterIn in der Elementarbewegungserziehung geschult, damit das erlernte Wissen zu mehr Einsatz von Sport und Förderung der Bewegung im Kindergartenalltag führt. Es nehmen 27 pädagogische Kräfte aus Hilden an der Schulung teil, was die enorme Unterstützung des Projektes in allen Tageseinrichtungen dokumentiert.

An diesen ersten Baustein einer Sportförderung soll sich ein Gesamtkonzept zur Förderung von Kindern und Jugendlichen in Kindergarten und Freizeit insbesondere in Zusammenarbeit mit den Vereinen anschließen.

Ein anderer Baustein werden immer auch die weitere Spielplatzplanung und -nutzung sowie die Bewegungsfreiräume insgesamt in Hilden sein. Je weniger Spielraummöglichkeiten den Kindern geboten werden, um so höher sind die Bewegungsdefizite.

Ganz besonderen Dank verdient Herr Bandosz, der durch sein Engagement dieses Projekt im Kreise seiner KollegInnen vorantrieb, Akzeptanz zur Fortbildung förderte und sich noch immer aktiv an der Umsetzung beteiligt.

Im Jahre 2003 wird der erste städtische Kindergarten als zertifizierter Bewegungskindergarten an den Start gehen.

Früh übt sich - Früherkennung sozialer Problemlagen

Doris Hellweg

ENTWICKLUNG DES PROJEKTES

»Früh übt sich« ist ein Projekt, das im Rahmen der kommunalen Mitwirkung des von der Bertelsmann –Stiftung angeregten Projektes »Lebendige Schule in einer lebendigen Stadt«, entsprechend den Erfordernissen der Schul- und Bildungslandschaft Herford, entwickelt wurde. Die innerhalb dieses Berichtswesens erhobenen Daten (2000) bildeten die Grundlage für einen engen Dialog zwischen Jugendhilfe und Schule.

Die hier erarbeiteten Handlungsvorschläge wurden dann mit Hilfe eines Arbeitskreises der örtlichen Jugendhilfe »Gesundheitsförderung von Kindern und Jugendlichen« in die Praxis umgesetzt. Neben »Früh übt sich« gibt es an den Schnittstellen Kindergarten/Grundschule noch das Sprachförderungsprojekt »Rucksack«.

PROBLEMSTELLUNG

Eltern die sich in ökonomisch, sozial und psychisch belasteten Lebenssituationen befinden, häufig mehrfachen Belastungen ausgesetzt sind, haben begrenztere Möglichkeiten der erfolgreichen Problembewältigung.

Besonders deutlich zeigt sich dieses bei Familien ausländischer Herkunft. Das Risiko innerfamiliärer Beziehungsstörungen steigt.

»Früh übt sich« richtet sich an Kinder im Vorschulalter, die keine funktionalen Störungen aufweisen, deren Lebenslage aber durch die Verhältnisse, in denen sie aufwachsen, beeinträchtigt sind. Durch mangelnde familiäre Förderung und Anerkennung können sie oftmals ihre Fähigkeiten nicht entsprechend entwickeln. Dies kann zu problematischen Schullaufbahnen führen oder einen späteren sonderpädagogischen Förderbedarf erfordern.

ZIEL DER ARBEIT

ist in Kooperation mit dem Kindergarten, dem Schulkindergarten und der aufnehmenden Grundschule, die umfassende Vorbereitung von Kind und Eltern auf einen gelungenen Schulbesuch. Durch rechtzeitige Förderung wird mehr Chancengleichheit erreicht.

HANDLUNGSRAHMEN

Nach konzeptionellen Vorbereitungen, Auswahlkriterien und Mitwirkungsbereitschaft der Eltern und Institutionen wird »Früh übt sich« seit 2001 in vier Kindergärten und einem Schulkindergarten angeboten.

Die tatsächliche Förderung der Kinder in den Institutionen erfolgt durch den freien Träger »HALT«. Das Projektteam ist paritätisch besetzt, 2 Sozialpädagogen mit systemischer familientherapeutischer Ausbildung und 5 weitere

pädagogisch geschulte Honorarkräfte arbeiten 2x wöchentlich für je 2,5 Stunden in den Einrichtungen. Es erfolgt eine gezielte Förderung der entsprechenden Kinder – pro Einrichtung 5 Kinder – in Einzel- oder Kleingruppen – in Einheiten bis zu 20 Minuten. Die Förderung der sozialen Kompetenz, das Erleben von Erfolg und Anerkennung, Spielfähigkeit und sprachliche Förderung stehen bei den Kindern im Vordergrund.

Die parallel verlaufene Ansprache der Eltern – vereinbart sind 8 begleitende Elterngespräche – reagiert auf Vernachlässigungstendenzen der Eltern. Hinführen zur Wertschätzung des eigenen Kindes, Anteile an seiner Unterstützung übernehmen, zu verbesserten Versorgungsbedingungen beitragen, auf Verlässlichkeit für den Schulalltag hinarbeiten sind hier vorrangige Ziele.

In der Einheit der Förderung von Kind und Eltern wird das Interesse an schulischer Bildung gefördert, Ausgrenzungsmechanismen begegnet.

Die Kinder kommen in die Förderung 1 Jahr vor ihrer Einschulung und haben den Anspruch auf Begleitung, wenn es notwendig und gewünscht ist, bis zum Ende der 2. Klasse.

FINANZIERUNG

Mit ca. 25.000 Euro erfolgt jährlich die Unterstützung dieser präventiven Arbeit. Es werden 25 Kinder direkt als »Förderkinder« erreicht und da häufig ein Spielpartner oder Freund mit gewählt werden darf, noch einmal ca. 20 »Randkinder«.

Von der Startgruppe 2001, deren Kinder bereits eingeschult sind, haben noch 4 Familien eine weitere Begleitung gewünscht. Diese erfolgt dann nach Bedarf und Absprache im schulischen Setting.

WEITERENTWICKLUNG

Die bisher mögliche Auswertung ergab, dass die Ziele, die vorhandenen Entwicklungspotentiale der Kinder und die Ressourcen der Eltern anzusprechen, bei gut 70% der Familien erreicht wurden. Die Intensität der Betreuung erleichterte es den MitarbeiterInnen, sowohl aus den Institutionen wie aus dem Projekt, bei den Eltern die Einsicht in die Zusammenhänge zwischen kindlichem Verhalten und der jeweiligen familiären Situation herzustellen. Das Zusammenarbeiten wurde grundsätzlich als positiv erlebt. Der zeitliche zusätzliche Aufwand für Gespräche innerhalb der Mitarbeiterschaft wurde demgegenüber als unerheblich eingestuft.

Als ein weiterer gewünschter Nebeneffekt ergab sich eine neue Qualität kollegialer Beratung für die MitarbeiterInnen der Kindergärten. Es erfolgte eine intensivere Betrachtungsweise des einzelnen Kindes im Hinblick auf seine individuelle Entwicklung und seine Stellung in der Gruppe.

Durch diese offene Form der Zusammenarbeit mit Jugendhilfe konnten auch Eltern zur Mitarbeit motiviert werden, die durch eigene Lebenserfahrungen bisher eher zurückhaltend auf Angebote des Jugendamtes reagierten. Die Projektphase ist bis Sommer 2004 finanziell gesichert. Das Angebot erlebt eine hohe Nachfrage, gern würden weitere Kindergärten teilnehmen.

PROBLEME

Unsicherheit der weiteren Finanzierung. Zeitintensive Begleitung des Gesamtprojektes.
Werbung und Fortbildung der Honorarkräfte.

Frühzeitige Wahrnehmung kindlicher Verhaltensauffälligkeiten in Kindertageseinrichtungen

Karin Esch, Dr. Sybille Stöbe-Blossey

1. Zum Hintergrund des Projektes

Das Thema »Verhaltensauffälligkeit« hat in Tageseinrichtungen für Kinder in den letzten Jahren an Bedeutung gewonnen. ErzieherInnen berichten in wachsendem Maße von Problemen; Grundschulen weisen darauf hin, dass sich immer mehr Kinder nach der Einschulung als schwer in den Schulalltag integrierbar erweisen. Jedoch fehlen zum einen verwertbare Erkenntnisse über den tatsächlichen quantitativen Stellenwert des Problems, zum anderen gibt es kein System, das die Früherkennung und Bearbeitung von Verhaltensauffälligkeiten strukturell unterstützen würde.

Diese Situation war für das Jugendamt der Stadt Herne der Anlass, das Thema aufzugreifen, als das Land Nordrhein-Westfalen den Modellversuch »Soziale Frühwarnsysteme« initiierte. Dieser Modellversuch zielt darauf ab, individuelle und soziale Risiken frühzeitig zu erkennen und durch präventives Handeln Desintegrationsprozesse zu vermeiden. Dies soll erreicht werden durch eine verbesserte Kooperation der beteiligten Akteure und durch die Entwicklung und Verstetigung von Systemen flexibler, differenzierter und bedarfsgerechter Hilfen.

Mit Förderung des Ministeriums für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit (seit Herbst 2002: Ministerium für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie) startete somit im März 2002 in Herne das Projekt »Entwicklung eines sozialen Frühwarnsystems zur Erkennung und Bearbeitung von Verhaltensauffälligkeit im Vorschulalter« (SoFrüh). Ziel des zunächst bis Ende 2003 geplanten Projektes ist es, in Wanne, einem Stadtteil, in dem sich soziale Problemlagen kumulieren, ein solches System exemplarisch zu entwickeln. Dabei werden drei Ebenen berücksichtigt:

- die einzelne Tageseinrichtung als zentraler Ort, an dem die Früherkennung ansetzen soll;
- der Sozialraum, der eine unterstützende Infrastruktur

- für die Bearbeitung von Problemen bereitstellen soll;
- externe Rahmenbedingungen (wie etwa rechtliche Regelungen oder Ausbildungsinhalte), die die Möglichkeiten für frühe Erkennung und Bearbeitung von Verhaltensauffälligkeiten künftig erweitern sollen.

Die Projektleitung wurde dem Institut Arbeit und Technik im Wissenschaftszentrum NRW, Gelsenkirchen, übertragen. Zu einem wesentlichen Element des Projektes hat sich eine projektbegleitende Arbeitsgruppe (PAG) entwickelt, die sich aus VertreterInnen des Jugendamtes, der Tageseinrichtungen, der Erziehungsberatungsstelle und der Heilpädagogischen Fachberatung sowie den FachberaterInnen der einzelnen Träger von Tageseinrichtungen zusammensetzt. Diese Gruppe tagt in etwa zwei- bis dreimonatlichem Rhythmus. Sie wirkt an der Konzeptentwicklung mit, nimmt Multiplikatorenfunktionen wahr und erarbeitet in Kleingruppen verschiedene Fragestellungen.

Im Folgenden werden die wichtigsten Arbeitsfelder und Zwischenergebnisse des Projektes vorgestellt. Der Beitrag gibt den Stand von Mai 2003 wieder und weist auf weitere Planungen hin.

2. Ausgangspunkt: Befragung der Tageseinrichtungen

In einer ersten Projektphase wurden Interviews in allen 14 Tageseinrichtungen für Kinder (TFK) in Wanne durchgeführt. Dabei ging es vor allem darum, sowohl die Problemwahrnehmung in den Einrichtungen als auch mögliche Lösungsvorschläge kennen zu lernen. Hier wurde schnell deutlich, dass es sich bei dem Thema »Verhaltensauffälligkeit« in der Tat um ein Problem handelt, dass in den Einrichtungen eine große Rolle spielt: Das Interesse am Projekt und damit verbunden die Hoffnung, Unterstützung beim Umgang mit diesem Problem zu erhalten, waren

Frühzeitige Wahrnehmung kindlicher Verhaltensauffälligkeiten

sehr groß, und fast alle Einrichtungen gaben an, dass sie sich durch eine wachsende Anzahl an verhaltensauffälligen Kindern belastet fühlten – teilweise so stark, dass eine »normale« pädagogische Arbeit im Alltag als kaum noch möglich bezeichnet wurde. Alle Befragten erwarteten einen weiteren Anstieg von Verhaltensauffälligkeiten, wobei allerdings auch darauf hingewiesen wurde, dass die Sensibilität für dieses Thema sich vergrößert hat. Die Ursachen von Verhaltensauffälligkeit sind aus der Sicht der ErzieherInnen vielfältig:

- Finanzielle Probleme der Eltern,
- Arbeitslosigkeit und Abhängigkeit von Sozialhilfe,
- »Erziehungsunfähigkeit« der Eltern (laissez-faire-Haltung / zu wenig Konsequenz),
- Eheprobleme / Scheidung der Eltern,
- Zu wenig Kommunikation in den Familien,
- Zu häufiger Medienkonsum,
- Ideeller Werteverfall und starke Konsumorientierung,
- Überbehütung, die zu Unselbstständigkeit führt.

Auf der Grundlage der Gesprächsergebnisse, einer Literaturauswertung und fachlicher Diskussionen wurde eine Definition von Verhaltensauffälligkeit erarbeitet, die der weiteren Projektarbeit als gemeinsame Basis zugrunde liegt.

»Verhaltensauffälligkeit« – »Herner Definition«

Als »Verhaltensauffälligkeit« werden Verhaltensweisen bezeichnet, die

- von der alterstypischen Entwicklung abweichen,
 - wiederholt auftreten,
 - einen Leidensdruck auslösen (beim Kind, bei Gleichaltrigen oder bei Erziehungspersonen) oder die Entwicklungsmöglichkeiten des Kindes einzuschränken drohen,
 - mit Hilfe von »alltäglichem« pädagogischen Handeln über einen längeren Zeitraum nicht verändert werden können
- und
- nicht auf Entwicklungsverzögerungen oder Funktionseinschränkungen zurückzuführen sind.

Auf der Basis dieser Definition wurden die Einrichtungen noch einmal schriftlich befragt. Zentrales Ergebnis dieser Befragung war, dass (bezogen auf das Kindergartenjahr 2001/2002) ein Drittel aller Kinder in den Wanner Tageseinrichtungen als verhaltensauffällig eingeschätzt wurde. Dabei gibt es erhebliche Unterschiede zwischen den Einrichtungen: Die Anteile lagen bei zwischen 10 % (in einer professionellen Einrichtung mit gemischtem Einzugsgebiet) und 47 % (in einer städtischen Einrichtung in einem als besonders schwierig eingeschätzten Umfeld). Einige zentrale Ergebnisse der Befragung wurden handlungsleitend für den weiteren Verlauf des Projektes. Bei

der folgenden Darstellung wichtiger Arbeitsfelder wird daher auf die Befragungsergebnisse und die damit zusammenhängenden Aktivitäten Bezug genommen.

Beispielhaft für Verhaltensauffälligkeiten in diesem Sinne sind:

- aggressives, regelverletzendes Verhalten; Gewalt gegenüber Personen und/oder Sachen;
- starke motorische Unruhe; Hyperaktivität;
- ängstliches, schüchternes, überangepasstes Verhalten; Kontaktscheue; Sprachverweigerung;
- depressive Verstimmungen (häufiges Weinen, keine Lebensfreude);
- große Schwächen beim Aufbau und bei der Aufrechterhaltung von sozialen Kontakten; fehlende Integration in die Gruppe;
- fehlende Bereitschaft, sich auf altersgemäßes Spiel oder auf altersgemäße Anforderungen einzulassen;
- Probleme beim Essen (extremes Matschen, Würgen usw.);
- distanzloses, schamloses oder sexualisiertes Verhalten; ungewöhnlich hohes Bedürfnis nach Zuwendung und Körperkontakt;
- Defizite in der kommunikativen Ausdrucksfähigkeit.

3. Wichtige Arbeitsfelder

ELTERNARBEIT

Bei über der Hälfte der als verhaltensauffällig eingeschätzten Kinder haben die Tageseinrichtungen den Eltern empfohlen, eine Beratung oder Behandlung in Anspruch zu nehmen. Etwa gut zwei Drittel der Eltern kamen dieser Empfehlung nach. Die Problematik, dass ein Teil der Eltern nicht bereit ist, sich mit den Schwierigkeiten ihres Kindes auseinanderzusetzen, wird von vielen ErzieherInnen als großes Problem empfunden, so dass immer wieder die Frage aufgeworfen wurde, wie sich die Erreichbarkeit der Eltern verbessern ließe.

Einige Einrichtungen haben hier mit einer intensiven Elternarbeit gute Erfahrungen gemacht (»Vertrauensarbeit«): Eltern, die durch verschiedene Aktivitäten in die Arbeit der Einrichtung eingebunden sind, sind auch im Fall von Problemen leichter ansprechbar. Aus diesem Grunde sollen im weiteren Verlauf des Projektes Fortbildungen zum Thema »Elternarbeit« stattfinden.

Darüber hinaus wurde im Frühjahr 2003 eine Elternbefragung gestartet, um zu erfahren, wie sich die Situation aus der Sicht von Eltern darstellt. Alle Eltern von Kindergartenkindern in Wanne erhielten einen kurzen Fragebogen, in dem es vor allem um die Frage ging, inwieweit sich die Eltern im Falle von Verhaltensauffälligkeiten von den Tageseinrichtungen unterstützt fühlen und welche Erwartungen sie an die Tageseinrichtungen stellen. Ergebnisse werden im Sommer 2003 vorliegen.

DIE »UNTERSTÜTZENDE INFRASTRUKTUR«

Die Leistungen der Institutionen der »unterstützenden Infrastruktur« im Sozialraum (bspw. Erziehungsberatungsstelle, freie Praxen in der Heilpädagogik, Ergotherapie und Psychotherapie, Gesundheitsamt, Kinder- und Jugendpsychiatrie) werden von der Qualität her meistens positiv bewertet. Kritisiert wird eine quantitative Unterversorgung, die zu langen Wartezeiten führt. Darüber hinaus ist es für die ErzieherInnen oft schwer zu überblicken, welche Institution im Einzelfall ein geeigneter Ansprechpartner für die Eltern sein könnte und welche Schritte einzuleiten sind, um notwendige Hilfen zu erhalten. Im Hinblick auf den Allgemeinen Sozialdienst des Jugendamtes zeigte sich in einigen Einrichtungen, dass dessen Handlungsmöglichkeiten zu wenig bekannt sind.

Bedauert wurde vielfach das Fehlen eines Ansprechpartners für die ErzieherInnen selbst: Den Fachkräften fehlt die Möglichkeit, sich beraten zu lassen, wenn es etwa um den Umgang mit Verhaltensauffälligkeiten im Alltag der Einrichtung oder um die Vermittlung von geeigneten Hilfsangeboten für Kinder geht.

Die Befragung der ErzieherInnen wurde, quasi komplementär, ergänzt durch eine Befragung der Institutionen. Dabei wurde vielfach durchaus die Bereitschaft zu einer intensiveren Zusammenarbeit mit den Tageseinrichtungen geäußert; auch die Beratung von ErzieherInnen findet teilweise statt. Eine Ausweitung ist allerdings für die meisten Institutionen kaum vorstellbar, weil die Ressourcen fehlen. Die Beratung von ErzieherInnen wird durch kein System finanziert und muss quasi zusätzlich geleistet werden. Im Zuge des Projektes wird daher geprüft, wie eine solche Beratung (möglicherweise bei der Erziehungsberatungsstelle) institutionalisiert werden kann.

Des Weiteren wurde deutlich, dass die Zusammenarbeit zwischen diesen Institutionen untereinander bzw. mit dem Jugendamt oft ein größeres Problem darstellt als die Kooperation zwischen diesen und den Tageseinrichtungen. Als problematisch erweisen sich die sehr unterschiedlichen Finanzierungsstrukturen (über Verordnungen des Arztes, über das Sozialamt, über das Jugendamt): Zum einen ist das System mit einem hohen Maß an Bürokratie verbunden, die nicht nur für Eltern, sondern auch für die Institutionen selbst eine große Belastung darstellt, zum anderen drängt sich der Eindruck auf, dass die Entscheidung darüber, welche Hilfe ein Kind erhält, nicht immer in erster Linie vom sachlichen Bedarf abhängt, sondern davon, welche Finanzierung zugänglich ist.

Ein zentrales Ziel des Projektes ist deshalb, sowohl mehr Transparenz zu schaffen als auch die Kooperation zwischen den Akteuren zu verbessern. Daher erhielten im April alle relevanten Institutionen einen Fragebogen und wurden gebeten, ihr Leistungsprofil und die Voraussetzungen, Wege und Abrechnungsmöglichkeiten für die Inanspruchnahme darzustellen. Auf dieser Grundlage soll ein Handbuch erstellt werden, das den Tageseinrichtungen zur Verfügung stehen wird. Um Möglichkeiten für eine verbesserte Kooperation zu initiieren, soll im Sommer ein gemeinsamer Workshop stattfinden.

Gute Erfahrungen mit derartigen Workshops wurden bereits im Januar gemacht: Hier diskutierten die LeiterInnen der Tageseinrichtungen und die Mitarbeiter/innen des all-

gemeinen Sozialdienstes miteinander über Schwierigkeiten und Verbesserungsmöglichkeiten in der Zusammenarbeit. Dabei zeigte sich, dass dort, wo langjährige persönliche Kontakte bestehen, viele Probleme gemeinsam gelöst werden können. Einige der Beteiligten trafen bei diesem Workshop erstmals persönlich zusammen, nutzten die Gelegenheit zu klärenden Gesprächen und kamen dadurch auch zu einem Austausch über schwierige Einzelfälle. Um die Entwicklung solcher persönlichen Kontakte zu fördern, soll künftig in etwa sechs- bis zwölfmonatigem Abstand ein informelles Treffen von Tageseinrichtungen und Allgemeinem Sozialdienst stattfinden. Darüber hinaus erstellte der Allgemeine Sozialdienst eine Stadtteil-Karte, aus der die Tageseinrichtungen ersehen können, welche/r Sozialarbeiter/in für welchen Wohnbereich zuständig ist, so dass sie sich nun direkt an die »richtigen« Ansprechpartner wenden können.

Als sehr problematisch wurde in der TfK-Befragung die Zusammenarbeit mit den niedergelassenen Kinderärzten dargestellt. Hier wurde kritisiert, dass (Verhaltens-) Probleme heruntergespielt werden, bei Vorsorgeuntersuchungen keine Rolle spielen und daher zu selten diagnostiziert und behandelt werden, dass die Kompetenzen der ErzieherInnen nicht anerkannt werden und ihr Wissen zu wenig für den Behandlungsprozess genutzt wird.

Vor diesem Hintergrund wurde das Gespräch mit VertreterInnen der KinderärztInnen gesucht. Dabei stellte sich heraus, dass zumindest ein Teil der ÄrztInnen zu einer intensiveren Kooperation bereit und daran interessiert ist. Es wurde darauf hingewiesen, dass einige Probleme dadurch entstehen, dass Eltern die Informationen aus Tageseinrichtungen nur lückenhaft oder missverständlich an die ÄrztInnen weitergeben. Daher soll ein kurzer Protokollbogen entwickelt werden, auf dem die ErzieherInnen ihre Beobachtungen eintragen können. Dieser Bogen kann über die Eltern an den Arzt weitergeleitet werden. Ein solches Verfahren hat den Vorteil, dass eindeutige, nicht so leicht übersehbare Informationen übermittelt werden können, und dass die Ärzte für eventuelle Verordnungen eine zusätzliche Begründung erhalten, was im Zuge von Budgetzwängen und Wirtschaftlichkeitsprüfungen nicht unwichtig ist.

ENTWICKLUNG VON BEOBACHTUNGSBÖGEN

Systematische Hilfsmittel, wie etwa Beobachtungsbögen oder strukturierte Protokolle, werden nur in wenigen Einrichtungen eingesetzt. Dies hängt damit zusammen, dass auf dem Markt befindliche Angebote vielfach als schwer handhabbar und praxisfern eingeschätzt werden. Aus diesem Grunde fasste die projektbegleitende Arbeitsgruppe den Beschluss, selbst ein Instrumentarium zu entwickeln. Ein erster Entwurf liegt inzwischen vor.

Dieser Entwurf umfasst drei Bögen:

- Ein Protokollbogen für unstrukturierte Beobachtungen kann eingesetzt werden, wenn der Eindruck besteht, dass Auffälligkeiten vorliegen. Er dient dazu, erste Beobachtungen zu systematisieren und eine Grundlage für Team- und Elterngespräche zu liefern.
- Ein Bogen, in dem eine Reihe von Fragen zum Sozial-

verhalten durch Ankreuzen beantwortet werden können, dient der Eingrenzung und Systematisierung des Problems.

- Ein Bogen zum Entwicklungs-Screening soll bei der Beantwortung der Frage helfen, ob Entwicklungsverzögerungen vorliegen, die eventuell Ursache für die Auffälligkeiten sein können.

Die Bögen werden begleitet durch ein Verlaufsraaster, das den ErzieherInnen eine Orientierung darüber bieten soll, in welchen Situationen welche Bögen genutzt werden können und welche Schritte einzuleiten sind. Im Verlauf des Sommers soll ein Implementierungskonzept erarbeitet werden, um das Instrumentarium in den Einrichtungen einzuführen und die ErzieherInnen um Umgang damit zu schulen. Eine Auswertung der Erfahrungen und eine darauf basierende Verbesserung des Instrumentariums wird nur bei einer Verlängerung der Projektlaufzeit über Ende 2003 hinaus möglich sein.

DATENSCHUTZ

Große Unsicherheit besteht im Hinblick auf den Datenschutz. Der Austausch mit Institutionen, die mit einem Kind befasst sind, wird als für die Arbeit mit dem Kind sehr wichtig eingestuft; man weiß jedoch oft nicht, inwieweit man berechtigt ist, mit Dritten über ein Kind zu sprechen. Dies gilt insbesondere dann, wenn die Kooperation mit den Eltern nicht herstellbar ist.

Zwar gibt es eine breite Literatur zum Thema Datenschutz, jedoch ist diese in der Regel stark juristisch orientiert und für den Alltag in Tageseinrichtungen nur bedingt nutzbar. Da das Projekt auf eine bessere Vernetzung abzielt, geht es darum, nicht Datenschutzfragen zu problematisieren, sondern vor allem deutlich zu machen, welcher Informationsaustausch unter welchen Voraussetzungen möglich ist und wo die rechtlichen Grenzen liegen. Aus diesem Grunde wurde eine Handreichung erarbeitet, die kurz und übersichtlich Handlungsmöglichkeiten und Grenzen darstellt. Ergänzt wird diese Handreichung durch Musterformulare, mit denen das Einverständnis von Eltern für den Informationsaustausch mit anderen Institutionen eingeholt werden kann.

AUS- UND FORTBILDUNG

Von ihrer Ausbildung her fühlen sich die ErzieherInnen auf den Umgang mit Verhaltensauffälligkeiten schlecht vorbereitet. Aus den Erfahrungen mit PraktikantInnen wird gefolgert, dass sich an diesem Defizit bis heute nichts geändert hat.

Vor diesem Hintergrund wurde zunächst eine Fortbildung zum Thema »Gewalt und Aggression« durchgeführt. Weitere Fortbildungen sollen geplant werden. Darüber hinaus ist ein Austausch mit dem Berufskolleg in Herne geplant, um Fragen der Aus- und Fortbildung zu erörtern.

4. Perspektiven

Weitere Themenfelder, die für das Projekt von Bedeutung sind, sind beispielsweise die Organisation von »Elternschulen« zu Erziehungsfragen und die verbesserte Kooperation mit den Grundschulen im Einschulungsverfahren. Ein ‚Surplus‘, das sich aus dem Projekt heraus immer stärker entwickelt, ist die gegenseitige Stützung der Tageseinrichtungen für Kinder durch den trägerübergreifenden Austausch, der sich insbesondere durch die projektbegleitende Arbeitsgruppe ergibt. Die ErzieherInnen erhalten durch die kontinuierlichen Treffen die Möglichkeit, sich über Problemfelder auszutauschen und gemeinsam pragmatische Lösungen zu entwickeln. Insbesondere können hier spezifische Problematiken des Sozialraums diskutiert werden, die bspw. in allgemeinen Fortbildungen oder überregionalen Trägertreffen nicht thematisiert werden (können). Insbesondere die Identifizierung und Bearbeitung der festgelegten Themen durch die Mitglieder der projektbegleitenden Arbeitsgruppe lassen eine deutliche Identifizierung mit den erarbeiteten Materialien erkennen, so dass es gute Voraussetzungen für die Umsetzung des sozialen Frühwarnsystems in die Praxis gibt.

Es zeigt sich allerdings, dass nicht alles, was wünschenswert und notwendig wäre, in der Projektlaufzeit zu realisieren ist. Insbesondere wäre es sinnvoll, die Einführungsphase des Beobachtungsinstrumentariums in den Tageseinrichtungen begleiten und auswerten zu können, um anschließend das Instrumentarium zu optimieren. Auch die initiierte Vernetzung sollte noch über einen mittelfristigen Zeitraum gezielt weiter gefördert werden, um zum »Selbstläufer« zu werden. Darüber hinaus muss darauf hingewiesen werden, dass zwar viele Verbesserungen durch eine Unterstützung der Tageseinrichtungen und durch eine stärkere Vernetzung vor Ort zu erzielen sind. Einige grundsätzliche Probleme sind jedoch nur überregional auf politischer Ebene lösbar. Dazu gehören die Modernisierung der ErzieherInnen-Ausbildung, eine problemorientierte Neuordnung von Finanzierungsstrukturen, die Ausstattung der Tageseinrichtungen und die Erweiterung der unterstützenden Infrastruktur. Zum »Nulltarif« wird all dies bei aller Kreativität vor Ort nicht zu haben sein. Jedoch kann das in den Elementarbereich eingebrachte Geld als eine gute Investition angesehen werden, da hierdurch sozialen Folgekosten vorgebeugt wird.

Beobachtung und Begleitung biographischer Übergänge im kindlichen Leben

Martin Jonas

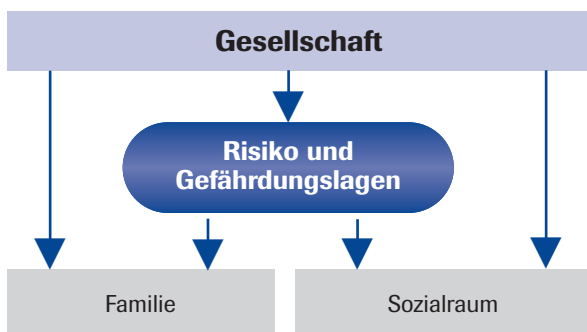
Das Projekt: »Aufbau eines sozialen Frühwarnsystems« ist in Dortmund ein Pilotprojekt und der Schwerpunkt liegt auf der Stärkung der Eltern. Demnach wird der Modellversuch nicht flächendeckend installiert, sondern zunächst in zwei Stadtbezirken im Stadtgebiet Dortmund durchgeführt. Die wissenschaftliche Begleitung wird durch das Institut für soziale Arbeit e. V. sichergestellt.

Inhaltlich werden ich meine Präsentation so aufbauen, dass ich zunächst kurz den Hintergrund des Modellversuchs erläutern werde und im Anschluss daran Lücken im »Sozialen System« beschreiben werde. Ein weiterer Schritt ist dann die praktische Entwicklung des Frühwarnsystems und die Zieldefinition des Pilotprojektes. Das Ende der Präsentation bildet die Beschreibung der praktischen Umsetzung des Modellversuchs.

1. Zu den Hintergründen des Modellprojektes

Das Pilotprojekt: »Entwicklung eines sozialen Frühwarnsystems« beruht auf der Erkenntnis, dass die heutigen gesellschaftlichen Verhältnisse ständigen Veränderungsprozessen ausgesetzt sind und dass diese gesellschaftlichen Veränderungen soziale Desintegrationsprozesse von Familien auslösen. Soziale Desintegrationsprozesse führen wiederum zu Benachteiligung und Ausgrenzung von Familien und demnach auch zu individuellen Fehlentwicklungen von Kindern und Jugendlichen.

Familien, die sozialen Desintegrationsprozessen unterliegen, deren Familienalltag ist von enormen Belastungen geprägt. Er ist geprägt von Armut, von Zunahme von Vernachlässigung von Kindern und von häuslicher Gewalt. Die Dynamik, von der ich Ihnen berichtet habe, nun noch einmal in Form einer Graphik:



Ebenen sozialer Deprivationsprozesse

Die gesellschaftlichen Veränderungen wirken auf Familien und Sozialraum. Die entstehenden Risiken und Gefährdungslagen gilt es zu erkennen, und dazu soll das »Frühwarnsystem« dienen.

2. Lücken im sozialen System

Der Auftrag der Jugendhilfe lautet:

- Kinder in ihren Entwicklungsmöglichkeiten zu fördern
- Benachteiligung zu vermeiden bzw. abzubauen
- Kinder und Jugendliche vor Risiken und Gefahren zu schützen
- sowie ein kinderfreundliches Wohnumfeld zu schaffen

Mit Blick auf die Stadt Dortmund haben alle Professionellen, die mit Themen der Jugendhilfe beschäftigt sind, bereits Erhebliches geleistet und demnach gibt es auch eine enorme »soziale Stabilität« in den einzelnen Stadtbezirken. Allerdings wissen auch alle, die Jugendhilfe in irgendeiner Form leisten, dass es noch Lücken in der sozialen Stabilität gibt. Diese Lücken möchte ich Ihnen nun einmal aus meiner Sicht beschreiben:

1. Die erforderlichen Hilfen setzen oftmals zu spät ein
 Ein praktisches Beispiel: Häufig sitzen die Kollegen der Jugendhilfedienste in der angebotenen Sprechstunde für Eltern, Kinder und Jugendliche und die erschienenen Hilfesuchenden berichten von ihrer Situation im häuslichen Umfeld. Schnell stellt sich im Beratungsgespräch heraus, dass im Familiensystem nicht nur ein Problem die Situation kennzeichnet, sondern dass das System von einer erheblichen Krise erschüttert wird. Der/Die zuständige Sozialarbeiter/in kann hier mit großer Wahrscheinlichkeit nur noch mit einer ambulanten bzw. stationären Maßnahme reagieren. An dieser Stelle setzt die Hilfe eindeutig zu spät ein.
2. Die Hilfsinstrumente sind zu wenige auf die Stärkung der Selbsthilfe ausgerichtet
 An dieser Stelle spreche ich von einer zeitgemäßen Orientierung der professionellen Sozialarbeit. Der methodische Handlungsansatz sollte nicht mehr problemorientiert und defizitorientiert sein, sondern das methodische Arbeiten fokussiert sich lösungs- und ressourcenorientiert.
3. Hilfs- und Unterstützungsangebote sind nicht niederschwellig genug
 Hier sollte das seit vielen Jahren bekannte Motto: »Hilfe zur Selbsthilfe« greifen. Die Erziehungskompetenz muss zuallererst einmal von den Eltern geleistet werden.
4. Das erforderliche Zusammenwirken zwischen Stellen vor Ort funktioniert nur unzureichend

Ein praktisches Beispiel: Häufig werden Meldungen über Unterrichtsversäumnisse erst an die zuständigen Jugendhilfedienste geschickt, wenn Kinder oder Jugendliche schon seit Tagen oder Wochen nicht mehr im Unterricht erschienen sind. In der beschriebenen Situation ist aus meiner Sicht ein engeres Zusammenwirken der Institutionen erforderlich.

5. Die nebeneinander bestehenden Hilfsangebote sind nicht genügend auf interdisziplinäre Zusammenarbeit abgestimmt

Die Zusammenarbeit zwischen den Institutionen der Jugendhilfe sollte nicht nur fall- und anlassbezogen geleistet werden, sondern es sollte feste, kontinuierliche Verabredungen geben. Eine interdisziplinäre Kooperation ist angezeigt.

Diese Lücken, die ich Ihnen gerade beschrieben habe, sollen durch das Frühwarnsystem gefüllt werden, und an dieser Stelle wird nicht das Rad neu erfunden, sondern das Profil des Rades wird geschärft.

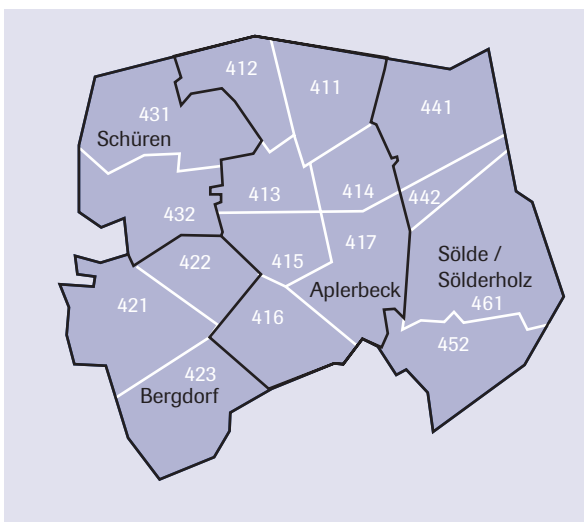
3. Das Dortmunder Modellprojekt - Eltern stärken

Der Projektrahmen:

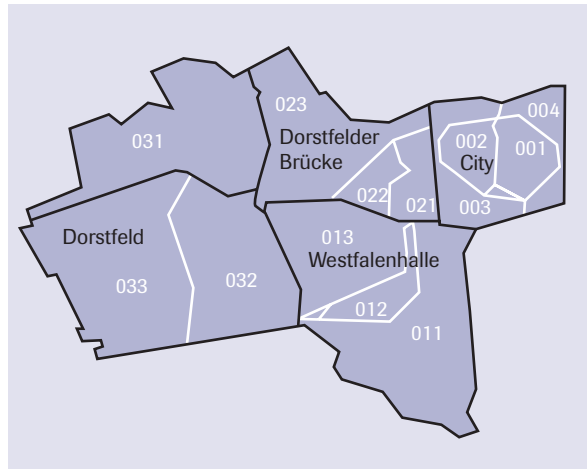
Der Projektrahmen bezieht sich nicht auf das gesamte Stadtgebiet Dortmund, sondern auf zwei Stadtbezirke. Die ausgewählten Bezirke sind Innenstadt-West und Aplerbeck.

Graphik der ausgewählten Stadtbezirke:

Aplerbeck



Innenstadt-West



Die Strukturen der Stadtbezirke sind unterschiedlich:

Die Fläche des Stadtbezirks Aplerbeck ist augenscheinlich erheblich größer als die Fläche des Stadtbezirks Innenstadt-West.

In Aplerbeck leben 55.565 Menschen und in der Innenstadt-West 52.371 Menschen.

Demgegenüber liegt die Bevölkerungsdichte in Aplerbeck bei 22,3 Menschen pro Hektar und die in Innenstadt-West bei 38,1 Menschen pro Hektar.

Im Stadtbezirk Aplerbeck präsentiert sich der Mittelstand, Innenstadt-West zeichnet sich durch Armut und einen hohen Anteil an ausländischen MitbürgerInnen aus.

Die Arbeitslosenquote bewegt sich in Aplerbeck bei 7 %, in der Innenstadt-West liegt sie bei 12 %.

In Aplerbeck leben von der Gesamtzahl der Menschen im Stadtbezirk 17,2 % Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren, davon sind 8,1 % Kinder und Jugendliche von ausländischen MitbürgerInnen. In Innenstadt-West leben von der Gesamtzahl der Menschen im Stadtbezirk, 14,1 % Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren, davon sind 21 % Kinder und Jugendliche von ausländischen MitbürgerInnen.

In Innenstadt-West gibt es eine erhebliche Anzahl an Familien mit Multiproblemstellungen, in Aplerbeck ist mehr Tagesobdachlosigkeit und Wohlstandsverwahrlosung angezeigt.

Die Unterschiedlichkeiten der Stadtbezirke werden bei der Auswertung des Projekts sicherlich auch zu ganz unterschiedlichen Aussagen über die beiden Stadtbezirke und Definitionen von Problemstellungen führen.

Die Zielgruppe im Rahmen des Projektes sind Eltern mit Kindern im Alter von 0 – 10 Jahren, die Benachteiligung erleben, durch:

1. Arbeitslosigkeit
2. unzureichenden Wohnraum
3. soziale Isolation
4. Migrationshintergrund
5. Suchtverhalten
6. geringeren Bildungsabschluss
7. die Situation, allein erziehend zu sein,

Eine wichtige Frage im Modellversuch ist: »Wo sind die Zugänge zu den Eltern mit den Kindern im Alter von 0 – 10 Jahren, wie sind diese Eltern erreichbar?

Im kindlichen Leben gibt es in der Lebensspanne von 0 – 10 Jahren Schnittstellen, an denen die Kinder und deren Eltern Institutionen der Jugendhilfe begegnen. Die Schnittstellen sind:

1. die Geburt
2. die Aufnahme in den Kindergarten/Kindertagesstätte
3. die Einschulung
4. der Schulwechsel

Bei der Geburt findet die Begegnung mit den Hebammen, den FrauenärztInnen, den KinderärztInnen und den Bezirkskrankenschwestern statt.

Bei der Aufnahme im Kindergarten oder in der Kindertagesstätte findet die Begegnung mit den PädagogInnen und ErzieherInnen statt.

Bei der Einschulung und dem Schulwechsel begegnen Eltern und Kinder den Lehrern und Lehrerinnen.

Sollten die professionellen Kräfte der Institutionen, die Jugendhilfe leisten, bei der Begegnung mit den Familien an den Schnittstellen, Signale von Vernachlässigung empfangen, könnten diese KollegInnen, die empfangenen Signale den SozialarbeiterInnen der jeweiligen Jugendhilfedienste in den Stadtbezirken bekannt geben. Die SozialarbeiterInnen haben dann die Möglichkeit den betreffenden Familien niederschwellige, ressourcenorientierte Hilfe anzubieten.

4. Ziele des Dortmunder Modellvorhabens

Die Teilziele des Projekts

Es gibt vier Meilensteine im Rahmen des Modellversuchs:

1. Die Optimierung der bereits bestehenden Vernetzung
2. Die institutionalisierte Kooperation
3. Der Wechsel vom defizitorientierten zum ressourcenorientierten Handeln
4. Die langfristige Reduzierung der Zahl der Antragstellenden in der Jugendhilfe

Das Gesamtziel des Projekts

Das Gesamtziel des Pilotprojekts ist die:

»Früherkennung individueller und sozialer Risiken und das rechtzeitige präventive Handeln«

und dieses Ziel soll durch das:

»soziale Frühwarnsystem« geleistet werden.

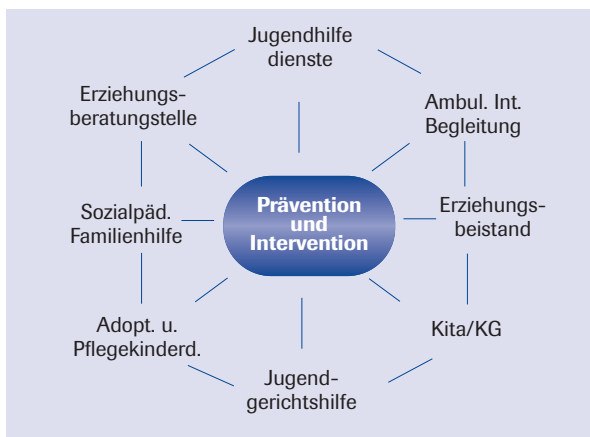
5. Realisierung und erste Ergebnisse

Nun möchte ich Ihnen die praktische Umsetzung des Modellversuchs erläutern.

Ein wesentlicher Meilenstein im Projekt ist die Vernetzung in den betreffenden Stadtbezirken. Ich habe in den unterschiedlichen Institutionen, die mit Jugendhilfe zu tun haben, das Projekt »Frühwarnsystem« präsentiert, diskutiert und um Mitarbeit im Modellprojekt geworben. Ich habe die hierarchischen Strukturen in den Institutionen berücksichtigt und mich von oben nach unten bewegt.

Ein Beispiel für die praktische Umsetzung:

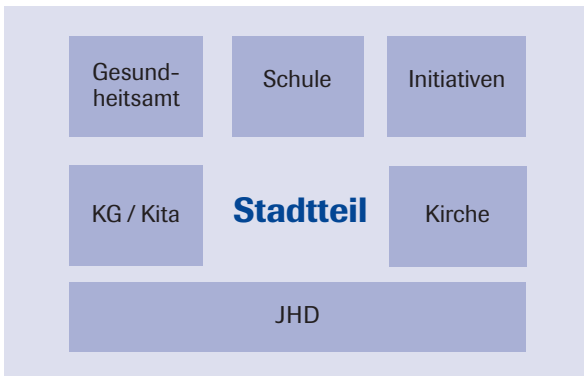
Im Fachbereich für Kindertageseinrichtungen präsentierte ich das Projekt »Frühwarnsystem« zuallererst einmal dem Fachbereichsleiter, im Anschluss daran erläuterte ich das Projekt der Fachreferentin des Fachbereichs. Ein weiterer Schritt in der praktischen Umsetzung war die Präsentation des Modellversuchs in den Bezirkstreffen der Leiterinnen und Leiter der Kindergärten und Kindertagesstätten und die Diskussion, wie eine weitere Vernetzung der betreffenden Institutionen praktisch betrieben werden kann. Die Präsentation und die Diskussion führte ich in den einzelnen Einrichtungen fort. Durch die unterschiedlichen Überlegungen, wie weiteres Netzwerk entstehen kann, kam es zu Verabredungen, die in Zukunft kontinuierlich stattfinden. Es wird also in Zukunft nicht mehr nur fall- und anlassbezogen miteinander kooperiert.



Vernetzung im Stadtbezirk im Rahmen der Aufgabenfelder des Jugendamtes

Das Netz der institutionalisierten Kooperation soll in den einzelnen Maschen enger gestrickt werden. Der Blick richtet sich auf Prävention und Intervention.

Die praktische Umsetzung im Einzelfall möchte ich nun anhand der folgenden Graphik erläutern:



Funktion des Frühwarnsystems

Ich denke an eine Aplerbecker Kindertagesstätte. In einer Kindergruppe dort stellt die Erzieherin Frau A fest, dass das Kind B öfter von seinen Eltern nicht in die Einrichtung gebracht wird und dass es, wenn es zur Einrichtung gebracht wird, augenscheinlich völlig ungepflegt erscheint. Außerdem fällt Kind B während des Aufenthaltes in der Kindertagesstätte durch motorische Unruhe auf. Die Erzieherin lädt die Eltern des betreffenden Kindes zu einem gemeinsamen Gespräch ein und stellt fest, dass sich hinter Familie B Eltern mit drei Kindern verbergen.

Im Rahmen des Gespräches ergibt sich, dass Herr B seinen Arbeitsplatz vor ca. 6 Monaten verloren hat, dass Familie B unter wirtschaftlichen Problemen leidet und dass sich diese Probleme auf das Familiensystem negativ auswirken. Herr B leidet außerdem unter dem Verlust des Arbeitsplatzes und betrinkt sich häufig. Frau B ist zur Zeit auf Grund der Gesamtsituation mit der Versorgung und Erziehung ihrer Kinder überfordert.

Die Erzieherin hat also fest gestellt, dass ein Elternteil evtl. an einer Suchterkrankung leidet und dass das Kind der Familie B Auffälligkeiten zeigt. Demnach sind Kriterien vorhanden, die zu einem Signal an den Jugendhilfdienst Aplerbeck führen sollen.

Die Erzieherin teilt den Eltern B mit, dass sie einen Kontakt zum Jugendhilfdienst herstellen kann, da dieser Fachbereich Hilfs- und Unterstützungsmöglichkeiten zur Überbrückung der derzeitigen Situation anbietet. Herr und Frau B stimmen dem Vorschlag zu und die Erzieherin stellt einen Kontakt zur Koordinatorin im Jugendhilfe-

dienst her. Die Koordinatorin nimmt beim eingehenden Telefongespräch einen speziell entwickelten Vordruck zur Hand, notiert kurz umrissen die Institution, die sich gemeldet hat, die Anschrift der Familie B, die Daten der Familienmitglieder und den Sachverhalt, der vorliegt. Den ausgefüllten Vordruck reicht sie an die zuständige Sozialarbeiterin weiter.

Die fallzuständige Sozialarbeiterin nimmt eine fachliche Bewertung der Information vor, stellt dann Kontakt mit der Erzieherin der Kita her. Erzieherin und Sozialarbeiterin überlegen gemeinsam, welche niederschweligen, ressourcenorientierten Hilfsmaßnahmen, jeweils aus der eigenen professionellen Sicht, der Familie B angeboten werden kann.

Im Anschluss daran erfolgt ein gemeinsames Gespräch mit Herrn und Frau B. Im Gespräch mit den Eltern B werden von der Sozialarbeiterin des Jugendhilfdienstes systemische, ressourcenorientierte Familiengespräche angeboten. Inhalt der geplanten 5 Familiengespräche soll sein, dass die Familie B ihre Problemsituation mit Unterstützung der Sozialarbeiterin betrachtet und Überlegungen anstellt, wie ihr Problem aus eigener Kraft lösbar ist. Die Sozialarbeiterin begleitet die Problemerkennung und die Erarbeitung von positiven Konfliktlösungsstrategien. Das heißt, sie bietet der Familie einen Rahmen und die Familie füllt den Rahmen mit Inhalten, die zur Lösung des Gesamtproblems führen. Nach den vereinbarten fünf systemischen, ressourcenorientierten Familiengesprächen entlässt die Sozialarbeiterin die Familie mit der Perspektive, ihr individuelles Problem eigenverantwortlich zu lösen.

Von der Erzieherin der Kita wird mit den Eltern B die Vereinbarung getroffen, mit ihnen die praktische Handhabung von Erziehung regelmäßig zu diskutieren. Zentrales Thema im Rahmen der Elterngespräche ist zum Beispiel: »Welche Grenzen braucht mein Kind und wie setzen wir als Eltern diese Grenzen im täglichen Leben.«

Zusammenfassend möchte ich am Ende dieser Präsentation sagen:

Der inhaltliche Schwerpunkt des Projektes »Aufbau eines sozialen Frühwarnsystems« ist, Familien mit Kindern im Alter von 0 – 10 Jahren, die unter sozialen Risiken leiden, frühstmöglich zu erreichen, um ihnen ressourcenorientierte niederschwellige Hilfe und Unterstützung anbieten.

Entwicklung eines »aktivierenden« Modells zur Früherkennung von Kindesvernachlässigung

Silvia Ramsel, Jochen Sack

Die Problematik der Kindesvernachlässigung kann, weil die (öffentliche) Wahrnehmung der Problematik häufig auf spektakuläre Einzelfälle beschränkt bleibt, nach wie vor als zu wenig beachtete, teilweise immer noch »vernachlässigte« Thematik gelten. Wichtig ist es daher – im Rahmen eines sozialen Frühwarnsystems – die Sensibilität gerade für eher »schwache Problemsignale« zu erhöhen, interpersonelle und interdisziplinäre Deutungskompetenzen zu erweitern und sowohl Fachkräfte als auch Kinder und Eltern als »Signalgeber« zu aktivieren und zu stärken. Vor diesem Hintergrund versteht es der Deutsche Kinderschutzbund (DKSB) als seine zentrale Aufgabe, ein umfassendes und differenziertes Verständnis für die Lebensrealitäten von Kindern, Jugendlichen und Familien zu befördern, das Vernachlässigung nicht in erster Linie als das Problem betroffener Kinder, Jugendlicher und Familien, sondern als gesamtgesellschaftliche Herausforderung zur Erhaltung bzw. Schaffung positiver Lebensbedingungen für junge Menschen und ihre Familien und einer kinder- und familienfreundlichen Umwelt begreift.

Entfaltet werden die Projektaktivitäten des DKSB Landesverbandes NRW e. V. im Rahmen des Projekts »Soziales Frühwarnsystem« – in Kooperation mit dem Ortsverband Essen und den vor Ort tätigen Einrichtungen und Diensten der Kinder- und Jugendhilfe und des Bildungs- und Gesundheitswesens – im Stadtkern von Essen, im und ausgehend vom Kinderhaus »Blauer Elefant« des DKSB Ortsverbandes Essen.

Die nachfolgenden Ausführungen werden sich schwerpunktmäßig mit den Fragen auseinandersetzen, warum ein soziales Frühwarnsystem für die Vernachlässigungsproblematik besonders wichtig ist, wie ein Kinderhaus Ort/Teil eines sozialen Frühwarnsystems werden kann und wodurch ein soziales Frühwarnsystem zum »System« wird.

Warum ist ein soziales Frühwarnsystem für die Vernachlässigungsproblematik besonders wichtig?

Vernachlässigung von Kindern ist sowohl von der Problematik – ihren Bedingungen, Erscheinungsformen und Auswirkungen – als auch von ihrer zahlenmäßigen Dimension her, ein für alle gesellschaftlichen Bereiche bedeutsames Thema.

Die Zahl der Kinder, die in Deutschland von Vernachlässigung betroffen sind, lässt sich nur schwer ermitteln. Schätzungen liegen bei einer Untergrenze von 50.000 Kindern, während die Zahlen nach oben hin zwischen 250.000 und 500.000 vernachlässigten Kindern schwanken. Diese Spanne in den Schätzungen verweist auf eine erhebliche Grauzone in der Einschätzung des Problems,

das sich als diffus, schleichend und für »Außenstehende« oft unsichtbar charakterisieren lässt. Im Vergleich mit anderen Erscheinungsformen von Gewalt, wie z. B. körperlichen Misshandlungen, ist Kindesvernachlässigung eine Form der Gewalt, die auf eher »leisen Sohlen« daherkommt. Gleichwohl belegt eine – im Rahmen des Forschungsprojekts »Kindeswohl zwischen Jugendhilfe und Justiz« – (zwischen 1996 und 1999) durchgeführte Fallhebung in Jugendämtern, dass die Gefährdungslage Vernachlässigung in nahezu zwei Dritteln (65,1 %) aller Fälle von (vermuteter) Kindeswohlgefährdung maßgeblich für die Einschaltung der Gerichte ist (IKK-Nachrichten 2/2001, S. 2).

Ein charakteristisches Kennzeichen im Leben vernachlässigter Kinder ist *Mangel*, d. h. eine nicht ausreichende Befriedigung ihrer körperlichen, seelischen, geistigen und sozialen Grundbedürfnisse. Die Lebensrealität vernachlässigter Kinder kann geprägt sein durch chronische Unter- oder Fehlernährung, unzulängliche Gesundheitsvorsorge und -fürsorge und Pflege, mangelnde kognitive und emotionale Anregung, Förderung und Zuwendung.

Vernachlässigung von Kindern ist...

Unzureichende(r)

Liebe und Akzeptanz

Betreuung

Ernährung

Pflege

Gesundheitsversorgung und -fürsorge

Schutz

Zuwendung

Anregung und Förderung

Schöne u.a. Kinder in Not Münster 1997

Die Folgen von Vernachlässigung sind *gravierend* – können insbesondere bei Kleinkindern bis zum Tod führen – und *nachhaltig*, d. h. sie beeinflussen die gesamte Entwicklung von Kindern. So lassen sich unterschiedlichste Entwicklungsstörungen und Verhaltensauffälligkeiten von Kindern, die im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe und im Gesundheits- und Bildungswesen festgestellt werden, oft auf frühe, nicht erkannte und bearbeitete Vernachlässigungssituationen zurückführen.

Da die Problematik jedoch kein klares »Ursache-Wirkung« bzw. »Wenn-dann« Schema aufweist, verlangt sie von den

Ein »aktivierendes« Modell zur Früherkennung von Kindesvernachlässigung

beteiligten Fachkräften sowohl Sensibilität in der Wahrnehmung von Auffälligkeiten und Entwicklungen als auch weitreichende Kompetenzen in der Klärung und Deutung von Situationen und Problemanzeigen. Was bedeutet es, wenn bei Schuleingangsuntersuchungen festgestellt wird, dass viele Kinder nicht rückwärts gehen können? (Wie lässt sich – allgemeiner formuliert – die steigende Tendenz von Defiziten in den Bereichen: Motorik/Koordination, Sprachentwicklung, Sozialverhalten beurteilen und welche Hinweise ergeben sich daraus für die Arbeit von Kindertageseinrichtungen?) Wie ist die Beobachtung einzuschätzen, dass (manche) Kinder auch im Winter nur mit Sandalen und T-Shirt bekleidet in die Kita/Schule kommen? (Sind Sandalen im Winter lediglich Ausdruck unangepassten Modebewusstseins oder signalisieren sie elterliches Desinteresses am Wohlergehen des Kindes oder sind sie Anzeichen einer Konzentration von Familien mit geringen finanziellen Ressourcen in einer Wohngegend/einem Stadtteil?) Welche Schlüsse lassen sich aus der Erfahrung ziehen, dass (zahlreiche) Eltern (bzw. Mütter/Väter) für ErzieherInnen/LehrerInnen kaum erreichbar und ansprechbar sind? (Kommt darin ein mangelndes Bewusstsein für Mitwirkungspflichten und –rechte zum Ausdruck oder gibt es Hemmschwellen/Ängste, die der Kommunikation zwischen ErzieherInnen/LehrerInnen und Eltern im Wege stehen?)

Auch und gerade weil die Einschätzung und Beurteilung von Kindesvernachlässigung (im Einzelfall) schwer sein kann, ist es sinnvoll, grundlegende – finanzielle/materielle, soziale, familiäre und persönliche Situationen bzw. Aspekte berücksichtigende – Risiko- bzw. Belastungsfaktoren zu betrachten, deren Vorhandensein bzw. Häufung die Wahrscheinlichkeit von entstehenden oder sich verfestigenden Vernachlässigungssituationen erhöht. So lässt sich – im Hinblick auf die Entstehungsbedingungen von Vernachlässigung und mögliche Problemdynamiken – zusammenfassend formulieren: »Je geringer die finanziellen und materiellen Ressourcen (Armut, Arbeitslosigkeit, Verschuldung, Obdachlosigkeit etc.) und je schwieriger das soziale Umfeld (soziale Isolation, Mangel an Hilfsangeboten, schwieriges Wohnumfeld, Schwellenängste gegenüber helfenden Instanzen etc.) und je desorganisierter die Familiensituation (Desintegration in der eigenen Familie, Alleinerziehen, Trennung/Scheidung der Eltern etc.) und je

belasteter und defizitärer die persönliche Situation der erziehenden Eltern (eigene Mangelenerfahrungen der Eltern, unerwünschte Schwangerschaft, mangelnde Leistungsfähigkeit, psychische und physische Überforderung, Behinderung der Eltern etc.) und je herausfordernder die Situation und das Verhalten des Kindes (Behinderung des Kindes, Krankheitsanfälligkeit des Kindes, schwieriges Sozialverhalten etc.), um so höher ist das Risiko, dass sich eine Vernachlässigungssituation für das Kind entwickelt.« (DKSB / ISA 2000, S. 27)

In die Wahrnehmung, Deutung und Bearbeitung von Problemkonstellationen sind jedoch zugleich – das legen die Ergebnisse der Resilienzforschung nahe – Faktoren mit einzubeziehen, die »Gegengewichte« zu Benachteiligungen und Belastungen bilden: sogenannte protektive – oder Schutzfaktoren. Dazu gehören u. a. – neben einem gesicherten sozioökonomischen Status der Familie und sozialen Förderangeboten und Unterstützungssystemen im Elementar-, Schul- und Freizeitbereich – die positive Beziehung des Kindes zu mindestens einem Elternteil oder einem anderen vertrauten Erwachsenen (Bindungstheorie) und eine starke Persönlichkeit des Kindes, die in einem positiven Selbstbild und sozialen Kompetenzen ihren Ausdruck findet. Nur eine gleichzeitige Betrachtung von Risiko- und Schutzfaktoren (sowohl auf der Einzelfallebene als auch über die Einzelfallebene hinausgehend) gewährleistet eine differenzierte Einschätzung der Vernachlässigungsproblematik und der notwendigen (sozial-räumlichen/gesellschaftlichen) Veränderungsbedarfe.

Vor dem Hintergrund der bisherigen Ausführungen wird auch deutlich, dass die angemessene Bearbeitung der Problematik der Kindesvernachlässigung einen Institutionen-übergreifenden und interdisziplinären Zugang voraussetzt: Gerade weil sie in verschiedenen Bereichen und Institutionen eher ausschnittthaft auftaucht und unterschiedliche institutionelle und professionelle Sichtweisen und Hilfsangebote häufig unverbunden nebeneinander existieren, kann das Hilfesystem selbst zum Risikofaktor werden. Folgen sind möglicherweise die Nicht-Inanspruchnahme von Hilfeleistungen bzw. der Abbruch von Hilfeprozessen.



Angebotsbausteine Kinderhaus »Blauer Elefant« Deutscher Kinderschutzbund OV Essen e.V.

Wie kann ein Kinderhaus Ort/Teil eines sozialen Frühwarnsystems werden?

Soll die Vernachlässigungsproblematik frühzeitig und ganzheitlich erkannt und bearbeitet werden, liegt es nahe, dort anzusetzen, wo die Mehrzahl aller Kinder und Eltern erreicht werden kann: in Kindertageseinrichtungen. Die Fachkräfte in Kindertageseinrichtungen sind häufig nicht nur die ersten, die Vernachlässigungssymptome wahrnehmen können, sondern sie sind vor allem diejenigen, die sie – entsprechende Qualifikationen vorausgesetzt – über einen längeren Zeitraum deuten und beurteilen und erste Handlungsschritte und ganzheitliche Strategien einleiten bzw. entwickeln können.

Dies gilt in besonderem Maße für »Kinderhäuser«, d. h. für Kindertageseinrichtungen, die durch die aufeinander abgestimmte Kombination verschiedener Angebotsbausteine Orte für Kinder, Eltern und Familien in nahezu allen Lebensphasen und Lebenslagen sind. Das Kinderhaus »Blauer Elefant« in Essen-Mitte vereinigt unter einem Dach, aufbauend auf einer dreigruppigen Kindertagesstätte und den Projekten »Lernen wie man lernt« und »Okay – power für kids«, Angebote für verschiedene Alters- und Zielgruppen und unterschiedlichste Förder-, Beratungs- und Betreuungsbedarfe (siehe Schaubild). Konzeptionelle Zielsetzung der Einrichtung ist es, ausgehend von den Rechten von Kindern, gemäß der UN-Kinderrechtskonvention, Bildungsprozesse im umfassenden Sinne zu ermöglichen.¹ Das Kinderhaus liegt im Stadtkern von Essen – einem Stadtteil, der beinahe wie der gesamte Essener Norden, insofern problematisch ist, als hier ein hoher Zusammenhang zwischen Kindheit/Kindern und Armut festzustellen ist. In einer Untersuchung zum »Lebensraum Ruhrgebiet« stellt der Bochumer Professor Klaus Peter Strohmeier mit Bezug auf Essen fest: »Die Stadtteile mit den höchsten Anteilen von Kindern (und Familien) an der Bevölkerung sind zugleich jene mit besonders hohen Armutsquoten, hoher Arbeitslosigkeit, hohen Anteilen von Allein erziehenden und besonders vielen Aussiedlern und Ausländern.« (Strohmeier 2002, S. 12) Darüber hinaus ist der Stadtkern von Essen vor allem Geschäfts- und Einkaufsviertel und nicht Wohngegend, d. h. die Wohnqualität ist eher schlecht und daraus resultierend die Identifikation mit dem Stadtteil eher gering.² Daraus ergeben sich besondere Anforderungen an die sozialräumlichen Arbeits- und Organisationsformen der sozialen Dienste und Einrichtungen im Stadtteil.

Als erster Projektbaustein im Rahmen des Projekts »Soziales Frühwarnsystem« wurde im Juni 2002 ein 3-tägiger Workshop zum Thema: »Kindesvernachlässigung – Möglichkeiten des frühzeitigen Erkennens, Beurteilens und Handelns in Kindertageseinrichtungen« durchgeführt. Teilnehmerinnen des Workshops waren alle MitarbeiterInnen des Kinderhauses »Blauer Elefant« und einige MitarbeiterInnen des kooperierenden Kinderzentrums »Weber-

markt« des DKSB OV Essen. Der Workshop bot daher neben der thematischen Erarbeitung der Vernachlässigungsproblematik zugleich Möglichkeiten der Team- und Organisationsentwicklung. Leitfragen der Veranstaltung waren:

- Wie kann mit ersten, diffusen Hinweisen einer entstehenden bzw. sich verfestigenden Vernachlässigungssituation umgegangen werden?
- Wie können betroffene Kinder und Eltern angesprochen, erreicht und aktiviert werden?
- Wie, wann und in welcher Form sind Kooperationspartner in die eigene Problemwahrnehmung und Problembearbeitung einzubeziehen?
- Wie können Strukturen geschaffen und ausgebaut werden, die geeignet sind, Rahmenbedingungen für eine »gelingende Kindheit« zu gewährleisten?

Die Ergebnisse dieser Veranstaltung – im Sinne eine ersten Bestandsaufnahme – lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- Die Lebensumstände vernachlässigter Kinder sind oft nur schwer einschätzbar (fehlende oder nur geringe Informationen über Familien- und Wohnsituation, über bereits bestehende und genutzte Hilfsangebote, über den Sozialraum).
- Eltern bzw. Elternteile in akut schwierigen Lebenssituationen, mit bereits vorhandenen Problemzuspitzungen und –bündelungen, sind häufig kaum ansprechbar (Rückzugstendenzen, Angst vor Stigmatisierung).
- Die Arbeitsansätze und –prinzipien möglicher Kooperationspartner sind zu wenig bekannt bzw. es bestehen Vorbehalte und Hemmschwellen (auch Datenschutzfragen), die ihre Einbeziehung (sei es im Einzelfall oder einzelfallübergreifend) erschweren.
- Die (einseitige) Fixierung auf Risikofaktoren und Defizite kann den Blick auf vorhandene bzw. zu stärkende Bewältigungskompetenzen (der Kinder, der Eltern, des sozialen Umfeldes) und mögliche Veränderungspotentiale verstellen.

Ausgehend von den Ergebnissen der Veranstaltung wurden Schlüsselprozesse für die **Qualitätsentwicklung** des Kinderhauses als Ort/Teil eines sozialen Frühwarnsystems erarbeitet.

SCHLÜSSELPROZESS 1: WEITERENTWICKLUNG DER WAHRNEHMUNGS- UND HANDLUNGSKOMPETENZEN DER FACHKRÄFTE.

Ziel dieses Schlüsselprozesses ist es, die Wahrnehmungs- und Handlungskompetenzen der Fachkräfte (sowohl einzelfallbezogen, als auch einzelfallübergreifend) zu erweitern und durch entsprechende Verfahren (Fallbesprechungen, kollegiale Beratung, Supervision) abzusichern.

¹ Der »Blaue Elefant« ist ein Gütesiegel des Deutschen Kinderschutzbundes.

² Im Laufe des Jahres 2003 wird der dritte Essener Kinderbericht mit dem Schwerpunktthema »Soziale Disparitäten in Essen«, mit aktuellen, kleinräumigen Daten zu allen Essener Stadtteilen erscheinen; in den Kinderbericht werden auch die Ergebnisse der Elternumfrage 2002: »Wohnen mit Kindern in Essen« einfließen.

Ein »aktivierendes« Modell zur Früherkennung von Kindesvernachlässigung

Entwickelt und erprobt wird in diesem Zusammenhang ein »Erste-Schritte-Manual«, das den zielgerichteten Umgang mit Beobachtungen und Informationen – auch unter datenschutzrechtlichen Gesichtspunkten – vorbereitet und strukturiert. Darüber hinaus zielt der Schlüsselprozess auf die Weiterentwicklung ressourcenorientierter und sozialräumlicher Beobachtungsverfahren und Arbeitsprinzipien.

SCHLÜSSELPROZESS 2: HERSTELLUNG »GUTER ARBEITSBÜNDNISSE« MIT ELTERN UND KINDERN UND FÖRDERUNG DER BETEILIGUNG IM ALLTAG.

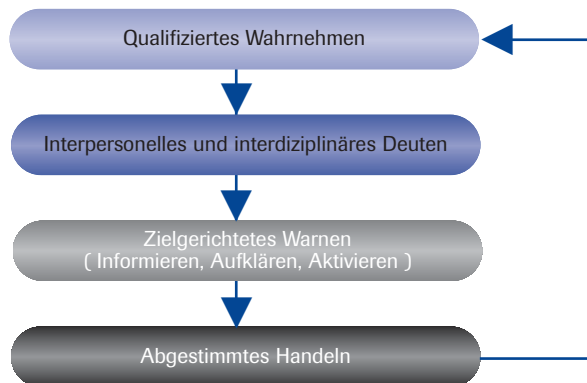
Ziel der mit diesem Schlüsselprozess verbundenen Qualitätsentwicklung ist es, das Kinderhaus zu einem Ort weiterzuentwickeln, an dem Kinder und Eltern »von Anfang an«, auf der Basis von Vertrauen und Transparenz, im umfassenden Sinne, d. h. eben nicht nur in akuten Problemsituationen und im Hinblick auf Defizite, begleitet werden. Dazu sollen verbindliche Kontrakte zwischen Fachkräften, Eltern und Kindern (Rechte bzw. Pflichten aller Beteiligten, gegenseitige Erwartungen etc.) ausgehandelt, Beratungsangebote (z. B. im Hinblick auf Gesundheits- und Ernährungsfragen) intensiviert und vorhandene Beteiligungsangebote ausgebaut bzw. neue eingeführt und erprobt werden (z. B. Stadtteilerkundungen). Des Weiteren soll die Bekanntheit des Kinderhauses als offene, niedrigschwellige Anlaufstelle (für alle Kinder im Stadtteil, für junge/werdende Eltern etc.) erhöht werden.³

SCHLÜSSELPROZESS 3: AUSBAU DER KOOPERATIONS- UND INFORMATIONSBASIS MIT FACHKRÄFTEN ANDERER INSTITUTIONEN IM VORFELD VON KRISEN.

Ziel des auf Vernetzung ausgerichteten Schlüsselprozesses ist es, die Schnittstellen⁴ zwischen dem Kinderhaus und den Einrichtungen/Diensten im Stadtteil im Vorfeld akuter Einzelfälle zu optimieren, d. h. durch regelmäßigen Austausch und gemeinsame Arbeitskreise und Fortbildungsveranstaltungen verbindliche und verlässliche Strukturen aufzubauen und – auch im Hinblick auf ihre Übertragbarkeit auf andere Kindertageseinrichtungen und Stadtteile – zu erproben (Abbau bestehender Kooperationshemmnisse und Informationsdefizite, Aufbau eines gemeinsamen »Infopools«, der die zielgerichtete, Schwellen- und Stigmatisierungängste reduzierende, Information und Beratung von Kindern und Eltern erleichtert).⁵

Wodurch wird ein soziales Frühwarnsystem zum System?

Qualifiziertes Wahrnehmen, interpersonelles und interdisziplinäres Deuten und zielgerichtetes Warnen (im Sinne von Informieren, Aufklären, Aktivieren) sind die aufeinander aufbauenden Grundbausteine für ein abgestimmtes Handeln, das über diese Grundbausteine zugleich reflektiert und weiterentwickelt werden kann.



Wirkungsweise eines sozialen Frühwarnsystems

Zusammenfassend lassen sich folgende, grundlegende Voraussetzungen für die Wirkungsweise eines sozialen Frühwarnsystems benennen:

- Wahrnehmen, Deuten, Warnen und Handeln sind aufeinander bezogene Schritte eines Gesamtprozesses, der nicht auf einzelne Momente verkürzt werden darf und der grundsätzlich auch nicht abschließbar ist. Notwendig ist vielmehr eine kontinuierliche, strukturell abgesicherte Qualitätsentwicklung.
- Die Wahrnehmungs- und Deutungsprozesse dürfen nicht nur auf (mögliche) Defizite und Probleme von Kindern, Eltern und Familien ausgerichtet sein, sondern müssen auch und vor allem ihre Stärken, Ressourcen und Kompetenzen und die für ihre Förderung notwendigen Strukturen berücksichtigen.
- Ein sozialräumlich ausgerichtetes Frühwarnsystem muss nicht nur die Einzelfallorientierung, sondern auch die Trennung/Abschottung von Professionen und Institutionen überwinden, d. h. es muss zum einen auf die Erweiterung der Wahrnehmungs-, Deutungs- und Handlungskompetenzen der Fachkräfte, an allen für die Entwicklung von Kindern bedeutsamen »sozialen Orten«, zum anderen auf die Verbesserung der Teilhabechancen von Kindern, Jugendlichen und Fa-

³ Der DKSB wirkt in der interdisziplinär besetzten Arbeitsgruppe »Kinder und Gesundheit« der Essener Gesundheitskonferenz mit.

⁴ Im Hinblick auf die Schnittstellen zwischen verschiedenen Einrichtungen/Diensten – und als Grundlage für eine möglichst alltagsnahe und konkrete Vernetzung – führen wir seit Dezember 2002 Interviews mit VertreterInnen der Kinder- und Jugendhilfe, des Gesundheitswesens und des Bildungswesens in Essen durch, um gemeinsame und unterschiedliche Wissensbestände und Erfahrungen im Hinblick auf die Vernachlässigungsproblematik und vorhandene und fehlende Kooperationsstrukturen im Stadtteil zu erforschen und zu dokumentieren.

⁵ Entwicklung und Übertragbarkeit des Modells werden durch die Zusammenarbeit mit dem Jugendamt der Stadt Essen gewährleistet, das im März 2003 eine Kooperationsempfehlung für die Zusammenarbeit von Kindertageseinrichtungen und Sozialen Diensten vorgelegt hat.

milien in belasteten, benachteiligten Lebenslagen ausgerichtet sein.

- Wenn ein soziales Frühwarnsystem als »Türöffner« den frühzeitigen Zugang zu Hilfen, Unterstützungs- und Förderangeboten garantieren soll, ist die »Ko-Produktion« zwischen Eltern, Kindern, Familien und Fachkräften von zentraler Bedeutung. Das bedeutet, Frühwarnsysteme basieren auf der konstruktiven Zusammenarbeit der Fachkräfte/Institutionen und der AdressatInnen. Notwendig sind daher Strukturen, die auf der Basis von Verlässlichkeit und Transparenz frühzeitige Arbeitsbündnisse zwischen den Beteiligten ermöglichen.
- Kindertageseinrichtungen können nur dann eine Schlüsselposition in einem sozialen Frühwarnsystem einnehmen, wenn sie fachlich (Qualifikation der Fachkräfte) und strukturell (personelle, finanzielle und sachliche Ausstattung) aufgewertet und weiterentwickelt werden. Dazu gehört auch der Ausbau der Angebote für unter-3-jährige⁶.

Praxisbausteine

Aus den im Rahmen des Projekts erarbeiteten und erprobten Konzepten und Methoden werden ein Fortbildungskonzept, ein »Erste-Schritte-Manual« und ein Reflexionsbogen für Kindertageseinrichtungen und ihre Kooperationspartner entwickelt:

Das **Fortbildungskonzept** besteht aus einem Grundbaustein und mehreren, je nach Bedarf kombinierbaren Ergänzungsbausteinen. Der für eine 2-3-tägige Fortbildung für komplette Teams von Kindertageseinrichtungen konzipierte Grundbaustein »Erkennen, Beurteilen, Handeln« verfolgt das Ziel – in Kleingruppenarbeit, Rollenspielen und ausführlichen Fallbesprechungen – Indikatoren für Vernachlässigung, Risiko- und Schutzfaktoren, die Rolle und Bedeutung des Helfersystems und Möglichkeiten der Aktivierung und Beteiligung von Kindern und Eltern – bezogen auf die »vor Ort« vorhandenen Strukturen und Bedarfe – zu erarbeiten. Die Ergänzungsbausteine behandeln die Themen: »Beobachten, Reflektieren, Dokumentieren«, »Kooperation und Vernetzung«, »Gesprächsführung«, »Stadtteilerkundungen«, »Partizipation« und »Kinderrechte«. Sie können auch für Teilteams bzw. einrichtungsübergreifend eingesetzt werden.

Das **»Erste-Schritte-Manual«** soll die Handlungssicherheit der Fachkräfte in Kindertageseinrichtungen im Umgang mit ersten Wahrnehmungen und bei der interpersonellen und interdisziplinären Absicherung dieser Wahrnehmungen (mit den betroffenen Kindern/Eltern, mit KollegInnen und (externen) Beratungsstellen, Sozialen Diensten, KinderärztInnen etc.) verbessern/erleichtern. Das Manual wird als »Lose-Blatt-Sammlung« gestaltet, um Ergänzungen und Aktualisierungen zu ermöglichen.

Der Reflexionsbogen – entwickelt aus den Ergebnissen der im Rahmen des Projekts »Soziales Frühwarnsystem« durchgeführten Expertinnen-Interviews – soll Kinderta-

geseinrichtungen eine erste (einrichtungs- und sozialraumbezogene) Bestandsaufnahme der Problemeinschätzungen, Wissensbestände, Handlungskompetenzen und -bedarfe bezogen auf die Vernachlässigungsproblematik ermöglichen. Auf der Grundlage der Arbeit mit dem Reflexionsbogen können mögliche Fortbildungs- und Kooperationsbedarfe sowie notwendige bzw. wünschenswerte Angebotsergänzungen bzw. -veränderungen spezifiziert und konkretisiert werden. Der Reflexionsbogen ist damit auch als Instrument zur Evaluation im Rahmen von Qualitätsentwicklungsprozessen geeignet.

⁶ Siehe hierzu auch die »Essener Erklärung zur Bildung, Erziehung und Betreuung von Kindern unter 3 Jahren«, verabschiedet auf der ersten Bundesfachtagung zu Bildung, Erziehung und Betreuung von Kindern unter 3 Jahren am 20. Sept. 2002 in Essen.

Literatur

Bundesarbeitsgemeinschaft der Kinderschutzzentren e. V. (Hrsg.) 2002: Fallverstehen und Diagnostik bei Kindesvernachlässigung. Köln

Deutscher Kinderschutzbund LV NRW e. V./ Institut für soziale Arbeit e. V. (Hrsg.) 2000: Kindesvernachlässigung: Erkennen, Beurteilen, Handeln. Münster/Wuppertal

Informationszentrum Kindesmisshandlung/Kindesvernachlässigung (IKK)/Deutsches Jugendinstitut (DJI) 2001: Schwerpunktthema: Kinder vor Vernachlässigung schützen, Heft 2. München

Opp, Günther u. a. (Hrsg.) 1999: Was Kinder stärkt. Erziehung zwischen Risiko und Resilienz. München

Schöne, Reinhold u. a. 1997: Kinder in Not. Vernachlässigung im frühen Kindesalter und Perspektiven Sozialer Arbeit. Votum Verl.: Münster

Strohmeier, Klaus Peter 2002: Lebensraum Ruhrgebiet. Handlungsansätze aus Sicht der Wissenschaft (Vortragsmanuskript zur Familienpolitischen Tagung des MFJFG des Landes NRW zum Thema: Partizipation in der Familienpolitik. Dialog am Lebensort von Familien. Dortmund)

Indikatoren zur Früherkennung von Gefahrenpotenzialen

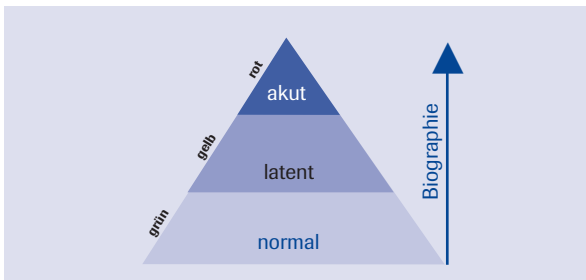
Entwicklung von Indikatoren zur Früherkennung von Gefahrenpotenzialen für Kinder im Sozialraum

Pia Cimolino & Manfred Heiler

vornetz – Ein sozialräumlich orientiertes Frühwarnkonzept

Das KJHG steht als gesetzliche Norm für eine offensive Jugendhilfe, die, im Idealfall, den Fall nicht zum Fall werden lässt.

Wir verfügen bereits in vielen Lebensbereichen über «Frühwarnsysteme», die rechtzeitiges Handeln zur Vermeidung größeren Übels ermöglichen sollen. Der Seismograph warnt vor Erdbeben, das Barometer vor Stürmen, der Rauchmelder weist auf die Gefahren eines Brandes hin. Gemeinsam ist diesen Frühwarnsystemen, dass sie Sensoren und Instrumentarien entwickelt haben, auf deren Grundlage es ihnen möglich ist, kritische Entwicklungen frühzeitig zu erkennen und rechtzeitig davor zu warnen.

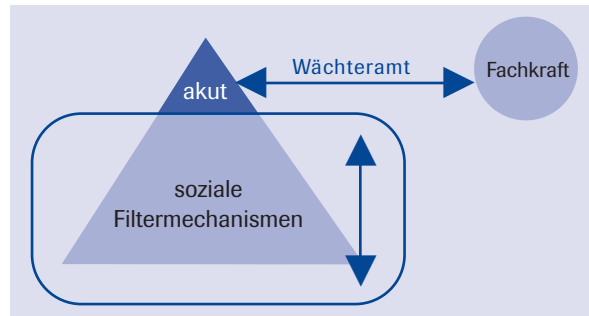


*Dramatische Entwicklung im Biographieverlauf
In welcher Phase wird der Fall zum Fall?*

Vermieden werden soll, mit Blick auf die sozialen Aufgabenstellungen, zukünftig nach Eintritt sozialer »Katastrophen« nicht mehr rückblickend – also passiv – auszuführen: »Das konnte man kommen sehen«, sondern aus einer aktiven Haltung heraus die »Fühler« auszustrecken, um Handlungsmöglichkeiten im Vorfeld von Gefahrensituationen zu entwickeln. Soziale Frühwarnsysteme sollen mit ihren »Fühlern« also nicht einfach ungünstige gesellschaftliche Situationen beschreiben, sondern frühzeitig Abweichungen vom »gesellschaftlichen Normalzustand« anzeigen. Für diesen Zweck wäre die Installierung eines Frühwarnsystems in einem Sozialen Brennpunkt ungeeignet, man könnte berechtigt die Frage stellen:

»Was nützt der oben angesprochene Rauchmelder, wenn die »Flammen im Brennpunkt« bereits lichterloh züngeln?«
Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland, Artikel 6:

- (1) Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutze der staatlichen Ordnung.
- (2) Pflege und Erziehung sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht. Über ihre Betätigung wacht die staatliche Gemeinschaft.



*Soziale Filtermechanismen
Grundrechte und eigene Bearbeitungskompetenz*

Legitime soziale Filter lassen den Einzelfall für einen ASD/RSD erst erkennbar werden, wenn seine soziale Umgebung sich abgearbeitet hat und/oder sich für nicht zuständig erklärt (Zugehörigkeit/Beheimatung) und/oder den Geheimhaltungs-/Schutzkodex nach eigener Entscheidung unter Abwägung eigener Wertmaßstäbe aufhebt.

Öffentliche soziale Dienste werden bei diesen Dramen nur zum »letzten Akt« geladen, häufig zur Wahrung des staatlichen Wächteramtes.

Andererseits: Der Sozialraum verfügt über früh wahrnehmende Sensoren für »dramatische« soziale Entwicklungen, die unmittelbar Einfluss auf die kindliche Entwicklung und damit auf kindliche Biographien nehmen (Gewalterleben, individuelle Ausgrenzung, Spielraumvernichtung...).



Vorbeugung
Vorsicht
Voraussicht
Vorsorge
Vorsorgenetzwerk
Soziale Netze

Assoziation zur Identität des Projektes

Das Konzept des lokalen Projektes postuliert eine sozialräumliche Ausrichtung des Handelns.

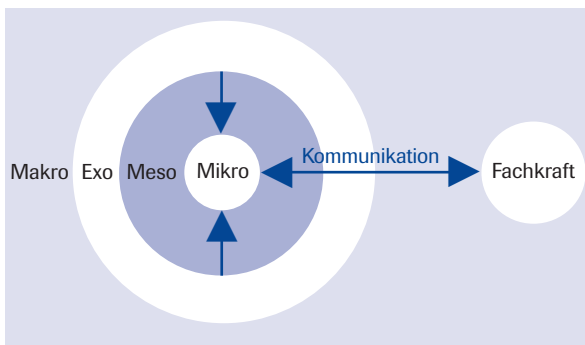
Es erschien den Projektverantwortlichen problematisch, sich auf dem Weg in den sozialen Raum dort mit dem Namen »Frühwarnsystem« anzukündigen. Sicher berechtigt

wäre daraufhin die von dort zu erwartende Frage: » Wer warnt hier wen – wovon und warum?«

Der Name »vornetz« dient jedoch nicht als marketinggerechte Tarnkappe, sondern möchte den folgenden Leitsätzen entsprechen:

1. Das Projekt soll dem Gebot der sozialen Vorsicht entsprechen und, so weit als möglich, eine Voraussicht auf gesellschaftliche Ereignisse zulassen.
2. Die Erkenntnisse des Projektes sollen die sozialen Fachkräfte in die Lage versetzen, Vorsorge und Vorbeugung für die Menschen annehmbarer zu machen und gezielt zu entwickeln.
3. Die (vorhandenen) Ressourcen Sozialer Netze sollen optimiert und Vorsorgenetzwerke entwickelt werden.

Die Gedanken an Vorsicht, Voraussicht, Vorsorge, Vorbeugung, Soziale Netze und Vorsorgenetzwerke begründen im Kunstwort »vornetz« den Namen und damit die Identität des Projektes.



*Feststellung eines Hilfebedarfs durch die Fachkraft
Vereinfachte Darstellung der Kommunikation im sozialen System*

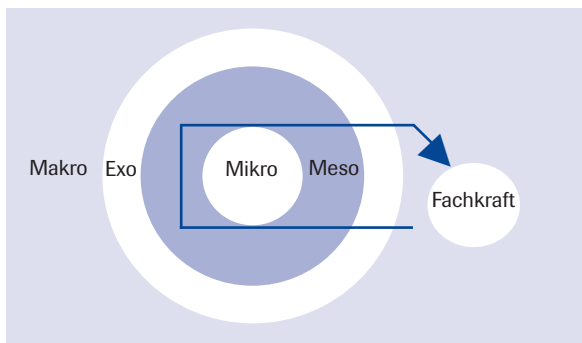
Unterlegt mit einer schematischen Darstellung systemischer Ebenen nach U. Bronfenbrenner lässt sich das herkömmlichen Kommunikationsmuster öffentlicher Sozialdienste simplifiziert gut sichtbar darstellen:

Wird die »rote Spitze« der dramatisch verlaufenen Biographie aus dem Mikrosystem (Familie) heraus erkennbar (Abb.2), zwingt die Gesetzesnorm das Jugendamt/die Sozialdienste zur Intervention. Ziel ist dabei zuvörderst die Unterbreitung eines geeigneten Hilfeangebotes an die Familie. Oftmals kommen Hilfeangebote zu spät. Die ökonomischen Folgen für die Träger der Jugendhilfe, die sozialökologischen Folgen für die Familie und das einzelne Kind sind bekannt, oder wäre hier – je nach Perspektive – das Adjektiv »berüchtigt« angemessener?

Fachkräfte der sozialen Arbeit beziehen in diesem Modell die für ihre Arbeit erforderlichen Daten bezüglich der systemischen Mesoumgebung (Schule, Kindergarten, Peer-groups, Cliques...) aus dem Einzelfall, und – systemisch betrachtet – quasi »quasi« durch den Einzelfall hindurch.

Sozialräumliche Handlungskompetenz wird im Rahmen der Einzelfallorientierung durchaus erworben – im Laufe einer lange andauernden Tätigkeit, gefiltert durch viele Einzelfälle – jedoch geht sie spätestens mit dem Ausscheiden aus

dem Dienst verloren, sie ist i.d.R. nicht dokumentiert, schwer zu pflegen und entbehrt der Allgemeingültigkeit.



Präventive Kommunikation im sozialen System unabhängig von der Feststellung eines Hilfebedarfs

Nicht als Alternative, sondern als Ergänzungsmöglichkeit zur dargestellten Kommunikationsstruktur des Einzelfalls, bietet es sich an, Strukturen zu entwickeln, die es der Fachkraft des sozialen Dienstes ermöglichen, die Mesosysteme eines zuvor definierten Sozialraumes strukturiert und ganzheitlich zu kommunizieren; Prinzipiell unabhängig vom Einzelfall. Das Projekt »vornetz« setzt an genau dieser Stelle an.

Es sollen handhabbare Instrumente zur Verfügung gestellt werden, die es ermöglichen, quantitative und qualitative Daten zu erheben, diese geeignet in Beziehung zueinander zu setzen, und somit strukturiert, umfassende Kenntnisse über Sozialräume zu erhalten.

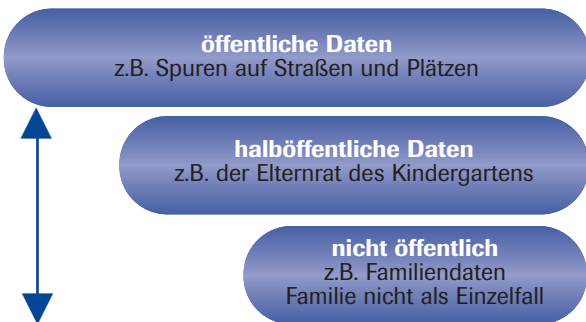
Ziel dieses Vorgehens ist es, frühe Erkenntnisse über dynamische Prozesse in kritisch abgegrenzten Räumen sozialen Lebensalltags zu gewinnen, um dort – eine Ebene unterhalb der gesetzlich normierten Hilfen zur Erziehung – lösungsorientierte Beratungsleistungen einzubringen. Es ist nicht das Ziel, zum guten Schluss doch wieder den Einzelfall zu finden. Signale aus dem Sozialraum sollen wahrnehmbar werden, sie warnen die sozialen Dienste frühzeitig und fordern adäquates Handeln ein.

Die zusätzlich anfallende Arbeit für die Fachkräfte führt zu den häufigsten Einwänden. Erste Erfahrungen in der Übertragung der Projekttechnologie lassen allerdings erkennen, dass sich auf Seiten der beteiligten Fachkräfte, angesichts der erworbenen Erkenntnisse, bilanzierend zumindest ein Gefühl der Balance, eher des Profits, einstellt. Prinzipiell ist »vornetz« darauf ausgerichtet, Daten auf der öffentlichen Ebene zu erheben. Im Rahmen des »Masterprojektes« im Quartier Heckersberg werden allerdings in der Datenerhebung eine »halböffentliche« und eine »nicht öffentliche« Ebene eingezogen, die exemplarisch eine »Zoomfunktion« bis auf die hypothetische Einzelfallebene bieten sollen.

Die für die Erhebungsinstrumente im öffentlichen Raum notwendige Entwicklungsphase ist so weit abgeschlossen, dass im Kreis Siegen-Wittgenstein die Projektverantwortlichen aktuell damit beginnen, das Modell auf der ersten Ebene auf weitere, eigene Standorte zu übertragen. Erste Erkenntnisse aus der Übertragung bestätigen

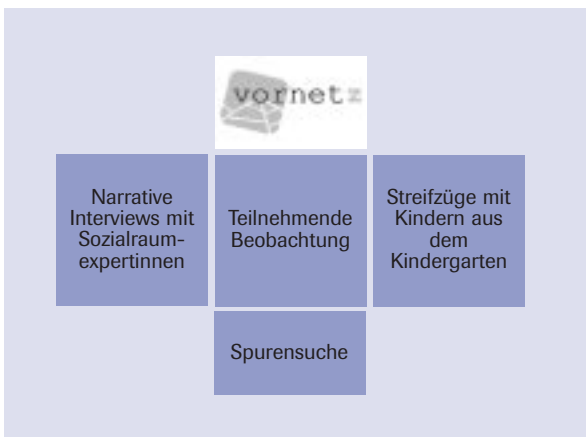
Indikatoren zur Früherkennung von Gefahrenpotenzialen

den Nutzen und die Anwendbarkeit der Instrumente in der Praxis der Sozialen Dienste.



Erhebungsdesign

Als Basis des Projektes wurde ein großstadtnahes Quartier, gelegen in einem Stadtteil von Netphen, ausgewählt. Die junge Stadt Netphen hat ca. 25.000 EinwohnerInnen, davon leben ca. 5.200 im Stadtteil, davon ca. 1.500 im Wohnquartier Heckersberg und davon leben ca. 800 Menschen in so genannter verdichteter Wohnbebauung. Das Quartier ist für das Modellprojekt ausgewählt worden, weil es eine exemplarische Mischung von Einheimischen und Zugezogenen, von AusländerInnen, AussiedlerInnen, AsylbewerberInnen, Flüchtlingen, und von verschiedenen Wohnformen, vom Einfamilienhaus bis zum



vornetz – Horizontaler Zugang in den Sozialraum Qualitativer Zugang

Hochhaus aufweist. Der Handlungsort ist kein ausgewiesener Brennpunkt.

Zunächst war eine Schlüsselfrage zu beantworten: Ist das beschriebene Quartier gleichzeitig ein homogener Sozialraum? Oder: Ist »Heckersberg« gleich »Heckersberg«? Auf der Suche nach Methoden zur Wahrnehmung von »virtuellen Grenzlinien« im Handlungsfeld des Projektes wurde daher zunächst ein breit (horizontal) angelegter Zugang gewählt. Neben den quantitativen Eckdaten kamen ausschließlich qualitative Methoden zum Einsatz. Die Spurensuche wirkte für sich und im Zusammenhang bereits vertiefend (vertikal), es erscheint jedoch wahrscheinlich, dass dieser Wirkung Grundsätzlichkeit zugesprochen

werden kann. Die zunächst »virtuellen Grenzlinien« Jugendlicher zeigten sich hier in erstaunlicher Klarheit.

Der horizontale Zugang diente dazu, eine breite und zunächst gestreut angelegte, qualitative Datenbasis zu erhalten, die es ermöglichen sollte, Methoden zu finden, die es den Fachkräften Sozialer Dienste ermöglicht, in ihren vorgegebenen Handlungsräumen klarere Grenzen um kritische Sozialräume zu ziehen. Woran ist früh zu erkennen, ob ein Quartier sozial ins Wanken gerät? Was sind die Indikatoren?

Narrative Interviews mit ausgewählten Sozialraumexpert/innen sollten für erste Impulse sorgen. Befragt wurden z.B. die Gemeindepädagogin einer Kirchengemeinde, die Bezirkssozialarbeiterin, die Kindergartenleitung, der Leiter der örtlichen Jugendfreizeitstätte, ein Bezirkspolizist.

Streifzüge mit Kindergartenkindern vermittelten erste Eindrücke von Spielräumen formeller und informeller Art, von Angsträumen und »Nichträumen«. Letzteres meint Räume, die für die Kinder subjektiv als Spiel- und Erlebnisraum keine Bedeutung haben.



vornetz – Ein Schlüsselbild gesehen im Rahmen einer teilnehmenden Beobachtung

Teilnehmende Beobachtungen erfolgten z.B. im Rahmen von Veranstaltungen des Kindergartens. Als besonders hilfreich erwies sich hier eine Einladung zum Sommerfest der Einrichtung. Vornetz konnte den Eltern vorgestellt werden, erste Gespräche förderten die Akzeptanz, und die Videoaufzeichnungen einer Malaktion mit Straßenkreide lieferte den entscheidenden Impuls zu einer ausdifferenzierten »Spurensuche« im Stadtteil. Wer sind die »Heckys«?

Die Auswertung der narrativen Interviews mit ausgewählten Sozialraumexpertinnen führte zu der Erkenntnis, dass die Interviewten nur über geringe unmittelbare Erfahrungen aus dem Sozialraum verfügten. Der Großteil der Mitteilungen beruhte auf mittelbaren Erkenntnissen. Die höchst qualifizierte Bezirkssozialarbeiterin hatte von den

»Hecky's«, die allorts deutliche Spuren hinterlassen hatten, noch nie etwas gehört. Wohl gemerkt: Das hat die Ursache nicht in der fachlichen Qualität ihrer Arbeit, sondern darin, dass sich ihr professionelles Handeln – auftragsgemäß – am Einzelfall orientiert. Sie fährt mit dem Auto bis zur Haustür, arbeitet mit einer Familie, steigt wieder ins Auto, fährt ab.

Für die ProjektmitarbeiterInnen leitete sich daraus ab, dass die persönliche Erkundung zu Fuß und in der Beobachtungsstrategie detailverliebt zu erfolgen habe. Es sollte eine strukturierte Suche nach Spuren der »Hecky's«, anderen Cliques, informellen Treffpunkten und Spielplätzen werden. Die Spuren wurden in Digital-Video aufgezeichnet. Das ermöglicht auch in der Nachschau eine Gesamtübersicht, und ermöglicht den digitalen Auszug von Einzelbildern in hinreichender Qualität.

Die Kartierung der aufgefundenen Graffiti, Tags und Scratches zeigte ein deutliches Aneignungsverhalten der »Hecky's« einerseits, und ein deutliches Abgrenzungsverhalten nicht identifizierter Cliques außerhalb des Quartiers »Heckersberg«. Die zunächst »virtuellen Grenzen« werden im Verlauf der Kartierung sehr präzise sichtbar.

Bedeutende Erkenntnisse aus der kollegialen Triangulation:

- Eigentlich kommt ein Frühwarnsystem schon zu spät, denn obwohl sich die »Hecky's« vornehmlich auf Dingen verewigt haben, die durch sie keinem Eigentümer im Quartier zugeordnet werden können, z.B. Müllbehälter, Transformatorenhäuschen, Schaltkästen der Telekom etc., so muss der Tatbestand der Sachbeschädigung als erfüllt gesehen werden.
- Sachbeschädigung ist eine Form der Gewalt.
- Der für den Bezirk zuständigen Fachkraft waren die »Hecky's« aus der am Einzelfall orientierten Arbeit heraus noch nicht bekannt, ein »Wächterauftrag« wurde aus dem Sozialraum heraus noch nicht formuliert. Ergo können die Erkenntnisse als »frühe Warnung« gelten.
- Der Schriftzug »Hecky's« ist eine besitzanzeigende Schreibweise. Während die orthografische Kompetenz der Spurenleger nicht immer brilliant erscheint, wird diese Schreibweise konsequent beibehalten.
- Die Abgrenzungsmarkierungen der Cliques aus anderen Quartieren im Stadtteil zeigen sich gekoppelt mit wertenden Aussagen unterschiedlicher Grade: »Grüße an alle vom Hecky«, »Fuck the Heckys«, »Kill all Hecky's«. Je wohlständiger das benachbarte Quartier, desto massiver die Abgrenzung.
- In dem Schlüsselbild von Lukas steckt mehr als ein Hinweis auf die »Hecky's«: Lukas identifiziert sich mit der Clique. Bietet sie ihm ein Stück Heimat?

Ein »Fundstück« auf dem Gelände der Hauptschule (markiert in der Grafik »Abgrenzungen«) führt uns zu der Einsicht, dass das Suchen von Spuren im Erwerb sozialräumlicher Kompetenz wohl unersetzlich ist.

Alleine das Auffinden, Kartieren und Deuten von Spuren, die Jugendliche in und um ein Quartier hinterlassen, ist möglicherweise nicht hinreichend für die Grenzziehung um einen kritischen Sozialraum. Sollte die Spurensuche Indikatoren für eine »soziale Frühwarnung« liefern, so wäre die Definition von Schwellenwerten (Ab welchem Wert



vornetz – Das Quartier als Revier, Abneigungen



vornetz – Abgrenzungsmarkierungen, gesehen bei der Spurensuche

wird den sozialen Fachkräften eine Warnung übermittelt?) ein noch zu klärender Vorgang.

Zum Abgleich der erhobenen qualitativen Daten aus der Spurensuche stellte sich die Frage, welche quantitativen öffentlichen Daten geeignet sein könnten, Fakten, Hypothesen und Prognosen über die soziale Verortung eines Quartiers im Stadtteil zu stellen. Die zu erhebenden Daten sollten dabei eine vertikale (also vertiefende) Wirkung in der Triangulation mit den vorliegenden qualitativen Daten entwickeln. Als geeignet haben sich hier mehrere öffentliche Datenquellen erwiesen: Die örtlichen Bodenrichtwerte des Gutachterausschusses des Landes NRW und die örtlichen Daten zur Bundestagswahl 2002. Ergänzend wurde eine Nadelmethode zu sozialräumlichen Ereignissen, Schlüsselpersonen unter Einbeziehung nicht öffentlicher Vergleichsdaten der Jugendhilfe, in Beziehung gesetzt.

Indikatoren zur Früherkennung von Gefahrenpotenzialen

Bodenrichtwerte

Die Bodenrichtwerte werden in harter Währung ausgewiesen. Die einzelnen Werte zu den ausgewählten Gebieten werden durch die Gutachterausschüsse des Landes festgesetzt. Die Festsetzung erfolgt auf der Grundlage der jeweiligen Kaufpreise für den Quadratmeter Boden im örtlichen Handelsverkehr von Immobilien im Geschäftsjahr. Die Kaufpreise werden durch die Notare an die Geschäftsstelle des Gutachterausschusses gemeldet. Die Notare sind zu dieser Meldung verpflichtet. Neben den »vom Markt geschriebenen« quantitativen Aussagen fließen gutachtlich auch qualitative Daten in die Wertermittlung ein (Nachbarschaften, ästhetische Beurteilungsaspekte etc.).

Der Gedanke, die Bodenrichtwerte als Sensor in die Technologie eines Sozialen Frühwarnsystems zu integrieren, hat sich aus der Feststellung heraus entwickelt, dass auf Geheiß des Landes die örtliche Dichte der Wertermittlungsbereiche zu erhöhen ist, um eine präzisere Beurteilung des Immobilien- und Bodenangebotes zu ermöglichen.

Für den Sozialraum, den »vornetz« zunächst in den Blick genommen hat, ist festzustellen, dass die Bodenrichtwertdichte dort in den vergangenen Jahren in ihrer Zahl eine Verdreifachung erfahren haben. Für den Bereich der verdichteten Wohnbebauung in diesem Raum bedeutet das im Resultat eine deutliche Abwertung:

Während Anfang der 90er Jahre für den gesamten Heckersberg ein einziger Wert ausgewiesen wurde, kam in 1997 ein zweiter Wert und 2000 ein dritter Wert hinzu.

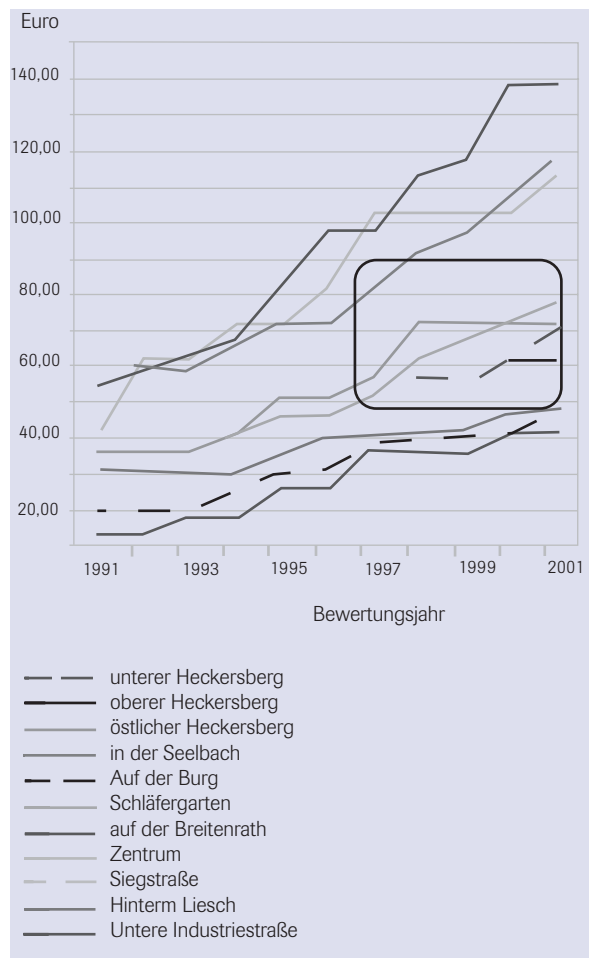
Der zweite Wert wurde im Zusammenhang mit einem neuen Baugebiet ausgewiesen, der dritte Wert wurde durch den Gutachterausschuss gezielt angelegt, um den verdichteten Wohnbereich am oberen Heckersberg abwertend ins Verhältnis zu den beiden anderen Werten zu setzen und damit ein präziseres Marktprofil des Wohnquartiers darzustellen.

Trianguliert mit den Markierungen, die in der strukturierten Begehung dokumentiert werden konnten, lassen sich folgende Feststellungen präsentieren:

- Die Aneignungsmarkierungen der »Heckys« und der Bereich des abgesenkten Bodenrichtwertes stimmen überein.
- Die massivsten Abgrenzungsmarkierungen finden sich in der Abgrenzung zu den höchstbewerteten Wohngebieten des Stadtteils (»Kill the Heckys«).
- Nette Grüsse (Edding auf Parkbank etc.) werden aus dem benachbarten, etwas entfernter liegenden, Quartier übermittelt. Der Bodenrichtwert dieses Quartiers landet im Ranking der Bodenrichtwerte des gesamten Stadtteils gleichfalls auf den »Abstiegsrängen«. Stille Solidarität.



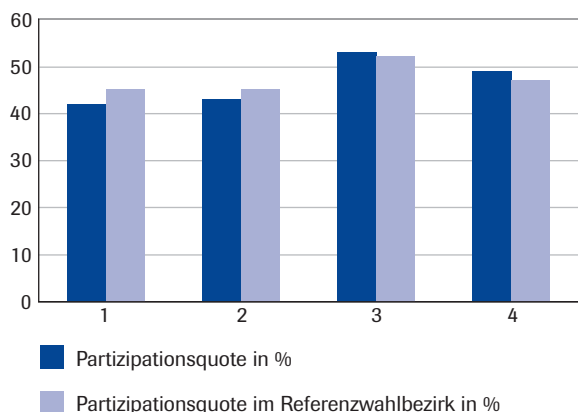
vornetz – Bodenrichtwertkartevornetz –



Bodenrichtwertentwicklung

Partizipationsquote

Wie viele Bewohner/innen beteiligen sich in den Quartieren an demokratischen Willensbildungsprozessen? Manche Menschen üben ihr Wahlrecht nicht aus, andere dürfen sich nach geltendem Recht nicht beteiligen, weil sie



Demokratische Partizipationskurve

z.B. minderjährig oder nicht deutsch sind. Die Grafik zeigt die Ergebnisse der kumulativen Zusammenfassung nach abgegrenzten Quartieren im Stadtteil (orange) im Verhältnis zum gesamten Wahlbezirk als Referenz (blau). Das kritische Quartier am oberen Heckersberg (2) zeigt gegenüber den drei Vergleichsquartieren im Partizipationsquotienten eine signifikante Abweichung nach unten (Pfeil).

Nadelmethode

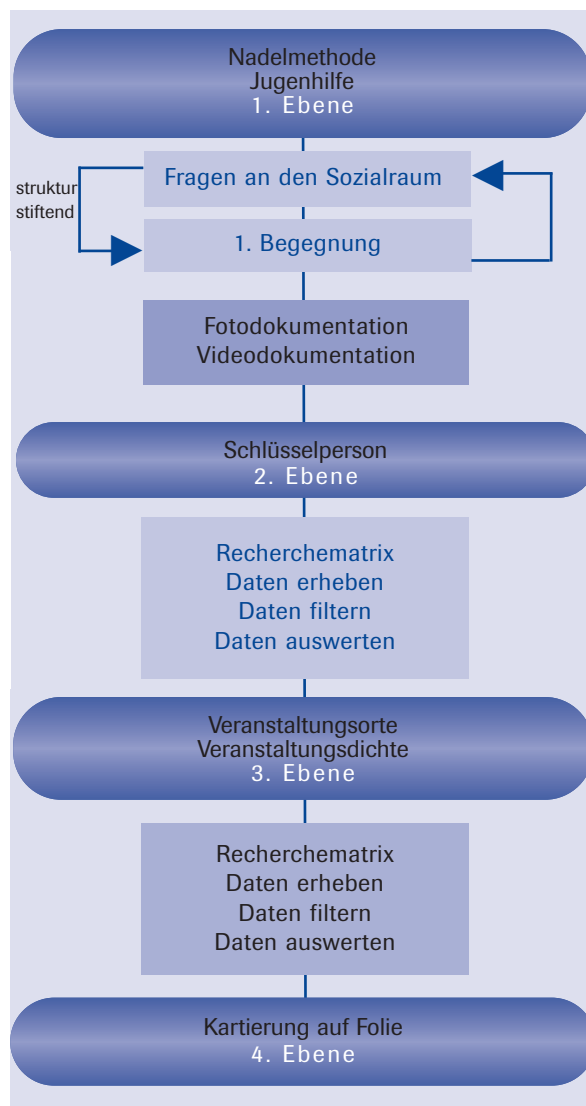
Genadelt wurde auf der Deutschen Grundkarte 1:25.000 (DG 25), Recherchearbeit bezüglich der Schlüsselpersonen und der Veranstaltungsorte (sozialer Ereignisse) wurde über das Internet, lokale Veranstaltungsmagazine, Eigenveröffentlichungen der Vereine geleistet. Soziale Schlüsselpersonen sind u.a. Ratsmitglieder, Vereinsvorsstände, Schiedsleute, sachkundige BürgerInnen in Ausschüssen.

Kurzes Fazit

Die Triangulation der Partizipationsquote und der Bodennichtwerte mit Erkenntnissen aus der Nadelmethode, der abschließenden Kartierung unter Einbeziehung der qualitativen Daten aus der Spurensuche führt zu einer Vielzahl von Erkenntnissen. An dieser Stelle nur noch die wichtigsten:

Die Kinder und Jugendlichen haben mit ihren Markierungen Grenzen aufgezeigt, die für die Projektmitwirkenden fortan nicht mehr »virtuell« sind.

Die Grenzziehungen sind konform zu den Erkenntnissen aus der quantitativen Datenlage: Das Quartier wird durch das Umfeld marginalisiert und befindet sich in einer kritischen Phase sozialer Balance.



Nadelmethode Ereignisse und Schlüsselpersonen

Trends in der aktuellen Erkenntnislage des Projektes lassen die Hypothese zu, dass die Bewohner/innen eines ersten analysierten Sozialraumes zum einen nicht an den kulturell gewachsenen Unterstützungssystemen des ländlichen Raumes partizipieren, zum anderen keine erkennbare Parallelkultur, als informelles Unterstützungsnetzwerk im Quartier, entwickeln konnten.

Wir sind früh gewarnt. Vielen Dank für Ihr Interesse.

Podiumsdiskussion: Wahrnehmung in planvolles Handeln umsetzen

Podiumsdiskussion: Geschärfte Wahrnehmungen in planvolles Handeln umsetzen - Folgerungen für Praxis und Politik

Angelika Diller, Dr. Albert Harms, Richard Isselhorst, Dr. Erwin Jordan, Klaus Schäfer

Jordan: Ich möchte kurz unsere Abschlussrunde vorstellen. Zuerst möchte ich Frau Angelika Diller vom Bundesverband der Arbeiterwohlfahrt begrüßen. Neben mir steht Herr Dr. Harms vom Ministerium für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie des Landes Nordrhein-Westfalen. Herr Harms ist Leiter der Abteilung Familie und Senioren. Ich begrüße dann weiter in unserer Runde Herrn Richard Isselhorst, Leiter der Verwaltung des Jugendamtes der Landeshauptstadt Düsseldorf und für uns in dieser Runde hier für den Städtetag NRW. Dann können wir in der Runde Herrn Klaus Schäfer vom Ministerium für Schule, Jugend und Kinder des Landes Nordrhein-Westfalen begrüßen. Herr Schäfer ist dort Leiter der Abteilung Kinder und Jugend. Sabine Wagenblass und ich werden die Moderation übernehmen. Wir haben mit den Beteiligten in der Runde folgendes Prozedere verabredet: Jeder der Beteiligten hat die Möglichkeit, ein Statement zum Thema dieser Veranstaltung abzugeben. Die meisten der hier Anwesenden haben ja auch den Tag über die Diskussion in den Arbeitsgruppen mit verfolgen können und können also auch ihre unmittelbaren Eindrücke des heutigen Tages mit einfließen lassen. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Plenums haben dann die Möglichkeit, direkt Fragen an das Podium zu stellen, aber auch allgemeine Meinungsäußerungen zum Thema zu machen. Dazu gibt es ein Saalmikrofon. Ich würde anregen, dass wir in der Reihenfolge des Alphabetes auch beginnen und möchte Frau Diller zuerst das Wort geben.

Diller: Mein Name ist Angelika Diller. Ich bin Fachreferentin für das Arbeitsfeld Tageseinrichtungen für Kinder und Projektleiterin für die Umsetzung der AWO-IS-Studien »Armut von Kindern«. Entsprechend meiner fachlichen Zuständigkeiten habe ich meinen Beitrag aus der Perspektive des Arbeitsfeldes »Tageseinrichtungen für Kinder« aufgebaut.

1. These: Die MitarbeiterInnen brauchen ein professionelles Profil, das sie befähigt, die unterschiedlichen Dimensionen des Alltagshandelns gezielt wahrzunehmen, zu reflektieren und zu entschlüsseln.

Die täglichen Kontakte, Erfahrungen und Beziehungen erzeugen eine Fülle von Informationen. Die gezielte Wahrnehmung und die Verarbeitung der Informationen sind abhängig vom professionellen Selbstverständnis und vom theoretischen Bezugsrahmen, in denen Alltagshandeln gesetzt und interpretiert wird.

Aus der Perspektive des Einstiegsvortrages von Frau Wagenblass ist das die professionelle Variante des »Ampelsystems.« Dieses schaltet nach einer präzise eingestellten Programmierung. Die Programmierung für die MitarbeiterInnen in den Tageseinrichtungen erfolgt aufgrund ihrer

Ausbildung und des Auftrages. Ausbildung und Auftrag der Kitas sind primär pädagogisch ausgerichtet, orientiert an der sogenannten »Normalentwicklung« von Kindern – im Unterschied z. B. zu dem Auftrag der Erziehungsberatungsstellen.

In der Konsequenz bedeutet dies, ErzieherInnen brauchen zusätzliche Qualifikationen und Unterstützungen, die sie in die Lage versetzen, frühzeitig und kompetent problematische Entwicklungen bei Kindern zu erkennen.

2. These: Die Einrichtungen brauchen Kommunikationsstrukturen und Zuständigkeiten, die das weitere Verfahren sicherstellen.

Gehen wir davon aus, die Erzieherin stellt einen weiterführenden Hilfebedarf fest. Das weitere Vorgehen bedarf einer inhaltlichen und formalen Klärung:

Kann dieses Problem mit den Kompetenzen der Einrichtungen bearbeitet werden?

Müssen andere Dienste mit eingebunden werden?

Wer trifft die Entscheidung über das weitere Vorgehen?

Wer ist für die Umsetzung zuständig?

Dafür brauchen die Einrichtungen ein beschriebenes Verfahren, in dem Zuständigkeiten und Kommunikationswege festgelegt sind.

3. These: Die Kooperation mit einer anderen Institution bedarf klarer Regeln und Zuständigkeiten.

In der Praxis gibt es sehr unterschiedliche Ausgangslagen.

Variante 1:

Das Problem wird gemeinsam zwischen Kita und einer anderen Institution bearbeitet. Die Kita nimmt die Leistungen einer anderen Institution als Unterstützung und Ergänzung ihres eigenen Angebotes in Anspruch, z. B. als Sprachförderangebot, als zusätzliches Beratungsangebot für Eltern.

Variante 2:

Es geht um eine Krisen- und Gefährdungssituation, in denen das Jugendamt seiner gesetzlichen Verpflichtung zur Sicherung des Kindeswohls nachkommen muss. Das heißt, es gibt eine strukturelle Nähe zwischen Leistung und Eingriff. Das bedeutet, im Falle eines Eingriffes ist es die Verpflichtung des Jugendamtes, seine Funktion transparent zu machen und auch die weitere Kooperation zu klären (§ 42 SGB VIII). In diesen Fällen ist es wichtig, dass die Mitarbeiterinnen über das weitere Vorgehen informiert werden, z. B. wenn das Jugendamt den Erziehungsberechtigten das Personensorgerecht entzieht. Darüber hinaus muss ein gemeinsames Vorgehen im Sinne eines Hilfeplanes verabredet werden.

4. These: Die Information und das Einbeziehen der Eltern muss geklärt werden.

Im Interesse des Kindes und aufgrund der rechtlichen Vorgaben ist – in der Regel – das frühzeitige Einbeziehen der Eltern erforderlich.

Das kann eine sehr brisante Aufgabe sein, für die eine hohe professionelle Kompetenz erforderlich ist. Die Einrichtungen müssen klären, wer diese Aufgabe übernimmt und nach welchen professionellen Kriterien und Zielvorgaben die Zusammenarbeit mit den Eltern gestaltet wird.

5. These: Der Träger hat die Verantwortung für die Implementation verlässlicher Kommunikationsstrukturen.

Die MitarbeiterInnen in den Einrichtungen verfügen über ein breites Erfahrungswissen, aus dem wichtige Schlussfolgerungen gezogen werden können für die weitere fachliche und jugendhilfepolitische Gestaltung der Arbeit. Erforderlich ist eine geeignete Kommunikationsstruktur zwischen Einrichtungen und Trägern, damit die Erfahrungen und Einschätzungen von Trägern ausgewertet werden können.

Bei größeren Trägern wäre das Aufgabe der Fachberatung, diesen Prozess zu organisieren.

6. These: Der Träger hat die Verantwortung für die Ressourcen.

Der Träger hat die juristische Verantwortung und seine Aufgabe ist die Sicherstellung der Rahmenbedingungen und Ressourcen.

Mit Blick darauf, dass Rahmenbedingungen von öffentlichen Förderbedingungen abhängig sind, ist hier die Schnittstelle zur Landes- und Kommunalpolitik.

Darüber hinaus hat der Träger folgende Aufgaben:

1. Der Träger kann und sollte die Synergieeffekte zwischen den Diensten herstellen (z. B. Migrationsberatung, Erziehungsberatung)
2. Der Träger/die Fachberatung muss stadtteilorientierte Kontakte – fallübergreifend – aufbauen
3. Der Träger muss Qualifizierungs- und Unterstützungsangebote machen für die MitarbeiterInnen
4. Der Träger muss im kommunalen Jugendhilfeausschuss aktiv mitarbeiten.

7. These: Bundes- und Landespolitik müssen die erforderlichen Rahmenbedingungen sicherstellen.

Die auf dieser Veranstaltung präsentierten Erfahrungen und konzeptionellen Weiterentwicklungen bestätigen die Ausführungen des 9. und insbesondere auch des 10. Jugendberichtes, der den Bedeutungswandel der Kindertageseinrichtungen nicht nur beschreibt, sondern auch fordert.

Dies bedeutet, den klassischen, primär pädagogischen Auftrag der Tageseinrichtungen zu erweitern. Ich möchte hier eine Formulierung des 10. Kinder- und Jugendberichtes zitieren, der von einer »lebensweltorientierten Jugendhilfe« spricht, in dem die Tageseinrichtungen eine zentrale Funktion haben.

Fakt ist, die Praxis ist viel weiter als die Politik und es ist an

der Zeit, gesetzliche Vorgaben und Richtlinien zu verändern, damit die erforderlichen Rahmenbedingungen sichergestellt werden.

Jordan: Vielen Dank Frau Diller. Dann wäre jetzt nach der verabredeten Reihenfolge Herr Dr. Harms mit seinem Statement am Zuge.

Harms: Danke, Herr Dr. Jordan. Ich berichte jetzt ein bisschen von der anderen Seite des Schreibtisches. Das ist aus der Sicht der Landesregierung vielleicht ein bisschen abstrakter, etwas feuilletonischer. Ich möchte kurz auf die Veranstaltung zurückkommen. Die Resonanz hat uns verblüfft. Das Thema ist offensichtlich ein Volltreffer und die Veranstaltung damit auch. Ich denke, hier werden wir sehr viel mehr gemeinsam tun müssen in den nächsten zwei Jahren, die uns jetzt noch knapp verbleiben werden, um zu klären, wie man mit diesem Thema umgeht. Ein Übriges ist mir heute in den Arbeitsgruppen klar geworden: Es ist tatsächlich eine Zwischenbilanz. Man kann nicht sagen, dass wir irgendetwas Fertiges haben. Erste Ergebnisse liegen zwar vor, aber daraus Konzepte, fertige Konzepte, die sogar zu politischem Handeln führen, kann man nicht in jedem Falle ableiten. Und ein Drittes lassen Sie mich vorweg sagen: Der Vater dieses Kindes sitzt hier bei uns auf dem Podium. Das ist Herr Klaus Schäfer. Er hat das Projekt erfunden. Die Kollegin Eva Nagel und ich sind noch relativ neu. Wir haben vor drei Monaten dieses Thema übernommen. Aber ich denke, wir haben ein gutes Thema bekommen und es wird uns sicherlich sehr viel Spaß machen, weil wir den Nerv getroffen haben. Zu dem Thema insgesamt, das uns zusammenführt, ist mir heute morgen sehr stark aufgefallen – und das kam bei fast allen Referentinnen und Referenten über –, dass wir bei den Definitionen, bei den Problemdefinitionen wahrscheinlich noch unendlich viel tun müssen. Der Arbeitsbegriff, den wir verwenden, soziales Frühwarnsystem ist der richtige Begriff. Ich habe gesehen, dass auch der soziale Nahraum ein Problem sein kann. Ich war in einer Gruppe, in der Herr Heile aus Siegen-Wittgenstein berichtet hat, in der es erste Ansätze gibt, weil es ja keinen administrativen Begriff dafür gibt. Das hat mich sehr beeindruckt. Das ist aber, wie ich gesehen habe, eine mühsame Arbeit, und da müssen wir noch sehr viel tun. Da muss gearbeitet werden, weil wir ja bestimmte Dinge erreichen wollen. Es soll ja nicht herauskommen, dass die Kommunen jetzt eine neue Aufgabe zugeschoben bekommen. Das soll nicht nach dem üblichen Motto wieder gehen: Aufgabe ja, aber das Geld kommt nicht. Dort muss das, was man den Kommunen sozusagen als Autonomie rüberschieben will, auch seine Konsequenzen haben. Das Gleiche zeigte sich in einer anderen Arbeitsgruppe. Das bedeutet auch, dass man verhindern muss, dass Stadtteile oder soziale Nahräume stigmatisiert werden, dass Familien stigmatisiert werden, dass einzelne Personen bereits in eine bestimmte Ecke geschoben werden. Dieses alles habe ich heute gelernt. Darüber müssen wir uns Gedanken machen, denn Selbstbestimmung und Freiheit sind Dinge, die man sehr schnell von unserer Seite definieren und als Forderung in den Raum stellen kann. Aber dann sind Indikatoren festzulegen, Sensoren zu bestimmen, was dieses Projekt will. Das ist richtige Kärnerarbeit, mit der wir uns auseinandersetzen.

Podiumsdiskussion: Wahrnehmung in planvolles Handeln umsetzen

zen müssen, und wenn es dann auch noch in der Partizipation enden soll, glaube ich, haben wir einen relativ langen und weiten Weg vor uns. Ich will die weiteren Probleme, die hier und heute Thema waren, wie Früherkennung oder riskante Lebenslagen, im Einzelnen nicht ansprechen. Was wir bei uns im Ministerium tun werden, ist, über dieses Projekt hinaus, dass wir das Modellprojekt Soziales Frühwarnsystem koppeln und vernetzen werden mit anderen Modellprojekten, ob sie nun »Betrieb und Familie« heißen, ob sie, wie die Ministerin heute morgen angesprochen hat, die kommunale Familienberichterstattung, die Klaus Peter Strohmeier für uns derzeit entwickelt, betreffen. Es gibt also eine Menge von Projekten, die alle irgendwie in diesem Kontext zu den Zielgruppen, die wir uns vorgenommen haben, stehen. Also die Vernetzung verlangen wir nicht nur von den anderen, sondern wir wollen sie bei uns im Hause auch praktizieren. Wir wollen versuchen, da zu Ergebnissen zu kommen. Damit will ich schließen. Ich möchte gern, wenn wir dieses Projekt zu Ende haben, dass wir tatsächlich nicht an den Thesen und an den Forderungen allein gemessen werden, sondern dass Sie und die Kommunen und wer auch immer von den Trägern beteiligt ist, uns an den Ergebnissen messen. Das ist unser Ziel. Schönen Dank.

Jordan: Vielen Dank Herr Dr. Harms, Herr Isselhorst bitte.

Isselhorst: Ich möchte zunächst etwas zum Stichwort »Folgerungen einer geschärften Wahrnehmung kindlicher und familialer Problemlagen für die Praxis und die Politik« sagen. Da heißt es zunächst für mich, dass wir diese Wahrnehmungen, wenn sie denn schon geschärft sind (sind sie es denn? überall?), dass wir die systematisch erfassen, dass wir die Wahrnehmung auf zwei Ebenen systematisieren. Es gilt einmal, in die sozialräumliche Ebene zu schauen: welche Daten können etwas aussagen über strukturelle Belastungen, soziale Belastungen in einem Stadtteil. Zum anderen müssen wir auf die individuelle Ebene blicken, müssen wir die Daten, die wir gewinnen aus der vielfältigen Arbeit der Jugendhilfe von Kindertageseinrichtungen über Erziehungsberatungsstellen bis Hilfen zur Erziehung/ Jugendgerichtshilfe in einem vergleichbaren systematischen Raster erfassen, um daraus Schlussfolgerungen zu ziehen, sei es für bestimmte Zielgruppen, sei es wiederum für Sozialräume. In den vergangenen Jahren sind in vielen Städten Sozialraumanalysen erstellt worden. Diese Sozialraumanalysen beeinflussen schon jetzt Stadtplanung mit, zumindest für Düsseldorf kann ich das sagen. D.h., dieses Aufzeigen von unterschiedlichen sozialen Belastungen in der Stadt führt dazu, dass bei der Stadtplanung genauer hingeschaut wird: was kann dieser Stadtteil noch vertragen? Wie sieht es mit der Infrastruktur aus? Passt die Infrastruktur zu den unterschiedlichen Belastungen? In der Regel muss man für die Vergangenheit sagen, dass die mittelschichtorientierten Stadtteile eine bessere Infrastruktur, eine bessere Ausstattung hatten und nicht die sozial hochbelasteten Stadtteile. Da ist das eine oder andere an Veränderungen eingeleitet, ist geschehen. Was uns noch nicht gelungen ist, ist die systematische und systemische Aufbereitung der individualen Daten, denn nicht alles bestimmt der Sozialraum. Ohnehin müssen wir erkennen, dass Menschen zwar in einem bestimmten

Wohnquartier leben, dieses Wohnquartier aber nicht allein ihren Sozialraum abbildet. Sie gehen in einem anderen Quartier zur Arbeit oder zur Schule. Dann kommen ganz viele Einflussfaktoren noch über die neuen Medien dazu. Wir dürfen nicht denken, dass der Sozialraum alles bestimmt. Wir wissen doch, dass jede Familie und jede Person ihre eigene Geschichte mitträgt usw. Mir geht es darum, diese Daten systematisch zu erfassen, sie zusammenzutragen und dann zu analysieren, was damit bezüglich individueller Ansätze und bezüglich der sozialräumlichen Arbeit genutzt werden kann.

Ganz kurz möchte ich jetzt noch etwas zu den Stichworten Früherkennung und Frühwarnung sagen. Als Vertreter des Städtetages und Praktiker geht es mir um konkrete Projekte, also z.B. ERIK, das hier und heute vorgestellt worden ist. Umfassender geht es mir darum, die Eltern in Kindertageseinrichtungen verstärkt in unser Blick- und Handlungsfeld zu nehmen. Wo sind Eltern erziehungsun-sicher? Wie kann man ihnen dann helfen? Erziehungsberatungsstellen werden sie nicht gleich in Anspruch nehmen. Wir haben aber zum ersten Mal in der Jugendhilfe 3 Jahrgänge praktisch zu 100 % durch die weitgehende Erfüllung des Rechtsanspruches. Was machen wir damit als Jugendhilfeträger? Wir müssen doch etwas damit tun, dass wir endlich einmal das Wissen von 3 Jahrgängen komplett haben. Welche Folgerungen hat das für unsere Arbeit? Da gehen meine Überlegungen zur Systematisierung hin, da verspreche ich mir einiges für die nächste Zeit, einfach weil das erkannt ist. Und auch hier gilt es, unsere Wahrnehmungen zu schärfen und kritisch zu analysieren. Wenn wir z.B. heute über verhaltensauffällige, verhaltensgestörte Kinder sprechen, dann sprechen wir über mindest ein Dutzend unterschiedlicher Merkmale und Definitionen, die das »bestimmen«. Ich glaube, da müssten wir uns auch zumindest mal auf einen engeren Rahmen einigen. Vielleicht werden wir nie eine einheitliche Definition finden, aber zumindest müssen wir den Rahmen enger stecken, müssen vielleicht vor Ort, für eine Stadt eine gemeinsame Definition finden. Dann können wir auch Entwicklungen objektiv darstellen und nicht nur subjektiv aus Empfindungen heraus. Das war's für den Einstieg, alles Weitere in der Diskussion.

Jordan: Ja, vielen Dank Richard Isselhorst und jetzt Klaus Schäfer zur Abrundung.

Schäfer: Ja, ich will das gerne vor allen Dingen auch aus der Sicht meines neuen Zuschnitts sagen, denn meine Rolle ist hier das Ministerium für Schule, Jugend und Kinder zu repräsentieren und die Akzente herauszuarbeiten, die für Soziale Frühwarnsysteme insgesamt von Bedeutung sind. Zur familienpolitischen Orientierung hat Dr. Harms ja schon was gesagt. Man kann das nicht immer ganz voneinander trennen, denke ich. Wir haben eine neue Schnittstelle zwischen Kinder- und Jugendhilfe einerseits und Familienpolitik andererseits. Ich will drei Punkte nennen, die mir auch aus der heutigen Sicht wichtig sind. Der erste Punkt: Es ist bereits gesagt worden. Ich glaube, dass es wesentlich darauf ankommt, durch solche Projekte aufzuzeigen, dass eine systematische Beobachtung und zugleich auch die Aneignung von Wahrneh-

mungskompetenzen eine zwingende Voraussetzung dafür ist, dass überhaupt soziale Risiken, auch individuellere Risiken rechtzeitig erkannt werden können. Ich will das unter unterschiedlichen Gesichtspunkten sehen. In Nordrhein-Westfalen haben die Städte und Gemeinden im Jahre 2000 rund eine Milliarde Euro für Hilfen zur Erziehung ausgegeben. Wenn man alle Städte und Kreise miteinander vergleicht, wird man feststellen, dass fast 65% dieser Mittel in die stationäre Unterbringung von Kindern fließt, das heißt in die Herausnahme der Kinder. Und wenn man dann noch die sozialen Bedingungsfaktoren sieht, kommt man ganz schnell dazu, dass fast alle Kinder durch Institutionen gelaufen sind oder irgendwie mit Institutionen Kontakt hatten. Da stellt sich ganz einfach die Frage, gelingt es durch ein solches Frühwarnsystem – wobei ich nicht das Frühwarnsystem meine, sondern was ja auch die Vorredner gesagt haben, jede Stadt muss ihr eigenes Profil an dieser Stelle entwickeln –, stabilere präventive Strukturen zu fassen? Ich glaube nämlich, dass wir in unseren präventiven Strukturen noch instabil sind. Wir haben zwei Nahtstellen, die will ich aus meiner Sicht einbringen. Die erste Nahtstelle ist, das Kind kommt in den Kindergarten und 96% der Kinder durchlaufen ja drei Jahre einen Kindergarten und immerhin noch knapp 75% von Migrantenkinder durchlaufen drei Jahre einen Kindergarten. Da stellt sich die Frage, nehmen ErzieherInnen in der Tageseinrichtung überhaupt diese Schwelle des Eintritts in den Kindergarten auch von der sozialen Struktur und der Familienstruktur, die hinter diesen Ländern steckt, wahr? Oder nehmen sie das Kind einfach auf und nehmen erst mal gar nichts wahr? Das Kind ist da und erst im Zuge der Zeit fällt es möglicherweise auf.

Die zweite Schnittstelle scheint mir der Übergang vom Kindergarten in die Grundschule zu sein. Frühwarnsystem heißt ja nicht immer zwischen null und drei Jahren zu beginnen. Wer sich die Statistik zur Erziehungsberatung mal anschaut, der wird feststellen, dass die Zahl der schulpflichtigen Kinder bei den Erziehungsberatungsstellen in der Altersgruppe der 7- bis 10-jährigen deutlich zunimmt, was heißt, dass Kinder bis dahin im Kindergarten in einem Regelsystem waren, wo sie ganz offensichtlich eine gewisse Behütung hatten. Mehr oder weniger gut.

Wenn dann die Weitergabe an die Institution Schule auch im Erziehungsmilieu mit einem Einbruch endet und von daher dann ganz andere Institutionen eingreifen bzw. in Anspruch genommen werden müssen, heißt das, dass ganz offensichtlich die Schnittstelle zwischen Kindergarten und Grundschule nicht, oder nur sporadisch funktioniert. Deswegen glaube ich, dass ein Frühwarnsystem auch etwas damit zu tun hat, wie ich Informationen (natürlich datengeschützt) weitergebe.

Und ich kann nur Informationen weitergeben, wenn ich sie habe. Was uns in den Kindergärten fehlt, – und damit komme ich zum dritten Punkt – ist, dass wir in der Sozialpädagogik insgesamt mehr zu Entwicklungsberichten kommen müssen. Auch schon im Kindergarten. Ich bin auch für die Kindergärten zuständig und ich weiß auch in der Auseinandersetzung mit vielen Erzieherinnen, dass es an solchen Berichten fehlt. Und wenn ich Kinder nicht systematisch beobachte, Frau Diller hat das eben als Anforderungsprofil mit genannt, dann gehen mir Entwicklungen verloren, dann kann ich sie nicht einfach irgendwie mal

weitergeben, weil ich sie eigentlich gar nicht in ihrer Genauigkeit kenne. Das ist übrigens auch eine Anforderung, die wir im Rahmen von Politik formulieren. Bildung im Kindergarten hat auch etwas mit Förderung zu tun, und ich kann nicht den Bildungsauftrag des Kindergartens schärfen, wenn ich auf der anderen Seite seine präventive Funktion vernachlässige. Und insoweit, meine ich, muss man diese beiden Schritte gehen. Das heißt natürlich, wir müssen die neuen Rahmenrichtlinien, die die neue Kultusministerkonferenz entschieden hat, jetzt unterbrechen auf Nordrhein-Westfalen und wir sind dabei, die Lehrpläne zu verändern. Denn ich glaube, eine Erzieherin im Kindergarten hat nicht persé die Kompetenz, soziale Risiken wahrnehmen, erkennen und auch entsprechend zuordnen zu können. Wir werden zweitens die Frage zu klären haben, wie ist die Aus- und Fortbildung, man muß den ErzieherInnen Überbrückungsperspektiven geben.

Drittens: Wir werden zukünftig, beginnend mit dem Schuljahr 2003/2004, alle Eltern mit Kindern ab dem 4. Lebensjahr in den Kindergarten einladen und mit ihnen sozusagen soziale Auffälligkeiten von Kindern erörtern. Ihnen auch Informationen in Bezug auf Förderpläne, in Bezug auf Unterstützungsperspektiven geben und schließlich werden wir durch flexible Schuleingangsphasen versuchen, gemeinsame Schuleingangskonferenzen zu machen, die auch Informationen zwischen Kindergärten und Grundschulen weitergeben können, weil ich glaube, nur über ein solches systematisch erfasstes Vorgehen lässt sich auch das Frühwarnsystem in seiner Vielfältigkeit und auch mit den zahlreichen Möglichkeiten adäquat nutzen. Lassen Sie mich aber einen wichtigen Punkt sagen, den wir einfach als Forderung nach unten weitergeben müssen: Wenn ich recht informiert bin, gibt es in Nordrhein-Westfalen nur 44% der Stadt- und Kreisjugendämter, die eine systematische Jugendhilfeplanung machen. Wenn das so ist, dann meine ich tun sich die Kommunen keinen Gefallen, wenn sie Frühwarnsysteme auf der einen Seite entwickeln, auf der anderen Seite aber entsprechende Planungsgrundlagen nicht schaffen. Dazu gehört natürlich ein Berichtswesen. Richard Isselhorst hat das ja gesagt, dazu gehört auch Bedarfsplanung. Und ich meine, das gehört auch mit zu einem vernünftigen Frühwarnsystem. Ich sage nicht, wir werden damit nicht alle Probleme lösen können, aber wir werden systematischer die Akteure zueinander führen können und das – glaube ich – da gehört noch ein Stückchen Arbeit zu. Dankeschön.

Jordan: Vielen Dank Klaus Schäfer. Wenn nun aus dem Podium der Wunsch besteht, das eine oder andere kommentierend, ergänzend zu den eigenen oder den gehörten Beiträgen zu sagen, so besteht jetzt hierzu die Gelegenheit.

Diller: Herr Schäfer, ich habe noch mal eine Frage zu dem Übergang Schule oder ich würde es etwas anders formulieren, die Frage der Gestaltung des Übergangs im Hinblick auf Problemlagen von Kindern ist das eine Thema. Die andere Frage ist aber, nach meinem Verständnis hätte die Schule, die Grundschule ja letztlich den selben Auftrag wie die davor gelagerten Systeme, auch nämlich ebenfalls ein Frühwarnsystem zu installieren. Das heißt also, auch innerhalb der Grundschule können Schwierigkeiten und

Podiumsdiskussion: Wahrnehmung in planvolles Handeln umsetzen

Probleme auftauchen oder tauchen Schwierigkeiten und Probleme auf, die bearbeitet werden müssen und da stellt sich noch mal die Frage, auch dann der Kooperation zwischen Jugendhilfe und Grundschule, aber auch der Zuständigkeit, wie das dann nach den neuen Konzeptionen auch gehen kann, ist mir nicht so ganz klar.

Schäfer: Also ich will jetzt nicht so differenziert darauf antworten, weil das ein völlig neues Fass eröffnet. Was ich gelernt habe, oder was ich lerne, ist in der Tat, Schule ist noch nicht darauf eingestellt, auch Grundschule nicht. So entsprechende Wahrnehmungen über den Unterricht hinaus für sich in Anspruch zu nehmen, ich kann nur sagen, wenn es einen Effekt gibt, einen positiven Effekt in der Zusammenlegung beider Professionen und auch beider Häuser, dann liegt er m. E. nach, das zeigen die Debatten der letzten Monate, darin, dass Schule von uns – sprich von der Jugendhilfe – mit Anforderungen konfrontiert wird, wer immer übrigens Schule ist. Ich rede im Moment über die ministerielle Ebene. Ich habe ab nächster Woche Dienstbesprechung mit den Schulaufsichtsbeamten. Ein völlig neues Gefühl, ihnen vermitteln zu müssen, was Kinder- und Jugendhilfe ist und dass es sich nicht reduziert auf die Abgabe von Kindern, die auf dem Schulhof querschießen oder wo auch immer. Sie haben recht, das muss laufen, ja.

Jordan: Das, was wir hier formulieren, das sind ja Wünsche, Vorstellungen, Visionen, vielleicht auch Konzepte, die langfristig erfolgreich sein können. Nur, das haben Sie ja auch mit unterschiedlichen Akzenten zum Ausdruck gebracht, die Erwartungen an die Profis in den einzelnen Systemen nehmen zu. Berichte erstellen, Wahrnehmung schulen, Standards einhalten, Kooperationen planvoll pflegen etc. Also man muss Kraft, Arbeitszeit, Energiereource investieren. Jetzt werden doch sehr viele sagen: das auch noch! Wir sind doch schon belastet und jetzt kommt ihr, die Fachleute, die Politiker, die Kommunen im Zuge auch im Kontext von Sparzwängen die Idee, dass jetzt noch ein bisschen mehr machen könnten. Wie also können wir hier eine »win-win-Situation« erreichen, dass diejenigen, von denen jetzt Zusätzliches abgefordert wird, auch einen Nutzen daraus ziehen können? Wie können wir das rüberbringen, dass es sich lohnt, in diese Strukturen hinein zu investieren. Das – glaube ich – müssten wir noch etwas stärker auch nach draußen tragen.

Isselhorst: Ich wehre mich seit Jahren gegen die Aussage, dass dieses und jenes an Problemen zunimmt. Die Probleme verändern sich und da es neue Probleme sind, haben wir mehr Schwierigkeiten damit umzugehen, denn wir sind auf die alten eingestellt. Aber es sind nicht schwierigere Probleme, es ist keine Addition. Mein verstorbener Kollege Jochen Müller hat einmal gesagt, wenn tatsächlich – so wie manche ErzieherInnen es erklären – die Kinder von Jahr zu Jahr schwieriger werden, müssten alle Erzieherinnen morgens mit der geladenen und entsicherten Maschinenpistole im Dienst erscheinen. So ist es nicht, so kann es nicht sein. Es verändern sich Dinge und wir müssen uns mitverändern. Und wenn wir es schaffen – ich bleibe jetzt mal bei den Tageseinrichtungen für Kinder –, auch wirklich zu einer Systematisierung von geschärfter

Wahrnehmung zu kommen, damit Rückmeldungen zu geben in Richtung soziale Dienste, damit Erziehungsberatungsstellen einzubeziehen oder (was ich noch sehr spannend finde) Familienbildungsstätten, dann wird das eine sehr sehr große Entlastung auch für die Erzieherinnen in Tageseinrichtungen sein. Das ist eine win-win-Situation.

Diller: Ja, ich stimme Ihnen nur zum Teil zu. Ich möchte noch mal den Aspekt der Ressourcen aufgreifen. Ich stimme Ihnen zu, Herr Jordan. Mal aus dem Alltagshandeln von Tageseinrichtungen geguckt, ist es – glaube ich – unstrittig, dass das Aufgabenspektrum in den letzten Jahren also wirklich erheblich zugenommen hat, bei schlechter werdenden Rahmenbedingungen. Und wenn ich das ernst nehme, was Sie, Herr Schäfer, gesagt haben, oder ich unterstütze das fachlich, dass man z. B. Beobachtungen und Dokumentationen dieser Beobachtung braucht, damit es nicht als persönlicher Eindruck in den Köpfen der Mitarbeiterinnen bleibt, dann braucht das natürlich Zeit. Was ich dazu denke, jetzt mal aus der Sicht eines Trägers gesehen, und an der Stelle stimme ich jetzt Ihnen wiederum zu, muss man – glaube ich – eine andere Systematisierung der Alltagsarbeit überlegen. Das heißt also, man müsste z. B. entwickeln, wenn ich mal bei dem Beispiel von Beobachtung bleibe, müsste man für die Mitarbeiterinnen Hilfen entwickeln, Beobachtungsbögen, also standardisierte Verfahren entwickeln, die es ihnen einfach machen, solche Aufgaben zu bewältigen. Sonst befürchte ich nämlich, dass die Überbelastung zunimmt, und das ist keine gute Motivation für Innovation.

Jordan: Vielen Dank. Dann habe ich noch Wortmeldungen von Herrn Dr. Harms und Herrn Schäfer und dann gebe ich an das Plenum weiter.

Harms: Was mir in den letzten Jahren aufgefallen ist, ist gewesen, dass wir praktisch durch die finanzpolitischen, durch die haushaltswirtschaftlichen Entwicklungen vor den Knoten geschoben worden sind. Das hat dazu geführt, dass wir gezwungen worden sind, über die Probleme, die wir hatten, nicht nur nachzudenken, sondern zu Lösungen zu kommen. Dieses braucht erfahrungsgemäß Zeit, aber gefordert wurde jetzt, und das ist sicherlich ein Unterschied zu dem, was sofortiges Handeln vor 10, 15 Jahren noch in der Politik üblich war. Plötzlich müssen wir uns auf neue Situationen einstellen, wir sollen präventiv arbeiten, wir sollen etwas für die Emanzipation tun und, und, und. Das sind die Schlüsselbegriffe, für die jetzt plötzlich Antworten gesucht werden. Ich glaube, das wird wichtig in den nächsten Jahren, dass dieses Spiel nicht immer zu Lasten Dritter gehen kann. Der Bund hat Sachen auf die Länder abgedrückt, wir drücken es auf die Kommunen ab. Das Spiel kann man lange fortsetzen. Und es wird dazu führen, dass es keine Gewinner in diesem Spiel geben wird. Also müssen wir – und ich glaube, das gehört zum Fairplay und das gehört zum fairen Umgang (soweit das für Politik überhaupt möglich ist), uns darüber im klaren sein und neu definieren, wer ist eigentlich für was zuständig? Was hat der Bund zu machen, was macht die EU, was machen die Länder, was machen die Kommunen in Zukunft? Dieses ist notwendig, dieses muss neu definiert werden, weil wir sonst aus dem Teufelskreis nicht raus-

kommen werden. Ein Letztes, damit wir nicht immer auf der Verliererseite sind, muss auch klar sein, ob es die Probleme sind, die uns rübergeschoben werden, ob es tatsächliche strukturelle Probleme sind, ob es eher Randgruppenphänomene sind, ob es individuelle Probleme sind. Dieses muss klar in seiner Dimension definiert werden. Ich glaube, auch in dem Projekt, das wir gerade machen, gehen wir davon aus, dass es ein strukturelles Problem ist. Ob es tatsächlich eines ist, das auch eine Landesregierung zu interessieren hat, werden wir sehen, wenn wir dieses Projekt zu Ende geführt haben.

Schäfer: Also ich will das mal bezogen auf die Anforderung, was die Einrichtungen, was Schulen usw. angeht, sagen. Natürlich muss man auch darüber diskutieren, welche Ressourcen sind vorhanden? Wie sind die Ressourcen verteilt? Reichen die Ressourcen aus, die personellen und finanziellen Ressourcen? Und man braucht gar nicht drum reden. Fakt ist, dass die Situation in den letzten Jahren, gespannter geworden ist. Für den einen oder anderen sicherlich auch mit vielen Umsetzungsproblemen behaftet. Das ist die eine Seite. Ich unterstützte das, was Herr Dr. Harms gerade gesagt hat, wir müssen wieder dazu kommen, genau hinzuschauen, wer hat welche Aufgabe und wer nimmt diese Aufgabe wahr? Ohne, dass wir zu Schwarzen-Peter-Perspektiven neigen. Aber abseits davon gibt es, so habe ich es jedenfalls immer wieder gelernt, so etwas wie eine professionelle Kompetenz, die zum Job dazugehört. Und eins habe ich immer gelernt, wenn man über Menschen zu entscheiden hat, wenn man agiert, was Zukunft von Kindern und Jugendlichen angeht, dann muss man verantwortungsvoll damit umgehen. Und dann gehört es mit zu meinem Job, dass wenn ich Kinder beurteile dies auch nach den bestmöglichen theoretischen und praktischen und anderen Erfahrungen mache, dass ich ernsthaft damit umgehe. Dazu gehört ein wie auch immer geartetes Berichtswesen.

Wir neigen immer nur dazu, dann sofort eine hochprofessionelle Konsequenz daraus zu ziehen und es sozusagen zu überstrapazieren. Ich neige sehr wohl zu der Auffassung, man kann auch in einem Kindergarten, man kann auch in einer Schule, man kann auch in anderen Bezügen sehr verantwortungsvoll mit Daten umgehen, sehr verantwortungsvoll auch etwas zu Papier bringen, alleine, damit ich mich selbst vergewissere, wie ich das Kind von Woche zu Woche oder von Monat zu Monat erlebe. Sonst kann ich im Prinzip weder einen situativen Ansatz noch eine bildungspolitische Strategie, noch eine erziehungspolitische Strategie, noch eine vernünftige Beratung von Eltern machen. Das gehört zur professionellen Kompetenz. Das wird man möglicherweise bei einer Gruppenstärke von 25 Kindern nicht für jedes gleichermaßen machen können. Die Frage ist nur, ob das auch für jedes Kind gleichermaßen gilt. Da bin ich mir nicht ganz sicher. Ich glaube, dass man auch den Mut zur Lücke haben muss, sonst diskutieren wir über Ressourcen, sonst diskutieren wir über fehlende Ressourcen und wir diskutieren darüber, dass immer noch etwas drauf kommt. Wenn man genauer hinschaut und man kristallisiert die Tätigkeit und die Kompetenzen einer Profession raus, landet man zwangsläufig dabei und dann meine ich, müsste es auch Formen geben, wie ich den Weg erleichtern kann. Das, was ich gelernt habe jeden-

falls, und wir sind ja seit 1990 dabei, ist Kooperation zwischen Jugendhilfe und Schule zu fördern. Immer wieder wurde uns gesagt, was sollen wir denn noch tun, mehr können wir nicht tun. In dem Maße aber, wie der Lehrer gemerkt hat für ihn kommt etwas dabei raus, da war er auch sofort bereit mitzumachen. Insoweit kann man – glaube ich – kann man auch win-win-Situationen vernünftig vermitteln und auch plausibel vermitteln. Das heißt nicht, dass es alles leichter geworden ist, aber ich glaube, dass es gute Strategien bereits gibt.

Jordan: Vielen Dank. Jetzt ist es an Ihnen, wenn Sie mögen, an der Diskussion sich zu beteiligen. Dort ist ganz hinten eine Wortmeldung.

Werner Wöhrmann aus Bielefeld: Es ging hier eben viel darum, um den Punkt Wahrnehmung im Kindergarten schärfen. Mein Eindruck ist, dass das vielleicht nicht das Hauptproblem ist. Ich glaube schon, dass die Erzieherinnen aus den Kontakten, die ich da habe auch sehr viel wahrnehmen. Nur eine ganz große Unsicherheit herrscht, wie gehe ich denn mit dem, was ich wahrgenommen habe, um? Also eine erste Unsicherheit, wie spreche ich denn überhaupt mit Eltern? Wie spreche ich die an? Was ist denn ein gutes Elterngespräch? Da ist schon die erste Unsicherheit, obwohl das, denke ich, eine Kernaufgabe des Kindergartens ist. Der nächste Punkt, wie gebe ich denn die Information wohin weiter? Die Kontakte zum Jugendamt, die sind je nach dem wenn das nicht ein städtischer Träger ist, da gibt es dann schon eher in der Nähe, aber ansonsten mit sehr viel Ängsten und Unsicherheiten behaftet. Der nächste Punkt ist, wenn ich dann die Eltern dazu bewegt habe, z. B. mal zum Kinderarzt zu gehen und der Kinderarzt sagt aber, och das ist alles in Ordnung, das wächst sich aus. Was halt eben auch ganz, ganz häufig so ist. Da sind – glaube ich – so die Punkte, wo wir ansetzen müssen. So ein Entwicklungsbericht, ich finde, ich bin auch ein Freund davon, einen vernünftigen Bericht auch zu machen. Nur die Frage ist, was passiert mit diesen Berichten? Also besser an den Punkten ansetzen, die ich eben benannt habe.

Podiumsdiskussion: Wahrnehmung in planvolles Handeln umsetzen

Jordan: Haben wir aus dem Plenum noch weitere Wortmeldungen oder Beiträge? Ja, bitte.

Mein Name ist Ralf Mengedoth von der Evangelischen Jugendhilfe Schweicheln. Ich frage mich heute den ganzen Tag, wer soll eigentlich gewarnt werden und warum? Das ist mir im Laufe des Tages ein bisschen abhanden gekommen. Also es hat ja auf jeden Fall zwei Ebenen gegeben, glaube ich. Also zum einen sollen die Profis gewarnt werden, dass irgendwas schief läuft in irgendeinem Stadtteil. Dass bei Angeboten was schief läuft und es sollen auch Eltern gewarnt werden. Hier läuft irgendwas schief, hier muss vielleicht eine Veränderung und andere Entwicklung dran und das gerät für mich ein bisschen durcheinander, habe ich das Gefühl, im Laufe des Tages, bis hin, dass es sich so ein bisschen fokussiert darauf, dass Eltern jetzt mal endlich gesagt bekommen müssen, was schief läuft und so ein Stückchen wieder zurück, dass Profis definieren, was richtig und was falsch ist. Wenn das dabei raus kommt, objektiv zu entscheiden, dass irgendwo Fehlentwicklungen laufen und dass man das endlich mal sagen muss, glaube ich, das ist falsch. Ich glaube auch, dass Kommunikation zu stärken ist, so das, was Herr Wöhrmann auch gerade gesagt hat, also dass die Profis in den Einrichtungen zu stärken sind, an den richtigen Stellen die richtigen Fragen zu stellen und zu gemeinsamen Vereinbarungen zu kommen wie Entwicklung zu fördern ist und

das umgekehrt aber auch immer allen Profis klar ist, dass wichtige Rückmeldungen von Eltern, von Benutzern der Einrichtung kommen, wo Fehlentwicklungen der eigenen Institutionen laufen. Wenn das aus dem Ruder gerät, dann glaube ich, drehen wir wieder in eine falsche Richtung zurück, wo ich dachte, dass wir da ein Stück auch raus sind.

Jordan: Es liegen z. Z. keine weiteren Wortmeldungen vor. Ich möchte deshalb an dieser Stelle einen Punkt setzen. Wir hätten ohnehin nur noch fünf Minuten Zeit gehabt. Sie haben unser Versprechen, dass Sie nach der Veranstaltung noch eine schriftliche Dokumentation bekommen, die auch über diese Veranstaltung hinausgeht und Hinweise auf die Vielzahl der Projekte enthält, die sich an unserer Umfrage, über die Sabine Wagenblass vorhin ja eingangs schon kurz berichtet hat, beteiligt haben. Wir sind in der Halbzeit, Herr Dr. Harms hat das gesagt. Wir werden sicherlich in der nächsten Zeit in der einen oder anderen Form wieder in Verbindung mit Ihnen treten, um Ihnen möglicherweise auch zu den Aspekten, zu denen wir jetzt noch keine Informationen geben konnten, wo die Projekte selbst noch in der Suchphase sind, Ihnen dann doch etwas mehr Orientierung oder zumindest Diskussionsstoff zu geben. Ich danke Ihnen, wünsche Ihnen eine gute Heimreise und würde mich freuen, Sie bei der einen oder anderen Gelegenheit noch mal wiederzusehen.

Autorenverzeichnis

Arntz, Gregor

Dipl.-Sozialpädagoge, Fachbereichsleiter Bürgerangelegenheiten, Jugendamt der Stadt Emmerich a. Rh., Geistmarkt 1, 46446 Emmerich

Barfuß, Arnfried

Dipl.-Sozialarbeiter, Leiter des Jugendamtes der Stadt Emmerich a. Rh., Geistmarkt 1, 46446 Emmerich

Bartscher, Matthias

Dipl.-Pädagoge, Stadt Hamm – Kinderbüro, Postfach 2449, 59061 Hamm

Berg, Annette

Jugendamtsleiterin der Stadt Monheim – Jugendamt, Rathausplatz 10a, 40789 Monheim am Rhein

Cimolino, Pia

Dipl.-Sozialarbeiterin, Amtsleiterin Jugendamt und Regionaler Sozialdienst Kreis Siegen-Wittgenstein, Bahnhofstr. 4, 57250 Nephten

Diller, Angelika

Dipl.-Sozialwissenschaftlerin AWO Bundesverband e. V., Oppelner Str. 130, 53119 Bonn

Esch, Karin

Dipl.-Sozialwissenschaftlerin, Institut für Arbeit und Technik, Munscheidstr. 14, 45886 Gelsenkirchen

Fischer, Birgit

Ministerin für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie des Landes Nordrhein-Westfalen, Fürstenwall 25, 40190 Düsseldorf

Harms, Dr. Albert

Ministerium für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie des Landes Nordrhein-Westfalen, Fürstenwall 25, 40190 Düsseldorf

Heiler, Manfred

Dipl.-Sozialpädagoge, Regionaler Sozialdienst für Familien- und Jugendhilfe, Kreis Siegen-Wittgenstein, Bahnhofstr. 4, 57250 Nephten

Hellweg, Doris

Dipl.-Gesundheitswissenschaftlerin, Stadt Herford – Präventionsstelle, Postfach 2843, 32046 Herford

Isselhorst, Richard

Jugendamtsleiter der Stadt Düsseldorf, Willi-Becker-Allee 7, 40227 Düsseldorf

Jonas, Martin

Dipl. Soz., Dipl. Päd. Jugendamt Dortmund, Ostwall 64, 44135 Dortmund

Panke, Jutta

Jugendamtsleiterin der Stadt Hilden, Stadtverwaltung, Postfach 880, 40708 Hilden

Ramsel, Silvia

Dipl.-Sozialwissenschaftlerin, DKSB Landesverband NRW, Domagkweg 20, 42109 Wuppertal

Sack, Jochen

Dipl.-Sozialwissenschaftler, DKSB Landesverband NRW, Domagkweg 20, 42109 Wuppertal

Schäfer, Klaus

Ministerium für Schule, Jugend und Kinder des Landes Nordrhein-Westfalen, Völklinger Str. 49, 40221 Düsseldorf

Stöbe-Blossey, Dr. Sybille

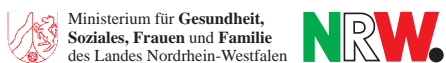
Institut Arbeit und Technik, Forschungsdirektorin im Schwerpunkt „Bildung und Erziehung im Strukturwandel“, Munscheidstr. 14, 45886 Gelsenkirchen

Wagenblass, Dr. Sabine

wissenschaftliche Mitarbeiterin beim Institut für soziale Arbeit e. V., Studtstr. 20, 48149 Münster

Wörmann, Werner

Dipl.-Sozialarbeiter, Stadt Bielefeld – Amt für Planung, Finanzen, Jugend, Soziales und Wohnen, Neues Rathaus, Niederwall 23, 33602 Bielefeld



Gefördert durch das
**Ministerium für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie
des Landes Nordrhein-Westfalen**



Wissenschaftliche Begleitung durch das
Institut für soziale Arbeit e.V. (ISA)
48149 Münster · Stadtstraße 20 · Telefon 02 51/9 25 36-0
www.isa-muenster.de.

**Modellstandorte in
Bielefeld, Dortmund, Emmerich, Herne, Kreis Siegen-
Wittgenstein, Deutscher Kinderschutzbund Landesverband
NRW/Ortsverband Essen**